Kontaktadressen der Wildcat:

Sisina, Postfach 360 527,
10975 Berlin - 030/6121848

Sisina, Postfach 301 206,
50782 Köln

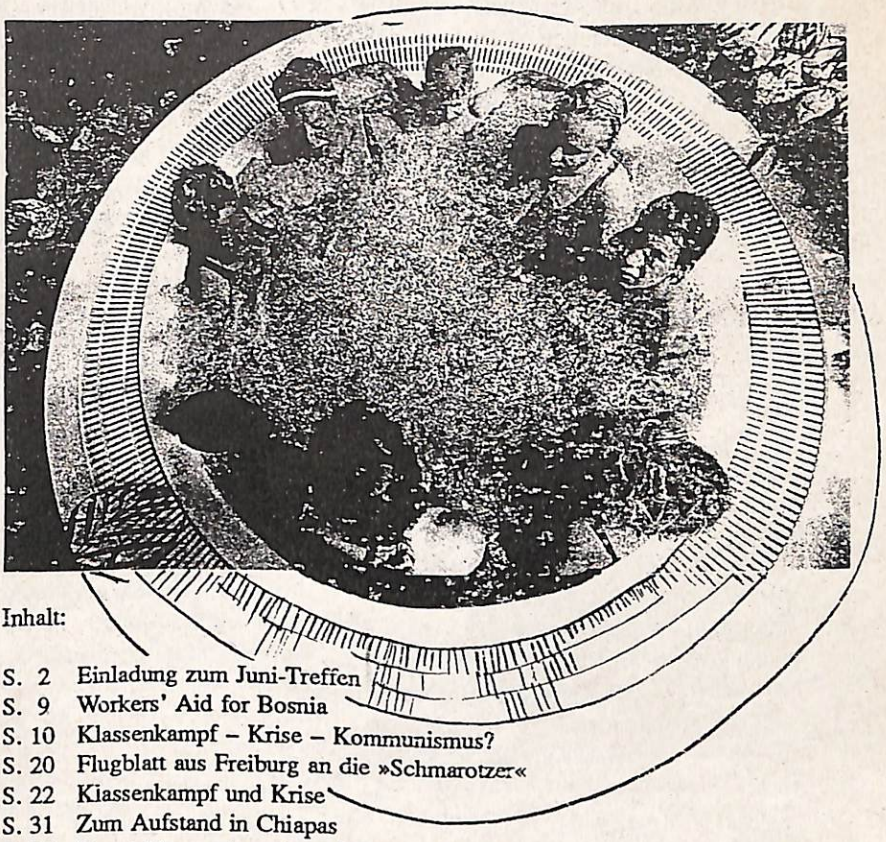
Wildcat, Postfach 306 325,
20229 Hamburg

Wildcat im Friedensbüro, M2, 15b,
68161 Mannheim

Postlagerkarte 17 26 49 E,
7800 Freiburg

Wildcat Zirkular

Nr. 1 – Februar 1994



Inhalt:

S. 2 Einladung zum Juni-Treffen
S. 9 Workers' Aid for Bosnia
S. 10 Klassenkampf – Krise – Kommunismus?
S. 20 Flugblatt aus Freiburg an die »Schmarotzer«
S. 22 Klassenkampf und Krise
S. 31 Zum Aufstand in Chiapas
S. 38 Entwicklung mit anderen Mitteln – Somalia
S. 46 Aktionen von Azubis bei der Telekom
S. 48 Flugblatt aus Paris zum Air-France-Streik
S. 51 Flugblatt aus Ludwigshafen zum Arbeitsamt
S. 53 Gegen Zwangsverpflegung von Flüchtlingen / Köln
S. 59 R. Bellofiore: Plan, Kapital, Demokratie...

Berlin, den 21.2.94

Liebe Zielgruppe!

Wildcat hat sich nie als freischwebendes „linkes Magazin" verstanden. Früher war sie eingebettet in ein Netz von Gruppen, die im Betrieb oder Stadtteil aktiv waren oder als JobberInnen-Initiativen im Bereich der prekären Arbeitsverhältnisse wirbelten.
Diese Zusammenhänge haben sich in den letzten Jahren schleichend aufgelöst. Die Krise, die nach den Veränderungen in Osteuropa und dem Anschluß der DDR besonders die BRD-Linke ergriffen hat, ist auch an uns nicht spurlos vorübergegangen. Der historische Umbruch auf Weltebene macht es erforderlich, daß wir Vieles von Grund auf neu diskutieren. Aus dieser Überlegung heraus organisierten wir 1991 und 1992 zwei internationale Workshops, um über die „moderne Fabrik", die Bewegungen im „Dienstleistungssektor", „Migration", „Prekarisierung" u.a. zu diskutieren und einen langfristigen Diskussions- und Erfahrungsaustausch einzuleiten. Die Workshops sollten auch die Zusammenarbeit mit „linksradikalen" FreundInnen aus anderen Ländern auf eine neue Basis stellen. Der Schritt von der Untersuchung bestimmter Bereiche der Gesellschaft zu einer Debatte über revolutionäre Organisierung erwies sich als Spagat. In der Konzentration auf die „Sachthemen" bekamen wir nicht das Ziel in den Blick: wie kommen wir zur Revolution?

In den letzten Jahren sind wir fast nur ZuschauerInnen gewesen bei dem rasanten Veränderungsprozeß in der BRD-Gesellschaft und insbesondere in den Betrieben. Genaue Beobachtung und Untersuchung ist in solchen Augenblicken vielleicht wichtiger, als vorschnell neue Theoriegebäude zu errichten. Wir denken aber, daß die Phase von Untersuchung und Diskussionskontakte halten nun zu Ende ist: Die Grenzen des kapitalistischen Projekts sind mit aller Deutlichkeit sichtbar. Es ist an der Zeit, unsere Erfahrungen in die Diskussion zu werfen und einen neuen Sprung, eine neue Praxis zu erproben. „Die Untersuchung muß militant werden", könnten wir in Wiederholung eines bekannten 80er Jahre-Spruchs sagen. Aber das hängt ja nicht nur von unserem guten Willen ab, dazu ist auch eine neue theoretische Anstrengung nötig.
Denn wir haben in den letzten Jahren zwar immer besser verstanden, wie der Kapitalismus funktioniert und daß wirklich jedes Terrain umkämpft ist; um aber revolutionäre Bruchpunkte in der aktuellen Situation auszumachen, reicht es nicht, die „ewigen Wahrheiten" zum zehnten Mal zu wiederholen, sondern dafür brauchen wir eine Theorie, die auf der Höhe der Zeit ist, die das fruchtbar für die Debatte macht, was in den letzten 20 Jahren versucht und diskutiert wurde. Revolutionäre Theoriediskussion ist aber nur möglich im konkreten und ständigen Bezug auf die laufenden Klassenkämpfe.

Es geht uns also mit unserer Initiative um Organisierung. Aber nicht als aufgesetzte Idee, die den Köpfen einiger Einzelner entspringt. Nicht als: „die Lage ist beschissen, aber trotzdem meinen wir ...". Nicht als zentrale Partei. Sonst könnten wir den Vorschlag, den wir machen wollen, „Organisationsdebatte" oder „Programmdiskussion" nennen, denn inhaltlich trifft es das am ehesten. Wir wollen uns der materiellen Grundlagen für revolutionären Klassenkampf in der zweiten Hälfte der 90er Jahre versichern. Wir verstehen das als einen Prozeß, der deutlich über die bisherigen Wildcat-Strukturen rausgeht. Das Kapital ist seit über zwanzig Jahren in einer Jahrhundertkrise, die Hoffnungen der Menschen, in diesem System sei eine bessere Zukunft möglich, sind ihnen gründlichst ausgetrieben. Es gibt keinen mechanischen Zusammenhang zwischen Krise und Revolution, aber in den Kräften, die das Kapital in solch eine Krise gebracht haben, suchen wir die revolutionäre Perspektive. Auch in den Resten der linksradikalen Szene und unter jungen GenossInnen ist das Bedürfnis spürbar, sich zu organisieren, wieder offensiv an die Sache dranzugehen – als Beispiel sei die Antifa-Jugendbewegung genannt – und eine Menge, auch organisatorischer, Erfahrungen liegen vor. Wenn es um organisatorische *Formen* geht, müssen wir uns sicher an solchen Prozessen orientieren. Unser Vorschlag kann aber nur Fuß fassen, wenn wir ihn inhaltlich als politischen Prozeß organisieren. Wir schlagen also mehr vor, als den Aufbau eines Kommunikationsnetzes.
Um es nochmal am Beispiel deutlich zu machen: Wir teilen keineswegs die gängige, billige Kritik an den Autonomen, daß sie nicht effektiv organisiert (gewesen) seien: eine der wichtigen Erfahrungen der autonomen Linken waren gerade neue organisatorische Formen, ein neues Verhältnis von Eigeninitiative und Verantwortlichkeit, dezentrale Kommunikationsnetze, die sehr rasch auf bestimmte Erfordernisse reagieren konnten, sich auch flexibel an neue Situationen anpassen – unsere Kritik an den Autonomen ist eine inhaltliche: Die Themen ihrer Politik beschäftigen sich nur mit sich selber, nehmen gar nicht wahr, wie tief die Krise des kapitalistischen Systems auch in den Köpfen der Menschen ist. Es gibt von autonomer Seite keinen ernsthaften Versuch zu verstehen, was seit dem Anschluß der DDR sozial und klassenmäßig hier Sache ist.

Wie kommen wir zur Einschätzung, daß was Neues möglich ist?

Bei unseren Wildcat-Veranstaltungsrundreisen sind wir im letzten Jahr auf ein großes Bedürfnis nach politischen und organisierenden „Antworten" gestoßen, ungefähr zeitgleich wurde Karl-Heinz Roths Papier über die „Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken" in verschiedenen Kreisen kritisch verarbeitet. Das sind für uns hoffnungsvolle Zeichen. Es gibt aber im Moment wenige Orte, an denen solche Debatten stattfinden können.

Innerhalb des *Wildcat*-Zusammenhangs haben wir in den letzten Monaten damit begonnen, über Krise und Krisenpolitik zu diskutieren. Wir wissen, daß auch andere Zusammenhänge, Gruppen etc. ähnliche Diskussionen führen. Über das Roth-Papier schrieben wir in *Wildcat* 62: „Die eigentliche Attraktivität des Papiers liegt darin, ein umfassendes Projekt vorzuschlagen, mit dem wir uns aus der miesen Stimmung der Nachwendezeit wieder herauskatapultieren können, um Geschichte zu machen."

Wir wollen die Debatten um dieses Papier praktisch werden lassen und schlagen dazu ein Treffen für Anfang Juni vor, um einige Tage über Krise(npolitik), Klassenzusammensetzung und Organisierung zu diskutieren.

Wir sind uns nicht sicher, ob dieser Vorschlag den aktuellen Bedürfnissen, Wünschen und Notwendigkeiten angemessen ist. Einiges spricht dagegen: Auf den Veranstaltungen überwog das Bedürfnis nach „Infos" und „Antworten" sehr deutlich das (unsere) nach der politischen Debatte, um gemeinsam nach Wegen zu suchen. In der breiten Beschäftigung mit dem Vortrag von Karl-Heinz Roth liegt auch sehr stark die Hoffnung, daß ein Promi Antworten hat. Die meisten Gruppen werden – wie wir auch – die Erfahrung gemacht haben, daß bei näherer Beschäftigung mit dem Text mehr Fragen aufgeworfen werden, daß viele abstrakt formulierte Thesen der näheren Überprüfung nicht standhalten usw.. Kann unser Vorschlag eines gemeinsam bestimmten Arbeitstreffens die Situation also überhaupt voranbringen? Wir wollen kurz unsere dahinterstehenden Vorstellungen skizzieren:

Es gab bei uns zunächst die Überlegung, einen großen Kongreß mit mehreren hundert Leuten vorzuschlagen: das wäre für die Vorbereitung vermutlich einfacher gewesen (breitgestreute Einladung im linksradikalen Spektrum), hätte auch die Teilnahme für Menschen erleichtert, die erst mal nur zum Zuhören gekommen wären, hätte auch eher ne Signalwirkung gehabt – wir woll(t)en aber keine Konsumveranstaltung mit Podiumsdiskussionen. Genausowenig wollen wir eine allgemeine Konferenz der gesamten Linken, wo über alles und nichts geredet wird, ohne jede Konsequenz (bezeichnenderweise gab es z.B. auf dem Konkret-Kongreß im Frühjahr 93, wo K.H. Roth sein Proletaritäts-Referat hielt, kaum eine Diskussionsmöglichkeit über seine Thesen). Im Oktober findet in Berlin ein Autonomen-Kongreß statt, der die Gelegenheit großer Öffentlichkeit bietet. Es wird dort sicherlich die Möglichkeit geben, mit eigenen politischen Inhalten breiter nach außen zu gehen – aber: mit welchen Inhalten? Am recht diffusen Programmvorschlag läßt sich nicht mal andeutungsweise eine inhaltliche, politische Ausrichtung der VeranstalterInnen erkennen. Das bunte Potpourri aus Veganismus, Toyotismus und Triple oppression würde uns dann wieder vor die bekloppte Alternative stellen, entwe-

der „unseren" Teilbereich abzudecken oder allgemeingültige Schwachsinnsparolen zu verbraten im Stil von „die Klasse wird's schon richten". Beides bringt nix. Wenn wir inhaltlich-politisch arbeiten wollen, müssen wir schon unser eigenes Treffen machen – um dann hoffentlich produktiv auf dem Oktober-Kongreß (und bei anderen Gelegenheiten, vor allem aber in den eigenen Städten und der eigenen Praxis!) eingreifen zu können.
Deshalb halten wir ein Arbeitstreffen, auf dem ca. 80-120 Leute über einige theoretische und praktische Probleme der weiteren politischen Arbeit reden, für um so wichtiger und genau im Trend liegend.

Unserer Ansicht nach sollte im Mittelpunkt des Treffens die Erarbeitung und Diskussion revolutionärer Krisentheorie stehen:

* In welcher historischen Phase leben wir eigentlich (Krise, Boom, wie die beiden zusammenhängen, wo die beiden ihre Grenze haben – und was das für uns heißt, daß sie eine Grenze haben). Wo wird die „Krise" gegen die Klasse benutzt und eingesetzt, um weitere Angriffe, Kürzungen und Spaltungen zu rechtfertigen?
* Worin besteht unsere eigene subjektive Krise in den letzten Jahren (es hat ja auch die Linksradikalen getroffen und nicht nur die Sowjetunion/China-freundlichen und staatsfixierten Linken)? Wo liegen die Möglichkeiten, sie inhaltlich politisch zu überwinden?
* Welche Instrumente haben wir, welche strukturellen Bedingungen müssen wir uns schaffen, um den politischen Kampf in nexter Zukunft wieder offensiver und systematischer anpacken zu können?

Aus revolutionärer Sicht ist Krisentheorie etwa sehr Praktisches: sie zeigt Möglichkeiten zum Handeln auf, legt die Chance zum revolutionären Bruch frei, macht organisatorische Vorschläge und Perspektiven diskutierbar. Wenn wir und andere Gruppen etwas überrascht vor der neuen Welle von Arbeitszeitverkürzungs- oder -verlängerungsmodellen stehen, dann deshalb, weil uns nur sehr oberflächlich klar ist, warum und wie die Krisenstrategie des Kapitals an diesem Punkt als wirksames Druckmittel gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden kann. Entsprechend dünn waren und sind auch unsere Vorschläge, um praktisch in diese Kämpfe einzugreifen (Bischofferode!!).

Als TeilnehmerInnen für das Treffen stellen wir uns Leute aus Basisinitiativen vor, Leute, die in Betrieben arbeiten, die mit uns über die vorgeschlagenen Themen diskutieren wollen, die in einer revolutionären Anstrengung dem Scheißsystem von Ausbeutung, Vernichtung und Herrschaft ein Ende machen wollen und dafür auch tatsächlich Ansatzpunkte sehen.
Es wird sich also um Menschen mit verschiedenen politischen Arbeitsschwerpunkten und aus unterschiedlichen Generationen handeln („von Antifa bis Großbetrieb"), die sich allerdings gegenseitig für ihre Fragestellungen und

Probleme interessieren müssen und daraus sogar etwas lernen wollen.
Ein solches Treffen braucht auch die Radikalität, unsere eigene soziale Lage zum Thema zu machen; es bringt wenig bis nichts, wenn wir auf überregionalen Treffen die wichtigen politischen Themen abstrakt diskutieren und jede/r dann wieder für sich allein vor dem Problem steht, wie die Brötchen zu verdienen sind....

Der Prozeß bis zum Treffen – und darüber hinaus...

* Wir wollen ab jetzt ein monatliches *Zirkular* herausgeben – das erste haltet Ihr gerade in der Hand. Dieses „Zirkular" schicken wir an alle Menschen und Gruppen, die uns auf diesen Brief antworten und es bestellen.

Mit dem *Zirkular* wollen wir die Diskussion unter uns im Vorfeld des Juni-Treffens (und eventuell darüber hinaus) organisieren. Es soll unbekannte Texte „von außen" enthalten, die für unsere eigene Diskussion (in den Städten) wichtig sind; dazu gehören dann natürlich Kritiken und Stellungnahmen. Außerdem soll es Informationen unter uns verbreiten über eigene Aktivitäten (Flugis, Aktionen, Veranstaltungen) und über aktuelle Ereignisse, die uns über internationale Kontakte direkt zugehen und eine rasche Verbreitung verdienen, enthalten. **Am wichtigsten sind aber Diskussionsbeiträge von uns und von Euch.** Die Texte werden ohne aufwendige redaktionelle Arbeit zusammengepackt und verschickt.

* **Ein Treffen, wie wir es uns vorstellen, kann nur dann fruchtbar sein, wenn sich über den Wildcat-Kreis hinaus auch andere Leute an der inhaltlichen Vorbereitung beteiligen.** Die Realisierung des Treffens hängt auch von Euren Reaktionen auf diesen Brief und der Entwicklung der Debatte übers Zirkular ab. Ohne Eure Beiträge, Briefe und Vorschläge kann sich keine Diskussion entwickeln. Ganz wichtig finden wir auch, daß Ihr über Eure Situation in Eurer Stadt was schreibt (total super wäre es, wenn Ihr Eurer Anmeldung einen kleinen Bericht beilegt: Situation in der Stadt, Entwicklung der letzten Zeit, eigene Initiativen und Erfahrungen dabei, Lohnarbeit, besondere Interessen am Treffen ....). Und denkt auf jeden Fall auch dran, auch von ganz klitzekleinen Konflikten auf Arbeit usw. zu schreiben!!

* **Das Juni-Treffen soll kein Delegiertentreffen werden. Es sollen keine Leute kommen, die für andere reden, sondern die, für die da geredet werden müßte, sollen alle mitkommen!** Wir wollen im wesentlichen Leute einladen, mit denen wir in praktischem-politischem Kontakt stehen. Zwar soll das Treffen ein „Neu-Anfang" im politischen Sinn werden, indem es bislang verstreute Diskussionslinien zusammenbringt, indem es die inhaltliche Arbeit an entscheidenden Punkten bündelt usw., aber wir wollen eben keinen „Kon-

greß", kein „Feuerwerk mit Außenwirkung". Das Treffen soll das zusammenfassen und zur Diskussion stellen, was wir bis dahin gemeinsam gemacht und (u.a. über die „Zirkulare") diskutiert haben. Es soll eine „Schnittstelle" zwischen der bisherigen Arbeit und den Vorbereitungsdiskussionen einerseits und einer (hoffentlich gemeinsamen) zukünftigen Arbeit werden.

* Wir werden auch ein paar wenige ausländische GenossInnen einladen, Verkehrssprache auf dem Treffen wird aber Deutsch sein. Wir schaffen es nicht, gute Simultanübersetzungen und mehrsprachige Zirkulare zu organisieren.

Zur technischen Seite

Für die praktische Durchführung des Treffens haben wir in der Nähe von Marburg für den 2. bis zum 5. Juni Räume angemietet, die Kosten werden (abgesehen von den Zirkularen) ungefähr bei 130.- für Unterkunft und drei Mahlzeiten täglich liegen.

Von den Räumen her haben wir die Möglichkeit, im Plenum oder in vier bis fünf Gruppen zu diskutieren, wir denken, wir sollten uns auf jeden Fall so oft wie möglich in Arbeitsgruppen aufteilen, um die breite Beteiligung von vielen Leuten zu ermöglichen (zu hundert läßt sich schwer diskutieren).

Wie wir uns in Arbeitsgruppen aufteilen, sollten wir gemeinsam entscheiden. Bei den internationalen Workshops '91 und '92 stellte es sich als schweres Handikap heraus, daß es AGs nach „Bereichen" gab. So saßen dann im AK „Migration" die „MigrationsspezialistInnen", in der AG „Gewerkschaft" die „Gewerkschaftskritikfreaks", ein gemeinsames *politisches* Interesse am revolutionären Klassenkampf konnte sich so nicht artikulieren, und wurde nur ansatzweise im Plenum diskutiert – aber da war ja klar, daß bei 80 Leuten mindestens die Hälfte gar nicht zu Wort kam.
Wir sollten es schon ausnutzen, daß viele Leute aus den unterschiedlichsten Bereichen zusammenkommen (wann sonst können z.B. Zimmerleute aus dem Osten mit welchen aus der Bodensee-Region diskutieren, und ein griechischer Bauarbeiter steuert seine Erfahrungen bei?), aber das Treffen darf nicht *nur* dem Erfahrungsaustausch dienen, denn der ließe sich auch leichter organisieren. Die Hauptanstrengung soll die politische Diskussion sein, mit der wir eine tragfähige Basis für die weitere Praxis legen können.

* Wenn das Treffen tatsächlich stattfindet, schmeißen wir unsere Kräfte auch weiter in die Vorbereitung und machen bis Juni keine Wildcat, sondern monatliche Zirkulare, die all denen offenstehen, die sie bestellen und sich daran beteiligen wollen. (Wir haben dieses erste Zirkular deshalb auch an alle

Einzelabonnenten versandt. Ihr müßt uns aber schreiben, wenn Ihr es weiter haben wollt!). Der Preis des Zirkulars orientiert sich am Kopierpreis pro A 4-Seite von 10 Pfennig plus Versandkosten; das sind für diese Ausgabe etwa 5,80 DM. (Wildcat-Abonnenten würden wir ein Zirkular wie eine Wildcat berechnen und vom Abo-Konto abbuchen.) Wenn entschieden ist, daß das Treffen tatsächlich stattfindet, geht den übrigen Bestellern mit dem zweiten Zirkular eine Rechnung zu.

Bis zum 10. März brauchen wir Eure verbindlichen Reaktionen. Daraus wollen wir dann entscheiden, ob das Projekt funktioniert – oder nicht (in diesem Fall werden wir unsere Reservierung von Räumen stornieren). **Wenn Ihr an dem Treffen teilnehmen wollt, solltet Ihr Euch so schnell wie möglich kurz zu unserem Vorschlag äußern und das Zirkular bestellen.** Am einfachsten schreibt Ihr an die Berliner Adresse (Sisina – PF 360 527 – 10975 Berlin). Da es aber schnell gehen muß, könnt Ihr Euch auch telefonisch oder per Fax unter folgender Nummer melden: 0621/629 5271 (Anrufbeantworter/Fax-Kombination

Dieses erste Zirkular ist eine Sammlung sehr unterschiedlicher Texte. Um von vorne anzufangen: dieses Heft enhält zwei längere Texte zur *Krise*. Einen Text zur Intervention in Somalia, eine kurze Einschätzung des Aufstandes in *Chiapas*. Außerdem Berichte und Flugblätter von Aktionen *gegen die Freßpakete für Flüchtlinge* (Köln), gegen die Verschärfungen auf dem *Arbeitsamt* (Ludwigshafen), von Azubis bei der *Telekom*.
Wir waren uns nicht sicher, ob wir lange theoretische Texte, die wir in den letzten Monaten nach und nach übersetzt und unter uns rumgegeben haben, überhaupt in das Zirkular aufnehmen sollen. Daß jetzt Bellofiore (S. 52 ff.) drin ist, ist ein Versuch, solche Texte breiter zu verteilen, auf die in den Diskussionen vielleicht Bezug genommen wird. Das spart auch Kopierkosten. Teilt uns bitte mit, ob's das bringt bzw. welche Texte ins Zirkular noch rein sollten. Um es gleich vorweg zu sagen: Es ist nicht so gedacht, solche Texte auf dem Treffen im Juni zu präsentieren, sie sind nur für die (gemeinsame) Vorbereitung gedacht.
Bellofiores Text gefällt uns, weil er an der Perspektive Kommunismus festhält, allerdings eine radikale Neudiskussion über Produktionsweise fordert. In seinem Aufsatz über Kapitalismus und Planung nimmt er sowohl marxistische Gläubigkeit, als auch den sogenannten Siegeszug der Marktwirtschaft auseinander. Außerdem weist er nach, daß Kapitalismus keineswegs identisch ist mit Demokratie – wobei aber sein Demokratiebegriff politisch unklar bleibt.

Mitte März soll das Zirkular 2 fertig sein mit weiteren Texten zur *Krisentheorie* und außerdem Thesen zu *Faschismus und Antifaschismus*.

Absoluter Einsendeschluß für Beiträge ist ebenfalls der 10. März.

Solidarität mit den ArbeiterInnen auf dem Balkan

International Workers Aid for Bosnia: Hilfslieferungen in Tuzla eingetroffen!

IWA for Bosnia ist im Sommer 1993 aus einer Initiative von GewerkschafterInnen in Britannien entstanden. Während des Bergarbeiterstreiks 1984/85 hatten die Bergarbeiter von Tuzla Taglöhne für ihre britischen Kollegen gespendet. In nur wenigen Wochen organisierten diese jetzt eine Solidaritätskampagne in Großbritannien. Sie kauften Lastwagen, sammelten Nahrungsmittel, medizinische Artikel und Kleidung in zahlreichen Städten. Gleichzeitig wurde aber auch, und das ist für die Betroffenen in Bosnien noch wichtiger, Geld gesammelt.
Ihre zentralen Parolen sind:

- Solidarität mit den Arbeitern und Arbeiterinnen auf dem Balkan
- keine "ethnischen Säuberungen" und ethnischen Vertreibungen
- Solidarität mit dem multi-ethnischen Bosnien
- Asylrecht für alle, die vor dem Krieg in Jugoslawien fliehen

In Deutschland gibt es bisher Unterstützungsgruppen in 5 Städten.
Der erste Konvoi mit drei LKWs erreichte Tuzla Anfang November 1993. Die nächsten Vorhaben sind: **Organisierung** weiterer Konvois zusammen mit Leuten aus dem ehemaligen Jugoslawien, die hier leben; **Sammlung** weiterer Hilfsgüter, vor allem auch Geldspenden; **Kontakte, Informationen und Verbindungen** aufbauen zu dortigen ArbeiterInnengruppen, Gewerkschaften, antimilitaristischen Gruppen und Frauengruppen, die gegen den Krieg und nationalen Chauvinismus kämpfen; **Europaweite Vernetzung** der versch. Unterstützungsgruppen.
Jeden letzten Samstag im Monat gibt es europaweit Kundgebungen gegen die Politik der UNO (nicht nur) dort mit der zentralen Parole: **Sofortige Öffnung des Tuzlaer Flughafens!**
Denn das wäre der schnellste und sicherste Weg, die drohende Hungerkatastrophe in der Tuzlaer Region zu stoppen.
Auch in Berlin hat sich eine Initiativgruppe gegründet. Den Anstoß bekamen wir dadurch, daß der erste Konvoi aus Schweden und Britannien auch hier durchkam. Einige von uns haben allerdings auch politische Schwierigkeiten mit verschiedenen Formulierungen:

- Z.B. "ethnische Säuberungen" und "ethnische Vertreibungen" - im ehem. Jugoslawien passieren Massaker und Massenvergewaltigungen, die aber keineswegs einem rein "ethnischen" Muster folgen.
- Oder "Solidarität mit dem multi-ethnischen Bosnien" - was soll eine Ethnie sein? Und es ist nicht unsere Absicht, einen wie auch immer gearteten bosnischen Staat zu unterstützen. Uns geht es um die Solidarität mit den ArbeiterInnen dort.
- Das Asylrecht für Kriegsflüchtlinge - wieso denn nur das, gerade nach der Änderung der Asylgesetze in der BRD, wieso überhaupt einen Status fordern, und wenn schon, warum nicht volle Bürgerrechte?

Die europaweite Kampagne ist föderal aufgebaut, das heißt, alle Initiativen können die Punkte entsprechend den jeweiligen Bedingungen vor Ort formulieren, deswegen denken wir, daß wir uns in dem Rahmen trotzdem erst mal beteiligen können. Am wichtigsten ist uns der erste Punkt "Solidarität mit den ArbeiterInnen auf dem Balkan" und daß diese Solidarität hier auch vor allem von ArbeiterInnen im weitesten Sinne organisiert werden soll.

Kontakt über die Berliner *Wildcat*-Adresse, Stichwort: IWA

Klassenkampf - Krise - Kommunismus?

Bischofferode, die Lausitzer Bergarbeiter, die Stahlarbeiter im Ruhrgebiet, Unis im Streik, die Binnenschiffer, LehrerInnen ... Vor wenigen Monaten Air France und jetzt die Fischer in Frankreich. Trotzdem erscheint der Aufstand in Chiapas beinahe schon als anachronistisch. Woran liegt das?
Wir sind solchen Aufzählungen und voreiligen Schlüssen auf einen neuen Kampfzyklus gegenüber - zu Recht - sehr mißtrauisch geworden. Zum einen, weil wir uns damit schon zu oft auf dünnstem Eis bewegt haben (es wirkt ganz komisch, wenn man heute zum Beispiel das Editorial der Wildcat 38 liest, in dem wir von einer neuen politischen Phase geschrieben haben, die nun anfangen würde...), zum anderen, weil die Leute, die da kämpfen, selber nicht das Gefühl haben, als würden sie oder könnten sie die Welt verändern.

Wir selber sind politisch-theoretisch in die Krise gekommen. In unseren praktischen Versuchen können wir die Spanne zur Revolution nicht aufstecken, in keinem Einzelfall die vorwärtstreibende proletarische Tendenz finden, auf der Ebene von Initiativen sind wir meist nur noch die radikalere Variante der autonomen Hiphop[1]-Politik. Deshalb können wir mit unseren Analysen auch die Menschen nicht mobilisieren, sondern erklären ihnen nur noch, warum die Scheiße funktioniert![2]

In der öffentlichen Diskussion hat sich der Kapitalismus als das bessere System durchgesetzt. Der Markt ist allen andern Formen von Regulierung, Absprachen, politischen Interventionen usw. überlegen. Dagegengehalten werden dann höchstens Zusammenbruchstheorien à la Kurz (*Kollaps der Moderne*) oder moralische Argumente à la "der Kapitalismus ist ungerecht, siehe die verhungernden Kinder"[3]. Gleichzeitig fällt uns auch nicht viel ein zu den alltäglichen Verhaltensweisen der ArbeiterInnen, die anscheinend auch davon ausgehen, daß der Markt die beste Organisationsform ist[4]. Und es ist doch auch allgemeine Gefühlslage: der Kapitalismus hat gewonnen, weil er das überlegene System ist, das sich selbst am effektivsten reproduzieren kann, in seiner Reproduktion immer wieder ("auf ewig"?) an veränderte Bedingungen anpassen kann. Zwar ist darüber niemand so recht glücklich – die Kapitalisten auch nicht[5] – aber es läßt sich nun mal nicht ändern.

Die Erarbeitung einer eigenen Theorie von der gegenwärtigen Krise soll uns in mehrerer Hinsicht weiterhelfen:

1) wollen wir genau rauskriegen, wo wir stehen, in welcher historischen Situation wird sind (gegen die Geschichtslosigkeit des sich ewig reproduzierenden Kapitalismus);
2) wollen wir kapieren, in welcher Krise unsere Feinde sind, wo revolutionäre Bruchpunkte im System liegen (gegen die Behauptungen, der Kapitalismus und der "freie Markt" seien nun mal das überlegene System);
3) wollen wir auf dieser Ebene dann eine organisierende Diskussion über unsere praktischen Eingreifmöglichkeiten führen (gegen mechanische und voluntaristische Organisationsmodelle – aber auch gegen den um sich greifenden Defätismus);
4) brauchen wir mehr als eine moralische Kritik an der ungerechten Welt. Wir wollen besser kapieren, welche (subjektiven) Kräfte das Kapital in die Krise gebracht haben und ob darin eine emanzipatorische, im Sinn von Marx »kommunistische« Kraft liegt (»Kommunismus ist nicht ein Zustand, sondern die wirkliche Bewegung«).

Deshalb kommen in diesem Zirkular drei Beiträge: Der folgende setzt sich zunächst etwas theoretischer mit der Krise und verschiedenen politischen Ansichten dazu auseinander. Der zweite ist ein Versuch, empirisch genauer zu gucken, wie Krise und Arbeiteraktion zusammenhängen. Als drittes haben wir einen Artikel von Riccardo Bellofiore aus der italienischen Zeitschrift *altre ragioni* übersetzt, mit dessen politischen Schlußfolgerungen wir zwar nicht einverstanden sind (er ist anscheinend ein Demokratiefan), er hat aber den großen Vorteil, daß er sehr ausführlich auf die vorherrschenden bürgerlichen nationalökonomischen Theorien und Ideologien eingeht und sie auseinandernimmt.
Im nächsten Zirkular werden wir dann auf neuere linke Krisentheorien eingehen – und vielleicht auch schon weitere Beiträge dazu abdrucken können.

Crisis what crisis?

Die Frage ist erstmal: welche Krise? In der Diskussion werden ständig (mindestens) zwei verschiedene Begriffe von Krise durcheinandergeschmissen. Der eine ist der aktuelle zyklische Wirtschaftseinbruch mit negativen Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts, Entlassungen usw. Der andere ist die strukturelle Krise seit Anfang der 70er Jahre (»Krise des Kapitalismus«). Die erste Art der Krise gehört zum Wesen des Kapitalismus. Dies hatte Marx erkannt und auf abstrakter Ebene verschiedene Erklärungs-Möglichkeiten angeführt. Er meinte, wenn die inneren Zusammenhänge des Kapitalismus erst mal begriffen sind, »stürzt, vor dem praktischen Zusammensturz, aller theoretische Glauben in die permanente Notwendigkeit der bestehenden Zustände« (Brief an Kugelmann). Wie ernst für die Verfechter des Kapitalismus diese Kritik bereits ist, zeigt sich z.B. daran, daß sie nach dem Zweiten Weltkrieg allen Ernstes behauptet haben, sie hätten nun das Problem dieser zyklischen Krisen gelöst: durch die Präzision der Vorhersagen über die wirtschaftliche Entwicklung, die Genauigkeit der Wirtschaftswissenschaften und durch die Macht des Staates, antizyklisch gegenzusteuern, würde es nun zu keinen Rezessionen mehr kommen. Heute wissen wir, daß das auch damals nicht stimmte, aber als Ideologie von der Über-

legenheit der »sozialen Marktwirtschaft« spielte es bis Mitte der 60er Jahre eine Rolle.

Danach kam es zu einer ersten, kleinen Rezession und im Gefolge der dann einsetzenden Arbeiterkämpfe seit Anfang der 70er Jahre zu einer »strukturellen Krise«, die bis heute ungelöst ist und sich auch im zyklischen Auf und Ab von Boom und Rezession nicht löst (auch der längste Aufschwung seit dem Zweiten Weltkrieg in der BRD der 80er Jahre konnte die tieferliegenden »strukturellen« Probleme nicht lösen). Auch dieser Krise standen die bürgerlichen Ökonomen zuächst ratlos gegenüber. Sie wurde zunächst allen Ernstes als »exogen« (von außen kommend) eingestuft, da ja die Marktwirtschaft gesund sei, nur hätten eben die bösen Scheichs »uns« den Ölhahn zugedreht. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre bemerkten die Marxorthodoxen allerdings »schon«, daß es sich um eine Krise des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems handelte, und nach dem erneuten scharfen Kriseneinbruch 1979/80 setzten sich auch unter bürgerlichen Volkswirtschaftlern mehr und mehr dramatische Sichtweisen durch.

In der linken Krisendiskussion, die sich auf Marx bezieht, gibt es seit zwei Jahrzehnten heftige Auseinandersetzungen darüber, was die Ursachen der heutigen Krise seien: Überproduktionskrise? Unterkonsumtionskrise? strukturelle oder konjunkturelle Krise? Profitklemme? Überakkumulationskrise? Dabei haben die meisten dieser Marxisten übersehen, daß Marx selber in zwei Schritten vorgeht: Er analysiert zunächst die allgemeinen Grundzüge der kapitalistischen Ökonomie, aus denen er die *Möglichkeit* der Krise ableitet; das unterscheidet er aber von der Analyse der Kräfte, welche die *Aktualität* der Krise erzeugen. Marx analysiert auf der abstrakten Ebene ein ganzes Bündel von Möglichkeiten kapitalistischer Krisen: So ist bereits die Tatsache, daß die Produkte sich gegen Geld tauschen müssen, eine erste Krisenmöglichkeit, denn vielleicht wird ja das Geld nicht ausgegeben, und der Mehrwert kann sich folglich nicht »realisieren«.[6] Mangelnde Nachfrage, Disproportionen zwischen den Sektoren oder den Abteilungen, zu niedrige Profite, weil der Mehrwert zu stark in höhere Löhne geht, finanzielle Instabilitäten oder Grenzen bei der weiteren Ausdehnung des Kredits.... sind nach Marx alles mögliche Ursachen der kapitalistischen Krise. Einer der wenigen linken Theoretiker, die sich nicht am Streit beteiligt haben, was denn nun der eigentliche "marxistische" Grund der gegenwärtigen Krise ist, sondern Marxens Trennung in Möglichkeit und Aktualität der Krise nachvollzieht, ist Negri. »Es wäre indessen falsch, auf irgendeinem der Elemente der marxschen Beschreibung der Krise zu insistieren und es zu isolieren: bei Marx müssen diese Elemente in ihrer Einheit betrachtet werden. ... Es muß [nämlich] hervorgehoben werden, daß all dies lediglich eine erste Annäherung an die marxsche Analyse des Zyklus, der Krise und der Entwicklung ist. Wir haben sie nach ihrer kapitalistischen Seite in ihrer Objektivität beschrieben. Aber die Lehre von der Erscheinungsform ist nicht die Lehre von den Ursachen, der kapitalistische Standpunkt ist nicht der der Arbeiterklasse. Von der Abstraktion der Möglichkeit der Krise muß nun zu deren Wirklichkeit, von der Beschreibung der objektiven Möglichkeit zur Dialektik der Wirklichkeit hinabgestiegen werden. Die bisher erwähnten Elemente der Beschreibung sind ›bloße *Formen*, allgemeine Möglichkeiten der Krise, [...] abstrakte Formen der wirklichen Krise. In ihnen erscheint das Dasein der Krise als in ihren

einfachsten Formen, und insofern in ihrem einfachsten Inhalt, als diese Form selbst ihr einfachster Inhalt ist. Aber es ist noch kein *begründeter* Inhalt. [...] Warum also diese Formen ihre kritische Seite herauskehren, warum der in ihnen *potentiell* enthaltene Widerspruch als solcher erscheint, ist aus diesen Formen allein nicht zu erklären.‹ In diesem Fall, von diesem Standpunkt aus ›(ist) die Möglichkeit [...], daß Krisen eintreten, [...] zufällig, [...] bloßer Zufall‹ {Marx-Zitate aus *Theorien über den Mehrwert*] ... Der Standpunkt der Arbeiterwissenschaft[7] muß also jenseits der bloßen Objektivität der phänomenologischen Beschreibung erreicht werden: ohne diese "Begründung" kommt der marxschen Theorie keine Notwendigkeit zu. Und es ist kein Zufall, daß seit Bernstein der Reformismus Marx nur bis zu diesem Punkt zu lesen versteht.« (Negri: *Zyklus und Krise bei Marx*)

Marx hat den "Fall der Profitrate" nicht entdeckt – Mitte des vorigen Jahrhunderts trieb der alle bürgerlichen Nationalökonomen um und nährte gewisse Endzeitstimmungen –, Marx versuchte nur, diese langfristige Krisentendenz auf den inneren Zusammenhang der kapitalistischen Akkumulation zurückzuführen und ihn mit der Werttheorie zu verbinden. Das sogenannte »Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate« besagt, daß der lebendigen Arbeit ein immer größeres Quantum an toter Arbeit (Fabriken, Maschinen, Wissenschaft) gegenübertreten muß, daß aber gerade dadurch der Profit fällt. Der Zwang, die lebendige Arbeit mit immer mehr toter Arbeit zu kontrollieren, ist der Zwang zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals und des Produktionsprozeß, also zur Entwicklung der produktiven Kooperation des Gesamtarbeiters. Die "Tendenz" im Fall der Profitrate ist die Regelmäßigkeit, mit der die Arbeiterklasse diese Elemente der Kontrolle in ihre stärkste Waffe umdreht – und damit einen ganzen Typus der Kapitalakkumulation in die Krise stürzt. Marx´ "Gesetz" vom tendenziellen Fall der Profitrate war also einerseits gerichtet gegen die damaligen Vorstellungen von den "großen Geistern, die Geschichte machen", er hielt den Ideologen des Kapitals den Spiegel vor: das Kapital als Klassenverhältnis produziert zwangsläufig die Krise. Andererseits war dieses "Gesetz" ein Untersuchungsprogramm: Wo liegen die historischen Gründe der Krise in den Kämpfen und im Verhalten der Arbeiterklasse?

Ganz im Gegensatz dazu hat die Marxorthodoxie daraus ein mechanisches "Gesetz" gemacht, das ohne Zutun der Menschen eines Tages den Kapitalismus zusammenbrechen lassen wird. Damit wollen wir uns nun aber nicht weiter auseinandersetzen. Wir wollen uns stattdessen kritisch zwei Kriseninterpretationen zuwenden, die im letzten Jahrzehnt in der undogmatischen Linken (von grün bis autonom) große Bedeutung erlangt haben.[8]

Die neoschumpeterianischen Kriseninterpretationen

1985 erschien im Wagenbach-Verlag ein Buch: *Das Ende der Massenproduktion*, das großen Einfluß auf die linksalternative Szene haben sollte. Geschrieben hatten es die beiden MIT-Profs Piore und Sabel. Ihre grundlegende These ist grob zusammengefaßt: Es gab eine große Krise im 19. Jahrhundert, in der die industrielle Massenproduktion gegen die Macht der Handwerker-Arbeiter durchgesetzt wurde[9] – die heutige Krise entspricht dem, es stehen ähnliche »Jahrhundertentscheidungen« an (der amerik. Originaltitel war: *The second industrial divide*). »Die derzeitige Krise

unterscheidet sich allzu deutlich von der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre. Damals waren Faschisten, Kommunisten und Kapitalisten überall in der ganzen Welt darum bemüht, dem technologischen Beispiel eines Landes nachzueifern: dem der Vereinigten Staaten.« (S. 22) Während es in der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre nur um die Regulierung einer Produktionsweise (Fließband, Taylorismus, Massenproduktion) ging, steht heute diese Produktionsweise selbst zur Disposition. Auf diese Krise gibt es ihrer Ansicht nach zwei Reaktionsformen: das Modell der Massenproduktion ausweiten oder: »Die andere wesentliche unternehmerische [eben!] Reaktion nennen wir flexible Spezialisierung. Sie findet sich in dem Geflecht technologisch hochentwickelter, außerordentlich flexibler Industriebetriebe in Mittel- und Oberitalien. Flexible Spezialisierung ist eine Strategie permanenter Innovation: der Anpassung an sich ständig verändernde Bedingungen, und nicht der Versuch, diese unter Kontrolle zu halten. [das Kapital lernt Zen, oder was??] Eine solche Strategie beruht auf flexiblen, für verschiedene Produktionszwecke einsetzbaren Technologien, auf den Fähigkeiten qualifizierter Arbeiter und darauf, daß – auf politischem Wege – eine industrielle Kommune geschaffen wird, die den Wettbewerb so einschränkt, daß nur die Innovation gefördert wird. Die Ausdehnung der flexiblen Spezialisierung führt daher zu einer Wiederauflebung handwerklicher und kleingewerblicher Produktionsformen, die an der ersten industriellen Wegscheide an den Rand gedrängt wurden.« (S. 26)

An ihrem Lösungsvorschlag werden drei Sachen klar: Sie setzen ihre Hoffnungen in eine unternehmerische Initiative (u.a. deswegen gehören sie in die Schumpeter´sche Tradition – und wir werden gleich sehen, daß damit sehr stark auch ihre Analyse der Krisenursachen zusammenhängt). Sie beziehen sich auf die italienische, dezentralisierte Fabrik, das Vorbild »kreativen Unternehmertums« der zweiten Hälfte der 80er Jahre war hier das *Benetton*-System. Ihr Abfahren auf »kleingewerbliche Produktionsformen« und angepaßte Technologien erklärt ihren großen Erfolg im grünen Lager.

Was aber hinter *Benetton*, dezentralisierter Fabrik und Kleingewerbe steckt, hat unter anderem Sergio Bologna ganz gut herausgearbeitet: Überausbeutung, eine breite Proletarisierung und Prekarisierung der Beschäftigten.[10]

Priore/Sabel haben – wie alle Schumpeterianer – kein zusammenhängendes Verständnis der Krise, sondern beschreiben diese »als eine Kette von Zufällen, die durch Fehler zusammengehalten wird« (S. 185). Nämlich Fehler, die Regierungen und Unternehmer gemacht haben. So zählen sie zwar alle möglichen Krisenursachen auf, bestehen aber drauf, daß die Krise letztlich nicht erklärt werden kann, strukturell bestünde sie »aus der Unfähigkeit der institutionellen Strukturen der späten sechziger Jahre, sich auf die Ausbreitung der Massenproduktionstechnologie folgenreich einzustellen.« (S. 186) In ihrem Verständnis ist der Unternehmer das treibende Moment der Geschichte, durch Innovationen erzeugt er ein »neues technologisches Paradigma«, dem sich dann die übrige Gesellschaft anzupassen hat. Sie landen somit bei einer völligen Technikgläubigkeit, obwohl sie weiter vorne ihren Feind so bezeichnet hatten: »unaufhaltsame, einheitliche, allumfassende Logik technologischer Entwicklung« (S. 35), der Marx alles zugetraut und alles untergeordnet habe.

Spätestens hier werden die vielen Übereinstimmungen mit Detlef Hartmann[11] deut-

lich: Bei beiden Positionen ist der Wert immer schon produziert, der Widerspruch liegt nicht zwischen Arbeitern und Kapital, das sie zur Arbeit zwingt, sondern zwischen (unternehmerischen) Erneuerern und sozialem Konservativismus. Detlef dreht diese Analyse bloß um, weil er die Unternehmer haßt – »die permanente Reproduktion des Kapitalverhältnisses ist keine Frage der Produktion, sondern der Effizienz der gesamtgesellschaftlichen Unterwerfungs- und Zurichtungsleistungen.« (ak 362 S. 30) – aber den Widerspruch sieht er ebenfalls nicht zwischen Klassen. Auch in seinem Geschichtsbild ist der Unternehmer die treibende Kraft, die (bei ihm im Verein mit den Intellektuellen) neue »Paradigmata« durchsetzt. Auch er schreibt gegen die »technologische Gewalt« an.[12]

Begrifflich geprägt sind wir selbst (wie Detlef Hartmann auch) von Panzieris Analysen über kapitalistische Technologie[13] und von Marx´ Ausführungen über Maschinerie und große Industrie im *Kapital*: Ure »sagt von einer Erfindung zum Kettenschlichten, deren unmittelbarer Anlaß ein strike: ›Die Horde der Unzufriednen, die sich hinter den alten Linien der Teilung der Arbeit unbesiegbar verschanzt wähnte, sah sich in die Flanke genommen und ihre Verteidigungsmittel vernichtet durch die moderne mechanische Taktik. Sie mußten sich auf Gnade oder Ungnade ergeben.«[14] Technik ist Kriegsmittel gegen die Klasse. Seit den technologischen Horrorvisionen des Kapitals in den 80er Jahren (Roboterisierung, Automatisierung) haben wir gelernt, genauer zu sein und zwischen kapitalistischer Propaganda und der Realität zu unterscheiden. Dabei haben wir immer wieder festgestellt und herausgearbeitet, daß dazwischen Welten liegen,[15] daß die Arbeiter die Technologie aneignen und umdrehen können, daß Technologie ein soziales Verhältnis ausdrückt.[16] Vor ein paar Jahren hat sich mal jemand die Mühe gemacht und historisch genau nachgeforscht, was der mechanische Webstuhl, den Marx so oft als Beispiel für den "Waffencharakter der kapitalistischen Maschinerie" anführt, gar nicht die riesigen Erfolge gebracht hat, die Ure immer behauptet hatte, Marx selbst war der Propaganda von Ure aufgesessen. In Wirklichkeit konnten an diesem Webstuhl beschäftigte Arbeiter die neue Technologie sogar dazu benutzen, sich lohnmäßig und von ihrer Ersetzbarkeit her gegenüber ihrem Unternehmer zu qualifizieren.

Solche *reale*, widersprüchliche Entwicklungen kümmern aber Detlef (und mit ihm eine Menge anderer Genossen) nicht die Bohne: in Schumpeter´scher Weise wird die Technologie völlig überschätzt, die in sie eingespannten Menschen gar als »Subjektreste« bezeichnet – was aber letztlich nur der kapitalistischen Propaganda von der eigenen Effizienz und Allmacht aufsitzt und nicht mehr angeben kann, wo die materielle Möglichkeit zur Revolution herkommen soll.

(Neo-)Keynesianische Krisentheorien

Die neokeynesianischen Ansätze sind erstmal sympathischer: »Industriekapitäne machen Arbeitslosigkeit«, »Technik als soziale Wahl«, »Krise kommt daher, daß die Leute zu wenig verdienen (Unterkonsumtionskrise)«. Aber dieser Ansatz hat zwei große Probleme: der Keynesianismus ist in den 70er Jahren gescheitert. Kurz zusammengefaßt bestand er in einem Deal zwischen Kapital und Klasse, daß Lohnzuwächse und Produktivitätssteigerungen gekoppelt und gewisse Mindestreproduktionsstandards gesichert werden. Die Weigerung der Unternehmer zu investieren war

damit nicht zu erklären – und schon gar nicht mehr zu steuern: Ende der 70er Jahren war in den meisten kapitalistischen Ländern eine Situation erreicht, wo die Zinsen negativ waren (d.h. sie lagen unterhalb der Inflationsrate), trotzdem kam es zu keinem neuen Aufschwung. Erweiterungsinvestitionen blieben aus (technisch ist das die Ursache dafür, daß alle Staaten verschuldet sind, denn im keynesianischen Sinn mußten sie in der Krise Schulden machen, um antizyklische Ausgaben zu tätigen). Dahinter steckten Kämpfe der Klasse für mehr Lohn und weniger Arbeit (ein Unding in keynesianischer Sicht) und das Ausnutzen aller Mechanismen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Mindestlohn usw.. Deshalb steckt das Kapital so tief in der Klemme: Es kann nicht "hinter" den Sozialstaat zurück, der eingeführt worden war, um die revolutionäre Drohung des Klassenkampfs in "Arbeiterbewegung" in einer "sozialen Marktwirtschaft" zu verwandeln.
Die Bemühungen der Keynesianer (u.v.a. Hankel, Matzke, Kalecki[17]) gingen deshalb dahin, Keynes' Ansatz auf die internationale Ebene zu erweitern. Sie interpretieren die Verwertungskrise als Übergang zu einem globalen Kapitalismus; dabei geraten die Unternehmer in Schwierigkeiten, weil sie die Preise ihrer Produkte nicht mehr festsetzen können (internationale Konkurrenz); die Nationalstaaten geraten in Schwierigkeiten, weil der selbsttragende Aufschwung ausbleibt und weil sie in globalen Währungssystemen nicht mehr über die Notenbanksouveränität verfügen.

Die Neokeynesianer sehen die momentane Krise also weniger als tiefe, historische Krise der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt, sondern eher als Anpassungskrise an neue Verwertungsbedingungen; ihr historischer Rahmen ist also nicht die Veränderung einer Produktionsweise wie Mitte des 19. Jahrhunderts, sondern die Weltwirtschaftskrise der 30 Jahre des 20. Jahrhunderts. Sie tendieren dazu, die konjunkturellen Aspekte der Krise über- und die strukturellen Ursachen unterzubewerten. Als Auswege aus der Krise schlagen sie je nach politischem Standort deshalb Beschäftigungsprogramme, Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, finanzielle Umverteilungen und ähnliches vor.
Damit wird ein grundsätzliches Handicap dieses Ansatzes deutlich: Sie sehen zwar die Klasse als Motor der Geschichte, ihre Lösungen zielen aber allesamt auf Strategien von oben. Und das heißt im Ergebnis: der Klassenkampf treibt die kapitalistische Entwicklung an.

Karl Heinz Roth stand über seinen Bezug auf Kalecki ebenfalls in dieser Tradition.[18] Obwohl wir seinen Thesen zur »neuen Proletarität« insgesamt positiv gegenüberstehen, wird dieses Dilemma ganz deutlich etwa in seinem Editorial in der "1999 Heft 1/94": »Jedoch haben nicht die Träger der Sozialrevolten, sondern die herrschenden Eleiten der keynesianischen Gleichgewichtsutopie den Laufpaß gegeben.« Damit schneidet er seine Krisenanalyse von den Bewegungen der Klasse ab. Ganz richtig analysiert er, daß die »post-fordistischen« Strategien von Priore/Sabel u.a. inzwischen gescheitert sind: »Der Boom der Mikrounternehmen kam nicht zustande«. Und daß jetzt neue Unternehmerstrategien durchgesetzt werden sollen, wobei das Geschwätz vom »toyotisierten Netzwerkkonzern« in der Realität längst als Überausbeutung in Zulieferklitschen, verschärftes Gegeneinanderausspielen der Belegschaften

und Standorte, Verdichtung der Arbeit und Entgarantierung als sogenannter »selbständiger« LKW-Fahrer deutlich geworden ist. Das Problem an den Ausführungen von Karl-Heinz im letzten Jahr war, daß er an diesem Punkt immer sehr widersprüchlich wurde: die Krise der Gewerkschaft geriet ihm in seinen Formulierungen immer leicht zu einer Krise der Arbeiterklasse und seine Verweise auf Kalecki waren bisher immer von einer Hoffnung auf die Möglichkeit einer neuen fiskalischen Umverteilung durchdrungen. Wenn er nun schreibt: »Die ›entscheidende Reform«, zu der sich der Linkskeynesianer Kalecki ... bekannte, scheint alles in allem unwiderruflich der Vergangenheit anzugehören«. Und die Frage stellt: »Sollte es nicht möglich sein, neue Handlungsspielräume zu erkunden und jenseits aussichtslos gewordener [gewerkschaftlicher] Defensivpositionen neue Solidarisierungsprozesse einzuleiten?« Wenn er seinen Befund ernst nimmt, daß es keinen Spielraum mehr gibt für staatlichen Reformismus oder Radikalisierung der Gewerkschaft, dann können wir uns gemeinsam die Frage stellen, wie die »Bewegung from the bottom up« entstehen könnte, die den herrschenden Zuständen ein Ende setzen kann – denn davon findet sich in seinen letzten Texten nichts.

Resümee:

Damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unserer Überlegungen angelangt. Aber wir haben einiges dazu gelernt: der Kapitalismus ist mit seinen zyklischen Krisen identisch, er ist keineswegs das überlegene Gesellschaftsmodell, im Gegenteil: er hangelt sich durch die möglicherweise tiefste Krise seiner Existenz und kein Nationalökonom blickt mehr durch, was da eigentlich passiert. Wir stehen mitten in einem Umbruch der Produktionsverhältnisse, die mindestens mit dem Umbruch zwischen den revolutionären Bewegungen des Vormärz und der Errichtung des Bismarck'schen Sozialstaats zu vergleichen sind. Wir leben in einer offenen Situation, niemand kann voraussehen, was kommt. Von da aus müssen wir nun wieder unser eigentliches Problem angehen. Die frühen Operaisten hatten es noch einfach: sie konnten direkt im Verhalten und in den Kämpfen der Klasse für gleichen Lohn, gegen die Arbeit und für mehr Geld sowohl die Ursachen der kapitalistischen Krise als auch kommunistische Elemente ausmachen, die über den Kapitalismus hinaus auf eine neue Gesellschaftsform zu verweisen schienen. Damals hätten zwar viele gedacht, daß die Revolution um die nächste Ecke sei – oder eben nicht, aber niemand hat gedacht, daß der Kapitalismus durch diese Kämpfe in eine Krise geraten würde, die heute, zwanzig Jahre danach tiefer als je zuvor ist. Und da haben wir nun ein Problem: Wie sieht heute dieses Verhältnis aus, wo das Kapital nach dem ruhigsten Jahrzehnt des Jahrhunderts (nach Streiks, Demos usw. gerechnet) in seiner tiefsten Krise des Jahrhunderts ist? Wie kriegen wir heute das Verhalten der Klasse, die Krise des Kapitals und die kommunistische Bewegung zusammen?

(Im Teil II werden wir neuere Krisentheorien daraufhin abklopfen, ob sie uns bei der beantwortung dieser Fragen was helfen.)

Anmerkungen:

1. Nicht im Sinn von schlechter Musik, sondern im Sinn von: heute hier, morgen dort - ohne roten Faden dazwischen.

2. Bezeichnend der Brief in der Wildcat 63: »... mußten selbst die Wildcats zugeben, daß das noch nie geklappt hat« (S. 34). So haben wir das bei der Veranstaltung zwar sicher nicht gesagt, aber so kommen wir - in der Regel - rüber.

3. Wobei auffällt, daß man dasselbe Argument auch wie Detlef Hartmann dazu benutzen kann, zu sagen: in den Metropolen über Klassenkampf zu reden ist unmoralisch, weil sie in der Peripherie verhungern - wohingegen hier die Arbeiter in goldenen Ketten liegen. Damit gibt es keine materielle Basis mehr für die Revolution. »Alle Propaganda einer transnationalen proletarischen Homogenisierung ist eine gefährliche metropolitante Ideologie, die allenfalls einem imperialistischen Gefälle der national-sozialistischen-Tendenzen ihre Legitimationsbasis zuschneidern hilft. ... Das erbliche metropolitane Proletariat vor allem der Schlüsselindustrien der Kapitalgüterindustrie lernte die Regeln des kapitalistischen Spiels und die Ambivalenzen ihrer Position im globalen sozialen Krieg. ... Die proletarische Subjektkonstitution zum Vorarbeiter der Welt im Anspruch einer nationalen sozialistischen Gemeinschaft auf Weltgeltung und Judenmord waren nur zwei Seiten derselben sozialen Identitätsfindung ... Es gibt keinen Dialog. Es gibt auch keine Heilung eines falschen Bewußtseins durch Appell an die Proletarität ihrer Kampfformen, weil ihr Rassismus und Faschismus ein "richtiges" Bewußtsein proletarischer Teilhabeansprüche an der Gewalt des Umbruchs und seiner Rendite widerspiegeln können. Sie machen Geschichte und wissen, was sie tun.« (ak 362, S. 30)

4. Die Ossis waren zu Beginn so drauf: »lieber will ich für die Straßenbahn was bezahlen und die Wagen sind sauber und fahren pünktlich, als Nulltarif und alles ist dreckig« - worin sich die Krise des fordistischen Entwicklungsmodells ja inzwischen auch ganz real ausdrückt: kommunale Verkehrsbetriebe zocken für ne Fahrt 4 Mark ab und nachher stehst du in ner völlig überfüllten U-Bahn .... natürlich ließe sich das "privat" besser organisieren. Das ganze hat ne zweite Ebene darin, daß gerade für isolierte, relativ ohnmächtige Individuen der Markt zumindest eine gewisse Rechtsgarantie, Ware/Leistung gegen Geld, zu bieten scheint.

5. Das könnte - auch - was mit den »entgegenwirkenden Maßnahmen« zu tun haben, die Marx gegen den tendenziellen Fall der Profitrate aufzählt. Eine davon ist die Entwicklung neuer (Anlage-)Sphären: wirklich globaler Kapitalismus ist mit dem gegenwärtigen Akkumulationsregime eventuell nicht möglich. (siehe Rosa Luxemburgs Überlegungen, daß ein Kapitalismus ohne externe Märkte unmöglich ist; wobei es allerdings nicht hauptsächlich um Märkte geht, und "unmöglich" ist Blödsinn, es ist evtl. mit dem gegenwärtigen Akkumulationsregime unmöglich.

6. Das hat dann zu großen Abhandlungen über »Realisierungskrise« und »monetary constraint« geführt.

7. Ausdruck der damaligen Operaisten, der halt heißen soll: vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus an was dran gehen; heute würden wir sagen »revolutionäre Theorie«.

8. Die Auseinandersetzung mit den politischen Behauptungen und dahinterstehenden theoretischen Ansätzen der undogmatischen Linken ist ganz schön schwierig. Setz dich mal mit einem Sammelsurium aus Geschichtsklitterei und Theorieversatzstücken wie dem

»Winterpapier« aus Bremen auseinander! Wir stellen deshalb erstmal zwei Ansätze dar, die eine gewisse Geschlossenheit aufweisen und in deren jeweiliger Denktradition Detlef Hartmann (symptomatisch für den *Materialien*-Kreis) und Karl-Heinz Roth (in der operaistischen Tradition und zwischen Linksgewerkschaftern und linken Akademikern) stehen. Wobei allerdings auch hier die begriffliche Genauigkeit und politische Sorgfalt oft sehr zu wünschen übrig läßt und hinter einem Bluff mit hundert schwierigen theoretischen Worthülsen verborgen wird. Detlef schreibt in seiner Kritik an Karl-Heinz Roth etwa ganz unverblümt: »Es reicht, sich für einen Tag den Soziologen Riehe, ein paar Bände *Business Ethics* ... oder die letzten *Argument*-Bände reinzuziehen ...«. (ak 362)

9. Das Fließband »erforderte kein tradtitionelles handwerkliches Können mehr, sondern nur noch die Bedienung automatischer Maschinen – die die Ingenieure, hinter vorgehaltener Hand, "Bauerngerät" nannten.« (S. 29) Damit wurde eine Entwicklung ermöglicht, in der das Kapital immer wieder Bauern an die Fließbänder holte: in Deutschland zunächst vom Land, dann aus Polen, dann aus den ehemaligen Ostgebieten, dann die Italiener, dann die Türken usw.. Ein Schritt in der kapitalistischen Entwicklung, den Detlef Hartmann und die *Materialien* auch über 100 Jahre danach noch nicht zur Kenntnis genommen haben, wenn sie einerseits noch immer von einer mythischen »moralischen Ökonomie« sprechen, andererseits Detlef in seinem ak-Artikel vom »erbliche(n) metropolitane(n) Proletariat« schreibt! Für den Massenarbeiter ist es geradezu konstitutiv, daß er zwischen Land und Fabrik steht.

10. Wir haben die ersten beiden Texte von Sergio zur Entwicklung der "selbständigen Arbeit" für unsere Zwecke übersetzt und als Kopie rumgegeben. Es sind allerdings viele Seite. Am 14. Februar hat Sergio den inhaltlichen Kern seiner Untersuchungen in einem FR-Artikel verööfentlicht. Ihr könnt Euch also erst mal den besorgen.

11. Leben als Sabotage; Sowjetunion-Heft; Rassismus-Heft; ak-Artikel.

12. Und völlig seltsam: auch er lobt plötzlich in seinem ak-Text die neuen Technologien (»dabei wird wie in früheren Kampfzyklen der Zirkulation revolutionärer Erfahrungen über Migration aber auch die völlig neuen Möglichkeiten der Kommunikation große Bedeutung zukommen«) – bei Piore/Sabel liest sich das so: »Die Heraufkunft des Computers hat die menschliche Kontrolle über den Produktionsprozeß wiederhergstellt; die Maschine ist wieder dem, der sie bedient, untergeordnet.« (S. 289)

13. *Über die kapital. Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus*; TheKla 7.

14. MEW 23 S. 460 - s. auch WC-Plakat »Leben heißt Kampf gegen die Arbeit«.

15. Siehe z.B. *Industrieroboter: Automatisierung von Montagearbeit* in: TheKla 8.

16. Als aktuelles Beispiel siehe im *Reader II* zum Internationalen Workshop in Wandlitz: »Interview zum Flexiblen Fertigungssystem«.

17. 1970 gestorben.

18. Es wäre zu überlegen, inwiefern nicht der ganze Operaismus als Theorie nicht "keynesianistisch" ist.

Und es wird Zeit....

An alle Schmarotzer und Leistungsmißbraucher!

> *»Denjenigen, die ihre Lebensplanung auf der Grundlage von Sozialhilfe und Schwarzarbeit aufbauen, wird künftig überall ein Strich durch die Rechnung gemacht.« (der Waigel)*

Seit diesem Jahr wissen wir endlich, wer die Schuld an der weltweiten Wirtschaftskrise hat. Folgt man den Blüms und Kohls sind es die Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängerinnen und Flüchtlinge, die mit ihren Sozialgeldern in Saus und Braus leben und den Staat damit in den finanziellen Ruin treiben. Wurde 1993 noch geredet, so folgen 1994 Taten:

- Das Arbeitslosengeld/hilfe wurde um 3% gekürzt. Inzwischen sind bei vielen die ersten Bescheide über die geänderten Leistungsbezüge eingetrudelt. Jetzt erst wird klar, daß die Kürzung der Bezüge etwa 7% ausmacht. Hinzugekommen sind nämlich die durch die Hintertür erhöhten Beiträge bei der Sozialversicherung.
- Die Sozialhilfe wird auf dem bisherigen Stand eingefroren. Was real natürlich eine Kürzung ist. Von den Preisen und Mieten in Freiburg redet ja sowieso keiner mehr. Stattdessen hat die Stadt sich neue Schikanen einfallen lassen. Die VAG hat ihre Preise erhöht, gleichzeitig gibt es nur noch einen Freifahrschein pro Monat. Wir sollen scheinbar zuhause bleiben und die Klappe halten. Die Innenstadt soll den »Kaufkräftigen« vorbehalten sein, der zukünftigen Kundschaft der KTS. Der Sperrmüll ist quasi abgeschafft, was für viele die Möglichkeit wegnimmt, ohne Kohle an was Brauchbares ranzukommen. Die Volkshochschule haben wir plötzlich auch nicht mehr nötig, die Sonderregelungen für Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen sind ziemlich zusammengestrichen worden und wir werden unter Erfolgszwang gesetzt. Auch hier -wer nichts leistet, kriegt weniger. Gespannt dürfen wir noch auf die Umsetzung der Änderungen des § 19 des Sozialhilfegesetzes warten - da ist vorgesehen, daß wir unsere Arbeitswilligkeit dadurch beweisen, daß wir für 3,50 in der Stunde irgendwelche miesen Jobs machen. Auch hier wird darüber beraten, ob es machbar ist, festangestellte ArbeiterInnen zu entlassen und dann Gehwege, Schwimmbäder, Parks ... von SozialhilfeempfängerInnen putzen zu lassen.
- Die Meldepflicht für Arbeitslose wurde verschärft, Umschulungsgelder fast komplett gestrichen
- Das Asylrecht wurde praktisch abgeschafft. Die Flüchtlinge sind permanent mit rassistischen Angriffen und der rassistischen Politik des Staates konfrontiert. Die für heute geplante Einführung der Essenspakete ist ein weiterer Schritt, der ein nur halbwegs »normales« Leben hier unmöglich machen, sie weiter ausgrenzen soll.

Hinter der ganzen Propaganda verbirgt sich jedoch eine etwas andere Realität. Der geplante Umzug der Regierung von Bonn nach Berlin wird wahrscheinlich um die 50 Milliarden! kosten. Was die KTS kostet, wissen wir alle und wenn du durch Freiburg läufst, dann stolperst du von Baustelle zu Baustelle. Vor ein paar Tagen durften wir in der BZ lesen, daß es trotz Krise zu einer wundersamen Vermehrung der Reichen gekommen ist. Seit Mitte der 80er Jahre sind die Bonzen reicher geworden und es gibt immer mehr davon.
Der Anteil der gesamten Sozialhilfe am Sozialhaushalt beträgt etwa 2%, die Bundesregierung erwartet etwa 150 Millionen DM Einsparungen aus dem Kampf gegen den »Mißbrauch von Sozialhilfe«.

Wie diese Zahlen zeigen, ist die reale Bedeutung der Sozialhilfe viel zu gering für diesen Medienrummel. Um was geht es also tatsächlich?

Es gibt heutzutage viele Gründe arbeitslos zu sein und Sozialhilfe zu beziehen. Bei den meisten war das wahrscheinlich keine freiwillige Entscheidung, sondern der Zwang, anders nicht mehr existieren zu können. Z.B. die vielen Alleinerziehenden, die RentnerInnen, deren Rente vorne und hinten nicht mehr reicht, der Arbeiter, dessen Firma pleite macht, und der zu alt ist, einen neuen Job zu kriegen...
Und natürlich gibt es auch Leute, die keine Lust haben, jeden beschissenen Drecksjob anzunehmen, nur um ja nicht als Schmarotzer dazustehen. Glücklicherweise gibt es Menschen, denen die Arbeit nicht alles bedeutet, die sich was Besseres in ihrem Leben vorstellen können. Erklärtes Ziel der Kampagne und der realen Kürzungen war von Anfang an, den Abstand zwischen Sozialhilfe/Arbeitslosenhilfe einerseits und dem Niedriglohn andererseits so zu vergrößern, damit wieder ein »Anreiz« zur Arbeit besteht. Rein rechnerisch ließe sich das in dieser Logik auch damit bewerkstelligen, daß einfach die Löhne erhöht werden...

Die ganzen Streichungen haben mit der Hetze gegen die Flüchtlinge begonnen. Abgesehen davon, daß der Staat meist bei den angeblich Schwächsten anfängt, wenn er die Schraube anzieht, gibt es Gründe genug, sich endlich zu wehren. Die angeblich Schwächsten wehren sich seit Ende letzter Woche gegen das neue Asylverfahrensgesetz, gegen die Einführung der Essenspakete. Wer sich nicht wehrt, lebt sich verkehrt!!

Kommt am Dienstag um 15.00 zu der Protestkundgebung vor dem Regierungspräsidium in der Kaiser-Josef-Straße. Unterstützt die Forderungen der Flüchtlinge!!
Nutzt den Tag, um mit anderen in Kontakt zu kommen, über Möglichkeiten zu reden, gemeinsam was zu unternehmen!!

Klassenkampf und Krise

Die kapitalistische Konjunktur in Europa beginnt gerade, sich von der tiefsten Rezession der Nachkriegsgeschichte zu erholen. Alle bürgerlichen Propheten sind sich darüber einig, daß wir wenig davon haben werden: Arbeitslosigkeit wird kaum zurückgehen, Sozialabbau wird weitergehen, die Tarifrunden bedeuten Lohnabbau und Intensivierung der Arbeit.
Die Krise, von der wir reden, hat möglicherweise erst begonnen. Die Rezession im engeren Sinne hat so viele Besonderheiten gezeigt, neue Entwicklungen angedeutet, daß es wahrscheinlich berechtigt ist, vom Beginn einer neuen Phase, eines neuen Abschnitts im Klassenkampf zu reden.
In einer ersten Zusammenfassung lassen sich folgende ins Auge fallenden Besonderheiten dieser Krise auflisten:
Arbeitslos werden diesmal nicht in erster Linie die unteren Schichten des Proletariats, sondern auch und vor allem gut bis sehr gut verdienende.
Arbeitslosigkeit wird *nicht* durch Betriebsschließungen und Massenentlassungen durchgesetzt, sondern die Belegschaften werden ausgedünnt. Betriebsschließungen und Massenentlassungen haben schon *vor* der eigentlichen Flaute stattgefunden und zwar in den neuen Bundesländern. Dies hat aber erstmal wenig mit der Arbeitslosigkeit 93/94 im engeren Sinne zu tun.
Die begleitende Krisen*propaganda* der Vertreter und Schreiberlinge der Arbeit, einschließlich Gewerkschaften, operiert diesmal nicht mit konkreten Drohungen wie etwa eines bevorstehenden technologischen Angriffs (74/75 war es die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland; 1980/81 Automatisierung und Rationalisierung). Die Botschaft "Standort Deutschland" ist schlichter und erinnert an Karneval: "Profit her, oder ich fall um."
Diese etwas vage Drohung ist dennoch angekommen und hat in Teilen der Arbeiterklasse zu geradezu panischen Reaktionen geführt: Lieber weniger Geld und mehr Arbeit als arbeitslos. Vor allem in den mittleren und kleinen Fabriken des Maschinenbaus, aber nicht nur dort, konnten die Kapitalisten in kurzer Zeit ohne weiteres Standards schleifen (Arbeitszeit, Arbeitsintensität, nicht zuletzt Lohn), wie es vorher niemand für möglich gehalten hatte. "Wildwest in Baden-Württemberg" hat das neulich ein Gewerkschaftslinker zusammengefaßt. Mit diesen vielen Beispielen wird jetzt aber grade von der Gewerkschaft die Panik geschürt...

Kapital ist Klassenkampf

Krise und Boom sind normal im Kapitalismus. Das eine erklärt sich nicht ohne das andere, das zeigt diese Krise ganz besonders. Um zu verstehen, was da grade vor

sich geht, könnten wir die bekannten abstrakten Begriffe der Politischen Ökonomie "nach Marx" bemühen, wie Akkumulation, Ausbeutungsrate, Fall der Profitrate, Umschlagszeit des fixen Kapitals usw.. Aber wir müssen das nicht tun, schon gar nicht am Beginn der Analyse. Kapital ist für uns nicht die Ansammlung von Maschinen und Fabrikgebäuden, auch nicht Geld. Kapital ist Arbeit (lebendige und tote); es ist damit ein Klassenverhältnis, d.h. es stehen sich die Arbeit von gestern und die von heute, Kapitalverfüger und arbeitende Klasse (und nicht nur einzelne "Arbeitskräfte") gegenüber. Das Kapital setzt die proletarischen Individuen im Rahmen der Entwicklung der Produktivkräfte immer wieder neu zur Klasse zusammen. Das bezeichnet erstmal die "technische Zusammensetzung" der Klasse. Auf dieser Grundlage, auf diesem Terrain findet sich die Klasse zur kämpfenden – oder auch nicht; jedenfalls ist dieser Prozeß ein widersprüchlicher, mit sehr vielen Ungleichzeitigkeiten behafteter. Deshalb können wir festhalten, daß Klassenkampf der Kampf der Klasse mit sich selber ist. Im Zuge des Klassenkampfes wird die Arbeit in ihrer aktuellen und konkreten Form, damit die Zusammensetzung des Kapitals und der Arbeiterklasse angegriffen und der kapitalistischen Entwicklung eine neue Phase aufgezwungen.

Die Widersprüchlichkeiten im Klassenkampf rühren im wesentlichen aus zwei Ursachen. Erstens ist die Arbeiterklasse halt immer auch und erstmal eine Ansammlung von individuellen Konsumenten und Anbietern der Ware Arbeitskraft. Daraus folgt nicht nur, daß das Kapital immer wieder Polizisten, Meister, Streikbrecher (und überhaupt ArbeiterInnen!!) findet. Diese Ebene des Kapitalverhältnisses, also die Ware-Geld-Beziehungen, sind auch der eine wichtige Mechanismus, durch den sich die Wünsche, Bedürfnisse, Hoffnungen der ArbeiterInnen in Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals selber und damit in Arbeit verwandeln.

Die andere Quelle von Widersprüchen und Ungleichzeitigkeiten liegen im Klassenkampf selber, bzw. in seiner Beschränktheit auf das Kapitalverhältnis; in seiner (bisherigen) Unfähigkeit, es zu überwinden. Er verändert es nur, er zwingt die Entwicklung auf, aber entwickelt dabei zwangsläufig sowohl die Arbeit, d.h. das Kapital, als auch die Differenziertheit der Klasse in Schichten, Geschlechter, Ethnien, Nationen etc.. Das funktioniert deshalb so gut (im Sinne der Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung), weil das Kapital, seiner Natur als Klassenverhältnis nach, nicht nur "in der Lage ist", flexibel zu reagieren (mit Maschinengewehren, Maschinen, höheren Löhnen und formeller Beteiligung an Macht...), sondern geradezu seine eigene Dynamik aus den Regungen, Bewegungen, Kämpfen schöpft. Es *ist* diese Kämpfe und es ist das Produkt dieser Kämpfe. Vermittelnde Instanzen auf der "politökonomischen" Ebene sind vor allem die Konkurrenz der Einzelkapitalien und der Staat. Zum Verstehen der Krise gehört also als erster Schritt die Geschichte des Klassenkampfs – in seiner Vielfalt, Widersprüchlichkeit, Beschränktheit und in seinen revolutionären Möglichkeiten.

Die Krise als Vollzug der Entwicklung seit den Kämpfen 68/73

Klar scheint mir, daß die 80er Jahre nicht das Jahrzehnt sind, in dem große Entwicklungen *begonnen* haben. Es ist eher die Phase der Verallgemeinerung, der

allgemeinen Durchsetzung, des Selbstverständlichwerdens, dabei auch immer des *Umdrehens im Sinne des Kapitals*; letztendlich vielleicht, mit den aktuellen Ereignissen zusammengenommen, das Jahrzehnt des Vollzugs und der Aufhebung. Auf Kämpfe der Klasse antwortet das Kapital mit Maschinen und so beginnt es z.B. mit dem ersten Prozeßrechner in Deutschland 1971 bei der BASF, geht über die Verallgemeinerung CNC-Maschinen, "Roboter", PC, SPS (Speicherprogrammierte Steuerung) hin zur aktuellen Arbeitslosigkeit der Ingenieure, die nicht mehr gebraucht werden, weil die Anwendung von Mikroelektronik zur Regelung von Abläufen aller Art ihre Kunst nicht mehr voraussetzt (und Bedarf für entscheidend Neues auf diesem Gebiet nicht mehr vorliegt). Gruppenarbeit wird 1974 im Rahmen der "Humanisierung der Arbeitswelt" zum Begriff (und scheitert erstmal, weil sie von den ArbeiterInnen zur Senkung der Produktivität benutzt wird); aus dem Kampf des Massenarbeiters gegen die Arbeit wird die Freizeitgesellschaft, die Jobber, Yuppies und den "selbständigen" Arbeiter einschließt, die - als politische Figuren - auf je besondere und besonders verdrehte Weise die Zurückweisung der Lohnarbeit als Lebenszweck repräsentieren; aus der Frauenbewegung wird die Pflegeversicherung, aus der Antiatomkraftbewegung der Gelbe Sack und nach der Freien Liebe in den frühen WGs kommt AIDS. Usw. Auch die Entwicklung im "Real existierenden Sozialismus" kann auf diesen Bogen abgebildet werden; wenn auch in etwas anderen Konturen. Der Prager Frühling 68 wird mit Panzern erledigt: die Regimes bevorzugen die Unterdrückung der Kämpfe und schaffen es daher nicht, ihre gesellschaftliche Dynamik in Verwertung umzumünzen. Eben deshalb ergab sich dieses riesige Produktivitätsgefälle zwischen Ost und West.
Der Konjunkturverlauf der 80er ist bekannt. Es beginnt mit einer Rezession 80/81, die in den Metropolen die Massenarbeitslosigkeit auf neue Höhen treibt. 1981 übersteigt die offizielle Angabe in Westdeutschland zum zweiten Mal (nach 1975) die Millionengrenze, 1982 erreicht sie bereits 1,8 Millionen und 1983 übersteigt sie zwei Millionen. Überall wird diese Massenarbeitslosigkeit trotz leichtem Rückgang während des Booms ab 84/85 deutlich über den Zahlen der 70er bleiben[1]. Der Boom wird zu einem der längsten der Nachkriegsgeschichte und dauert etwa bis 89.

1 Entwicklung der Arbeitslosigkeit in vergleichbaren, d.h. auf ähnlicher Grundlage berechneten Zahlen. Wichtigster Unterschied zur deutschen Arbeitsamtstatistik: Arbeitslosigkeit wird nicht in bezug auf die abhängig Beschäftigten, sondern in bezug auf die gesamte Labor Force gerechnet, diese also einschließlich Selbständige, Soldaten etc.

	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92
USA	6,9	6,0	5,8	7,0	7,5	9,5	9,5	7,4	7,1	6,9	6,1	5,4	5,2	5,4	6,6	7,3
Japan	2,0	2,2	2,1	2,0	2,2	2,4	2,6	2,7	2,6	2,8	2,8	2,5	2,3	2,1	2,1	2,2
Frkr.	4,9	5,2	5,8	6,2	7,4	8,1	6,3	9,7	10,2	10,4	10,5	10,0	9,4	8,9	9,4	10,3
BRD	3,6	3,5	3,2	2,9	4,2	5,9	7,7	7,1	7,1	6,4	6,2	6,2	5,6	4,9	4,4	4,8
Brit.	6,0	5,9	5,0	6,4	9,8	11,3	12,4	11,7	11,2	11,2	10,3	8,6	7,2	6,8	8,7	9,9

Quelle: Publikation der OECD

90 beginnt international die derzeitige Rezession, die wegen dem deutschen Sonderboom 91/92 in Westeuropa etwas später eintritt.
Waren die 70er die Zeit sozialdemokratischer Herrschaftsausübung, bzw. die Zeit der Demokratisierung (Südeuropa), so beginnt 79/80 die Zeit von Reagan und Thatcher. "Leistung!" wird zur offiziellen Propaganda, in den USA und in GB gelingt es relativ schnell, viele Bastionen der alten Arbeiterrigidität zu schleifen, mit dem Höhepunkt des englischen Bergarbeiterstreiks. Die Belegschaften werden verjüngt und tendenziell höher qualifiziert. Die Arbeitsintensität gewaltig gesteigert; im Gegensatz zu den 70ern diesmal mit wesentlich mehr Terror (z.B. die Anti-Drug-Kampagnen in den USA). Das Zauberwort der Kapitalisten heißt "Rationalisierung", technische Maßnahmen einerseits und politische Kampagne andererseits. Die Träume der Kapitalisten von der "menschenleeren Fabrik" verfliegen allerdings schnell: Roboter ersetzen die ArbeiterInnen nicht, sondern tauschen sie im besten Fall nur aus. Das Vorzeigeprojekt der Automobilindustrie, die berühmte Halle 54 von VW, erlebt denn auch 1990 den ersten wilden Streik.
Im Verlauf der zweiten Hälfte des Jahrzehnts wird dies mit etwas ergänzt, das wir damals mit "Demokratisierung allerorten" karikiert haben: von Bürgerinitiativen bis Gruppenarbeit. Bemühungen, die Ausbeutung mittels Produktivität zu erhöhen, richten sich jetzt auf die Arbeitsorganisation. Einerseits wird der Druck durch schnellere Abläufe und Abbau der Puffer erhöht ("Just in Time" z.B.), andererseits die betriebliche Hierarchie verändert. Weil "ohne Fließband geht das nicht" (Das Opel-Management laut FAZ, 19.9.91), aber die Meister weder das Krankfeiern abstellen können, noch die Leute zum Mitdenken im Sinne der Produktion bewegen können, werden wichtige (aber nicht alle) Teile des Kommandos an die neuen Arbeitsgruppen delegiert. Die KollegInnen kontrollieren sich jetzt selber und versuchen gemeinsam, dem gesteigerten Stress Herr zu werden. Es funktioniert diesmal besser als in den 70ern, aus zwei Gründen: Einige Aspekte der Arbeit werden wirklich besser, z.B. etwas mehr Abwechslung, weniger Hierarchie (deshalb zumindest am Anfang: weniger Tränen!) und manchmal mehr Geld und andererseits sind die Alternativen der Betroffenen: Arbeitslosigkeit oder noch schlechtere Jobs. Jetzt in der Krise scheint sich die Gruppenarbeit als das zu erweisen, was eigentlich absehbar war: eine Maßnahme zur Erhöhung der Arbeitsintensität. Ob sich die Hoffnungen der Kapitalisten, die Kreativität der ArbeiterInnen mobilisieren zu können, auch unter diesen Bedingungen (und im folgenden Boom!) erfüllen, wird sich noch erweisen.

... "das (möglicherweise) hohe Grenzleid der Arbeit" ..

Die Staatsquote am BSP[2] sinkt in den 80ern langsam, um in Deutschland erst

2 Ausgaben des Staates einschließlich Sozialversicherung und Treuhandanstalt in % des Bruttosozialprodukts; früheres Bundesgebiet

(Fortsetzung...)

wieder nach der »Wiedervereinigung« rasant anzusteigen. Den fallenden Löhnen begegnen die ArbeiterInnen mit mehr Arbeit[3], weniger Familie ("DINKs[4]" und Singlehaushalte), steigender Verschuldung[5] und zunehmender Qualifizierung, die in den 80ern z.T. großzügig vom Staat finanziert wird (Umschulung).[6] Die Zahl der Studenten steigt.
Reagans »Sumpfblütenboom«[7] einerseits und die Verallgemeinerung der Automatisierungstechnologie andererseits führt zu neuem Wohlstand (Yuppies[8]) und neuer Armut: es war wohl wahr, daß gerade relativ schlecht qualifizierte Arbeitskräfte rasant Boden verloren[9]. Ungelernte, Frauen, Ausländer waren die Opfer der Massenentlassungen der Rezession 80/81. Entsprechend zielen die Sozialabbau-Maßnahmen der "Operation 82" genau auf diese Schicht: Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen, Sperrzeitregelungen und eine erste Runde der "Kostendämpfung" im Gesundheitswesen. Weil es aber nicht möglich war, die Grundsicherung Sozialhilfe entscheidend zu senken, nähert sich das Einkommen in unteren Lohngruppen langsam der Sozialhilfe an – mit dem Effekt, daß die *"Wahlfreiheit* zwischen (möglicherweise) hohem Grenzleid der Arbeit und ihrem zunächst (...)

2 (...Fortsetzung)

'50	'60	'70	'80	'81	'82	'83	'84	'85	'86	'87	'88	'89	'90	'91	'91*	'92*
31,1	32,9	39,1	48,9	49,7	50,0	48,7	48,1	47,7	47,1	47,4	47,0	45,3	45,8	49,1	50,2	51,5

*einschließlich neue Bundesländer
Quelle: Alfred Boss et al., Bundesrepublik Deutschland: In der Rezession, in: Die Weltwirtschaft, Dez. 92, Kiel

3 Wozu auch der Beginn der Arbeitszeitflexibilisierung gehört.

4 »Double Income, No Kids«.

5 Die nominale Verschuldung der Privathaushalte hat sich von 1980 bis 1992 verdoppelt, während die nominalen Einkommen sich um 80% erhöhten. Die Verbraucherkredite expandierten von '85 bis '92 doppelt so stark wie die Bankkredite (Hypotheken v.a.). Die Schulden entsprechen 92 etwa 8,5 Monatseinkommen. *Quelle: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, 10.6.93.*

6 1979 hatten noch 30% der Erwerbstätigen keinen Berufsabschluß, zuletzt (wohl 92) waren es nur noch 16%. (Arbeitsamtszeitung Frühjahr 94)

7 So hat ihn Mike Davis in *Phönix im Sturzflug (Prisoners of the American Dream)* bezeichnet. (im Rotbuchverlag Berlin 1986 erschienen)

8 »Young Urban Professionel Peoples« o.s.ä..

9 Z.B. waren 91 10,7% der sozialversicherungspflichtig beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer arbeitslos; die Gesamtquote lag dagegen bei 5,8%. *Quelle: iwd Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, 25.6.92.*

kaum vorhandenen monetären Nutzen und der Alternative 'Freizeit' andererseits..."[10] mit Gesetzen und der "Mißbrauchs"-Kampagne 1993 eingeschränkt werden muß. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt von 1,3 Millionen 1980 auf 3,2 Millionen 1991[11].

Die Kernarbeiterschichten der Industrie und der staatlichen Dienstleistungen halten allerdings in Europa im Großen und Ganzen ihre Position[12]; das Überrollen der Regeln durch das Kapital findet, von Ausnahmen wie GB abgesehen, nicht in dem Maße statt wie etwa in den USA. Das ist wohl auch der Hintergrund der chronischen "Eurosklerosis"[13].

Dieses eingeschränkte Halten der Positionen hat aber viel Individuelles an sich; es geht dabei wenig um Kämpfe, sondern sowohl um vielleicht massenhafte Verhaltensweisen als auch um Maßnahmen zur Verhinderung von Kämpfen. Die großzügigen Vorruhestandsregelungen, die bis heute nicht eingedämmt sind, gehören beispielsweise in die zweite Kategorie. Dazu gehört auch die Tatsache, daß die Metallunternehmer erst mal kaum in der Lage waren, die Flexi-Möglichkeiten des 84er Tarifvertrags auszuschöpfen – das passiert erst 1993, wo Daimler-Benz praktisch Jahresarbeitszeit auf der formellen Grundlage dieses Vertrages durchgesetzt hat.

Die Immigration nach Deutschland folgt der Konjunktur, und tut es gleichzeitig nicht. Auffällig ist, daß der Saldo aus Zu- und Abwanderung nach der Rezession 80/81 drei Jahre lang negativ ist, daß aber gleichzeitig sich die Lage normalisiert: zwar geht der Anteil der ausländischen *Arbeitnehmer* zurück, aber der Anteil der ausländischen *Wohnbevölkerung* nähert sich dem Anteil der ausländischen Arbeitnehmer, um sie 1990 erstmalig zu übertreffen. Gegen Ende des Jahrzehnts ändert sich der Charakter der Immigration bedeutend. Erstens fächert sich der rechtliche Status der Einwanderer auf, er reicht von der Asylbewerberin über nur zeitlich geduldete Billiglohnarbeitskräfte bis hin zum "Deutschstämmigen", der nicht nur gleich den deutschen Paß, sondern staatliche Sonderhilfen aller Art kriegt (was sich inzwischen wohl etwas reduziert hat). Diese gefächerte Immigration führt auch zu entsprechenden Arbeitsmärkten, eine Entwicklung, die sich sicher gerade in der Krise verschärft (und durch politische Maßnahmen, wie etwa die Freßpakete für Asylbewerber, durchgesetzt wird!). Es handelt sich dabei nicht um den "2. Arbeitsmarkt", sondern um 3., 4., 5. Arbeitsmärkte, die, von keiner Statistik erfaßt, vom

10 Rainer Erbe, Susanne Erbe: *Sozialhilfe auf dem Prüfstand, Wirtschaftsdienst 1993/XI, S.595.*

11 *Quelle: Quer, Februar 94.*

12 Ich denke, das gilt für allgemeine Arbeitsumstände und Lebensstandard; es gilt nicht in der Frage der Intensität und Produktivität der Arbeit; wenn auch in diesem Punkt in den USA und GB Schrecklicheres als hier passiert sein mag.

13 So wird die Erscheinung genannt, daß sich die Produktivität des Kapitals in den USA stärker erhöht hat als in Europa. Ob das wirklich stimmt, sei dahingestellt, Zahlen können uns da alles mögliche beweisen. Traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast...

Kontigentarbeiter aus Ungarn zur Arbeiterin in der Sexindustrie aus der Ukraine reichen.

Exkurs: Arbeitsmoral?

Als ich 1974 in die Fabrik kam, konnte man noch leicht mit der Feststellung provozieren, daß man nicht gerne arbeitet. Das Negativ-Image, daß Arbeitslose Faulenzer seien, verschwand erst endgültig mit dem Aufkommen der Massenarbeitslosigkeit Anfang der 80er. Heute hört man das zwar immer noch oder wieder, aber es ist nicht mehr negativ besetzt. Das Verhältnis (im Sinne von Stimmung oder so) zur (Lohn)arbeit hat sich sehr grundlegend gewandelt. Sehr viel weniger Menschen begreifen ihre jeweils konkrete Lohnarbeit als mögliche "Lebensstellung", sondern viel mehr als Job[14]. Das gilt auch für die FabrikarbeiterInnen, die tatsächlich schon zig Jahre an der gleichen Maschine stehen.
Diese Veränderungen haben doppelte Wirkung. Erstens versucht die individuelle Arbeitskraft, sich möglichst teuer zu verkaufen, was u.a. zur Zunahme der Qualifikation in technischer als auch gesellschaftlicher Hinsicht (Flexibilität, Organisationsfähigkeiten etc.) geführt hat. Das Paradebeispiel dafür ist der japanische Freeter[15]. Daneben die Figuren, die ich oben schon erwähnt habe: Jobber, Computercrack, "selbständiger" Arbeiter. All dies führte zur eigentlich absurden Situation, daß trotz (bzw. wegen) gestiegenem Haß auf die Arbeit in Teilen der Klasse freiwillig mehr und besser gearbeitet wurde und wird.
Gleichzeitig hat, meinen Beobachtungen nach, das Bewußtsein über das, was man/frau da so eigentlich macht, enorm zugenommen. Das betrifft die ökologischen und sozialen Folgen der Arbeit, sowohl formal, als auch inhaltlich. (Auch wenn z.B. einem manchmal die absurden Vorschriften über Entsorgung und Arbeitsschutz auf den Sack gehen.) Auch das ist eine Form der Fremdheit gegenüber der Arbeit, die zwar etwas anders ist als die klassische, aber gut mit der allgemeinen Haltung korrespondiert.
Die andere Wirkung der veränderten Haltung zur Arbeit ist viel wichtiger und komplizierter. Wer nicht gern arbeitet, will schon gar nicht "ArbeiterIn" sein. Das ist der Hintergrund der rasanten Erosion der Gewerkschaften und des gesamten politischen Parteiensystems. Aber vielleicht erklärt das auch, wenigstens teilweise, warum die "Arbeiterklasse" in ihrer alten (und altertümlichen) Erscheinung (der Held der Arbeit im Blaumann, einen gerechten Streik führend wie in *Germinal*) nicht mehr zu sehen ist.

14 Und das ist auch etwas anderes als die Stellungwechsel des früheren jüngeren Handwerkers. Die nutzten Konjunkturlagen zu Lohnverbesserungen auf, waren aber letztendlich doch auf der Suche nach einer festen Stellung – spätestens nach dem ersten Kind.

15 Zeitvertragsarbeiter, die oft mehr verdienen als die Festeingestellten. »Sie kommen nicht zur Arbeit, wenn es regnet...«. *Siehe Wildcat 57.*

Sie beginnt international etwa 89/90, wird hier allerdings durch den »wiedervereinigungs«bedingten Sonderboom verzögert. Dieser Boom ist heftig und kurz, in Westdeutschland werden innerhalb kurzer Zeit fast eine Million Menschen zusätzlich vom Arbeitsmarkt aufgesogen, während in Ostdeutschland eine radikale Deindustrialisierung durchgesetzt wird. Schon 91 fängt der Maschinenbau an zu jammern, Stahl folgt, während die Automobilproduktion noch bis Oktober 91 auf vollen Touren läuft, um dann, ziemlich übergangslos in Kurzarbeit zu gehen.
Dann geht's ziemlich schnell; ab Januar 93 fallen Produktion und vor allem der private Verbrauch, dort wieder vor allem der Kauf von PKW, aber auch der von Lebensmitteln. Die propagandistische Wirkung der "Krise" ist enorm. Das zeigt sich nicht nur am rapiden Rückgang des Konsums zu Beginn des Jahres 93; es zeigt sich vor allem darin, was sich die Leute alles widerspruchslos gefallen lassen – ja manchmal sogar von sich aus vorschlagen. Dabei beinhaltet der "Standort-Deutschland" kaum[16] eine konkrete Drohung, nur die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit der "deutschen Wirtschaft" wird bemüht. Daß dabei mit den falschen Zahlen gelogen wird, fällt nur wenigen Wirtschaftswissenschaftlern auf und sei nur nebenbei erwähnt.[17]
Es gibt einige Kämpfe, aber selbst die fallen durch die Nichtradikalität ihrer Forderungen (und durchaus einen gewissen Charme ihrer Kampfformen!) auf: die Bischofferoder fordern den Erhalt ihres Bergwerkes, wo ein Schichtarbeiter unter Tage 1800 Mark verdient; bei Case International brechen sie den absoluten Betriebsversammlungsdauerrekord; die Kumpel im Ruhrgebiet besetzen ein Kraftwerk (wann gab's sowas schon mal in Deutschland?) und fordern: "Wir wollen wissen, wo wir dran sind!"...

16 Natürlich denken sich die Leute alles mögliche dabei (Verlagerung nach Polen etc.), und in den einzelnen Betrieben gibt's sehr konkrete Drohungen (die oft auf den ersten Blick als Bluff zu erkennen sind). Aber insgesamt wird auch bei den Kollegen die Lage eher in einem historischen Sinn verstanden: der Anfang vom Ende des deutschen Wohlstandes oder so ähnlich, jedenfalls den Wohlstand, den mensch so ohne weiteres (mit ein paar Streiks oder durch Cleverness) kriegt... Und ich denke, so gesehen haben sie vielleicht nicht ganz unrecht... Die meisten KollegInnen, mit denen ich geredet habe, sehen die Lage so: »Jetzt sind die Unternehmer am längeren Hebel...«.

17 Es wird immer von der niedrigen Produktivität in Deutschland geredet. Das meint aber in Wirklichkeit keiner, wenn er von den hohen Kosten der Produktion redet. Nur die *relative Rentabilität* ist gemeint, und das ist ausschließlich eine Geld- und damit eine Währungsangelegenheit. Die DM ist seit der Vereinnahmung um 16,5% aufgewertet (davon 12,2% aufgrund einer nominalen Aufwertung), was die relative (also im Vergleich zum Ausland) Rentabilität natürlich um 16,5% reduziert. Währungsparitäten und Hochzinspolitik sind aber politische Entscheidungen, sodaß man durchaus sagen kann, daß die Bundesbank bei der Entwicklung der Rezession im engeren Sinne kräftig mitgeholfen hat. Siehe dazu beispielsweise: *Europäische Wirtschaft, (Jahreswirtschaftsbericht der Kommission der EG), 54/93, S. 175 ff.*.

Die Zusammensetzung der Arbeitslosigkeit hat sich 1993 dramatisch verändert. Von 9/1980 bis 9/1992 steigt der Anteil der Arbeitslosen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, einigermaßen kontinuierlich von 46,0% auf 52,3%. Das heißt, er bleibt sogar erheblich hinter dem steigenden Anteil von Berufhabenden unter den Erwerbstätigen zurück. Bis September 1992 bleiben die Ungelernten die Hauptkunden des Arbeitsamtes! Ich stelle das so ausführlich dar, um die Schärfe des Bruchs in der Entwicklung herauszustellen. Vom Dezember 92 bis zum Oktober 93 steigt dann nämlich das durchschnittliche Brutto-Arbeitslosengeld der jeweils letzten 12 Monate von 1566,43 DM auf 1835,74 DM![18] Noch ist nicht im Detail erfaßt, wie das genau zustandekommt. Eine Rolle dürften die Vorruhestandsregelungen gespielt haben, die ja durchaus überdurchschnittlich Verdienende betrafen. Nach mündlicher Auskunft der BfA (Pressestelle) sind es vor allem mittlere und höhere Angestellte "quer durch den Gemüsegarten", also Ingenieure ebenso wie Verwaltungsleute, während Niedrigbezieher aufgrund längerer Arbeitslosigkeit tendenziell in Arbeitslosenhilfe rutschen (die aber auch steigt, wenn auch langsamer). Lean Management auf brutale Weise durchgesetzt...

Einen eigenen Artikel[19] wert ist der Umbau des Sozialstaats in der Krise. Es geht dabei nicht einfach um Sozialabbau, sondern um eine neue Definition von Maßnahmen zur Verhinderung der Revolte *und* zur Durchsetzung des Zwangs zur Arbeit. *Und* gleichzeitig auch immer um die Rationalisierung der Arbeit des Staates selber, also um Maßnahmen gegen die Beschäftigten des ganzen Bereichs staatlicher Dienstleistungen. Dieses Dilemma hat sich dem Staat vor allem in den neuen Bundesländern ergeben, wo er einerseits die Alimentierung (den Unterhalt) von Millionen übernehmen mußte, andererseits dort die Konzepte ausprobiert (hat), Arbeit durchzusetzen, wie die Aufhebung des Tariflohngebots bei ABM, Beschäftigungsgesellschaften, kommunal organisierte Zwangsarbeit in großem Umfang etc.

Ebenfalls noch einmal[20] einen eigenen Artikel wert sind die Gewerkschaften, die nicht nur aktiv am Umbau des Sozialstaats (und sagen wir's ruhig: am Sozialabbau) mitmachen – den zweiten Arbeitsmarkt forcieren, den dritten akzeptieren (Kontigentarbeiter aus dem Osten, z.B.) und sich um die anderen sowieso nicht scheren –,

18 Ganz Deutschland. *Quelle: BfA, Amtliche Nachrichten.* Netto, also das was wirklich ausbezahlt wird, dürfte das für Oktober etwa 1240 DM sein, also noch etwas weniger als das, was ein Facharbeiter kriegt. Im Westen beträgt der Durchschnitt im Dezember 93 schon 2112,12 Brutto/1422,12 Netto - das ist dann schon gut FacharbeiterALG und die Tendenz ist weiter steigend, weil es sich ja immer um den Durchschnitt der letzten 12 Monate handelt!

19 Ein guter Anfang ist gemacht mit: *Der Sozialstaat packt's nicht mehr, Wildcat 61 S. 23.*

20 Ich denke, wenn das Tariftheater bei Metall vorbei sein wird, können wir das Thema Gewerkschaften für längere Zeit abhaken - nicht deshalb, weil für uns "alles klar" ist, sondern weil jetzt auch dem letzten Nicht-funktionär klar werden dürfte, daß der Arbeiterklasse "kein Gott, kein Tribun, kein Funktionär" hilft... Was gar nicht ausschließt, daß sich viele *andere* Führer suchen. Na, vielleicht kommt alles ganz anders, ich bin ja schließlich kein Prophet.

Chiapas

Auszüge aus einem Interview mit Sub-Commandante Marcos vom Ejercito Zapatista Revolucion de Nationale (EZLN) am 1.1.94

Robert Ovetz: Is this the start of an armed struggle against Mexico?
Sub-Commandante Marcos: Yes.
O: ...throughout the whole country or just in this region?
M: In all the country. It is the beginning.
O: Today is the start?
M: Yes. Of the revolution of the whole country against the government of Salinas de Gortari. We begin today in four cities.
O: Do you seek the overthrow of the Mexican government?
M: What?
O: Do you seek a new government.
M: Yes.
O: Who would be the new government or how would it come about?
M: We seek that the government would be denied.
O: Be abolished?
M: Then the people must make a government of transition. This government of transition calls a new election in terms of liberty and democracy.
O: Is the EZLN, does it come out of existing organizations.
M: No, god save us. God save us. No. No. It's different. No. This moment it was born in the mountains.
O: So it is mostly indigenous people that belong to the group.
M: Yes. It is majority in Chiapas. But in other states of the country there is other composition. But here in Chiapas it is Tzeltal, Tzotzil, Zoque, Chocivalis, Sokema [unclear]. ... They have an accord.
O: An accord?
M: Yes. Tzotzil. Tzeltal. Chocovachis [unclear].
O: What can people from the United States, where I'm from do to support you.
M: The NAFTA! The NAFTA of the revolution! The principle people of the American is the...that you call the chicanos. There are many people of Mexico there. There are another Mexico in Los Angles, San Diego and so forth. They remember all the oppression, all exploitation, all the humiliation that they suffer here in Mexico. And that situation forces them to go to the United States. I think that people would be more happy if they have his level of life that have in the United States but in Mexico-his land with his people with his family with history. They must sow this movement with sympathy.
O: And with NAFTA the people that do have land will end up losing it very quickly.
M: Forget it. Forget it. With NAFTA the death of the people is just like the bombs that have airplane which have ... [gesturing to the military jets circling overhead].... So if NAFTA begin in first of January of 94 and the death of these people begin this day why don't ... why not begin the liberation of these people right this day. So they decided, just begin, do it.
O: Who do you take inspiration from?
M: Zapata.
O: Zapata?
M: Zapata. Emiliano Zapata was a farmer? ... um, little farmer ...peasant ... we want land... A lot of people have few land and land with bad conditions

Heute haben wi

Erlärung der aufständischen Kräfte des Ejécito Zapatista de Liberación Nacional, Comandacia General

An das Volk von Mexiko:

Mexikanische Brüder und Schwestern, Wjr sind das Produkt eines 500 Jahre langen Kampfes:

-zuerst gegen die Sklaverei im Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien, von den Aufständischen angeführt;

-danach um die Einverleibung durch den nordamerikanischen Expansionismus zu verhindern;

-alsbald um unsere Verfassung auszurufen und das Französische Imperium von unserem Boden zu verjagen;

-im AnschluB verweigerte uns die Diktatur Porfirio Diaz die gerechte Anwendung der Reformgesetze und das Volk rebellierte und stellte seine eigenen Führer auf. Es traten Villa und Zapala hervor. die arme Menschen waren wie wir, denen sie, wie uns, die elementarste Ausbildung verweigerten, um sie so wie uns als Kanonenfutter zu verwenden und die Reichtümer unserer Heimat ausplündern zu können. Dabei interessiert sie nicht, wenn wir am Hunger sterben oder an Krankheiten, die eigentlich zu heilen sind, wenn wir nichts haben, absolut gar nichts - weder eine menschenwürdige Behausung, noch Land, noch Arbeit, noch Gesundheit, noch Ernährung, noch Erziehung oder das Recht, frei und demokratisch unsere Vertreter zu wählen, in Frieden und Gerechtigkeit für uns und unsere Kinder und ohne Abhängigkeit von ausländischen Mächten.

Aber wir haben heute gesagt: Basta!

Wir sind die Erben der wahren Schmiede unserer Nation, der Besitzlosen. Wir sind Millionen und wir fordern alle unsere Brüder und Schwestern auf, sich diesem Aufruf anzuschließen als einzigem Weg, nicht vor Hunger zu sterben angesichts der unersättlichen Herrschsucht einer mehr als 70jährigen Diktatur, die von einer Verräterclique angeführt wird, die die konservativsten Kreise repräsentieren und bereit sind, unsere Heimat zu verkaufen. Es sind dieselben, die sich Hidalgo und Morelos entgegenstellten, die Vicente Guerrero verrieten. Es sind dieselben,

-die mehr als die Hälfte unseres Territoriums an ausländische Eindringlinge verschleuderten,

-die einen europäischen Fürsten hervorbrachten, um uns zu regieren,

-die die Diktatur der porfristischen Technokraten bildeten,

-die sich der Enteignungder Erdölgesellschaften widersetzen,

-die die Eisenbahnarbeiter 1958 und die Studenten 1968 massakrierten.

Es sind dieselben, die uns heute alles wegnehmen, absolut alles.

Um dies zu verhindern und als unsere letzte Hoffnung, nachdem wir alles versucht haben, halten wir uns an unsere Verfassung. Insbesondere bestehen wir auf die Anwendung des Verfassungsartikels 39, der wörtlich lautet:

„Die nationale Souveränität ist wesentlich und ursprünglich im Volk bcgründet. Alle Staatsgewalt entspringt vom Volke und wird zu seinem Wohlergehen errichtet. Das Volk hat zu jeder Zeit das unveräußerliche Recht, die Form seiner Regierung zu wechseln oder zu ändern."

Daher, in Verbundenheit mit unserer Verfassung, geben wir die folgende Kriegserklärung ab:

Gegenüber der mexikanischen Bundesarmee, als Hauptstütze der von uns erlittenen Diktatur. Diese wird von der herrschenden Partei monopolisiert und von der heutigen Zentralregierung angeführt. Die Zentralregierung ist heute zu Unrecht in der Hand ihres höchsten und illegitimen Führers Carlos Salinas de Gonari.

In Übereinstimmung mit dieser Kriegserklärung fordern wir von den anderen Gewalten der Nation, daß sie sich darüber verständigen, die Legalität und die Stabilität

irgesagt: Basta!

der Nation wiederherzustellen, indem sie den Diktator absetzen.

Ebenso fordern wir die Internationalen Organe und das Internationale Rote Kreuz auf, die Regelung der Kampfhandlungen zu überwachen, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Wir erklären sodann für jetzt und die Zukunft, daß wir, die EZLN als kriegsführende Armee unseres Befreiungskampfes aufgestellt wird. Unsere Kämpfe fallen somit unter die in der Genfer Konvention festgelegten Kriegsgesetze. Wir haben das mexikanische Volk auf unserer Seite, haben ein Vaterland und die Trikolore wird von den aufständischen Kämpfern geliebt und respektiert. Wir verwenden die Farben rot und schwarz in unserer Uniform, Symbole des Arbeitervolks in seinen Streitkräften. Unsere Fahne trägt die Buchstaben „EZLN", Ejercito Zapatista de Liberacion Nacional (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) und mit ihr werden wir in die Gefechte ziehen.

Wir weisen von vornherein jeden Versuch zurück, die gerechte Sache unseres Kampfes zu verdrehen, indem sie des Rauschgifthandels, der Narcoguerilla, des Banditentums oder anderer Bezeichnungen, die unsere Feinde benutzen könnten, bezichtigt wird. Wir führen unseren Kampf in Verbundenheit mit dem Verfassungsrecht und unter dem Banner von Gerechtigkeit und Gleichheit.

In diesem Sinne und in Übereinstimmung mit dieser Kriegserklärung geben wir unseren militärischen Verbänden des Ejército Zapatista de Liberación Nacional die folgenden Befehle:

Erstens: Bis zur Hauptstadt des Landes vorzurücken und dabei die mexikanische Bundesarmee zu besiegen. Bei dem befreienden Vormarsch die Zivilbevölkerung zu schützen und den befreiten Gemeinden zu erlauben, durch freie und demokratische Wahlen ihre öffentlichen Ämter zu besetzen.

Zweitens: Das Leben der Gefangenen zu respektieren und die Verwundeten dem Internationalen Roten Kreuz zu übergeben.

Drittens: Gegen diejenigen Soldaten der mexikanischen Bundesarmee und der politischen Polizei, die vom Ausland geschult, beraten oder bezahlt wurden, ein Kriegsgerichtsverfahren einzuleiten und sie des Landesverrats anzuklagen ebenso wie gegen all diejenigen, welche die Zivilbevölkerung unterdrücken und mißhandeln oder die Götter des Volkes angreifen.

Viertens: Mit all den Mexikanern, die zu erkennen geben, daß sie sich unserem gerechten Kampf anschließen, neue Verbände/Einheiten zu bilden, einschließlich derjenigen feindlichen Soldaten, die sich unseren Kräften kampflos ergeben und schwören, den Befehlen der Comandancia General des EZLN Folge zu leisten.

Fünftens: Die bedingungslose Übergabe der feindlichen Standquartiere von Beginn der Gefechte zu verlangen.

Sechstens: In den von der EZLN kontrollierten Gebieten die Plünderung unserer natürlichen Reichtümer einzustellen.

Volk von Mexiko!

Wir, integre und freie Männer und Frauen, sind uns bewußt, daß der Krieg, den wir erklären, ein letztes, aber gerechtes Mittel ist. Die Diktatoren führen seit vielen Jahren einen nicht erklärten Krieg und Völkermord gegen unsere Völker, weshalb wir Dich um Deine entschiedene Beteiligung ersuchen, indem Du diesen Plan des mexikanischen Volkes unterstützt, das für Arbeit, Land, Behausung, Nahrung, Gesundheit, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden kämpft. Wir erklären, daß wir nicht aufhören werden zu kämpfen. bis wir, eine Regierung unseres freien und demokratischen Landes bildend, die Erfüllung dieser grundlegenden Forderungen unseres Volkes erreicht haben.

Trete ein in die aufständischen Kräfte des Ejército Zapatista de Liberación Nacional!

Comandancia General der EZLN
Dezember 1993

»Wer muß um Vergebung bitten und wer kann sie gewähren?«

Presseerklärung der EZLN zum Amnestieangebot der Regierung

Ich wende mich an Sie, um sie höflich um die Verbreitung der beigelegten Kommuniqués des Geheimen Revolutionären Indigena-Komitaes-Generalkommandatur (CCRI-CG) zu bitten. Diese beziehen sich auf die wiederholten Verletzungen der Feuerpause durch die Regierungstruppen, die Initiative des Amnestiegesetzes des Präsidenten und auf die Rolle von Herrn Camacho Solís als Abgesandter für Frieden und Versöhnung in Chiapas. Ich glaube, daß die von uns am 13. Januar abgesandten Dokumente bereits in ihre Hände gekommen sein müssen. Ich weiß nicht, welche Reaktionen diese Dokumente hervorrufen werden, noch, welche die Antwort der Regierung auf unsere Vorschläge sein wird. Darum beziehe ich mich nicht auf sie. Bis heute, 18. Januar 1994, haben wir nur Kenntnis von der Formalisierung der „Vergebung" bekommen, die die Regierung unseren Kräften anbietet.

Für was müssen wir um Vergebung bitten? Was werden sie uns vergeben? Daß wir nicht vor Hunger sterben? Daß wir in unserem Elend nicht schweigen? Daß wir nicht demütig die gigantische historische Last von Verachtung und Imstichgelassensein akzeptiert haben? Daß wir uns mit den Waffen erhoben haben, als wir alle anderen Wege verschlossen fanden? Daß wir uns nicht an das Strafgesetzbuch von Chiapas gehalten haben, das absurdeste und unterdrückerischste, das man sich denken kann? Daß wir dem Rest des Landes und der ganzen Welt gezeigt haben, daß die menschliche Würde noch lebt und sich bei ihren am meisten verarmten Bewohnerinnen findet? Daß wir uns gut und bewußt vorbereitet haben, bevor wir anfingen? Daß wir Gewehre zum Kampf mitgebracht haben, anstatt Pfeile und Bogen? Daß wir gelernt haben zu kämpfen, bevor wir es taten? Daß wir alle MexikanerInnen sind? Daß wir mehrheitlich Indígenas sind? Daß wir das ganze mexicanische Volk aufrufen zu kämpfen, mit allen möglichen Formen, für das, was ihm gehört? Daß wir für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit kämpfen? Daß wir nicht den Wegen der vorherigen Guerillas folgen? Daß wir uns nicht ergeben? Daß wir uns nicht verkaufen? Daß wir uns nicht verraten?

Wer muß um Vergebung bitten und wer kann sie gewähren?

Die, die sich Jahr für Jahr an einen vollgedeckten Tisch setzten und sich satt aßen, während über uns das Todesurteil gesprochen wurde, so alltäglich, so vertraut, daß wir aufhörten, davor Angst zu haben? Die, die unsere Taschen und Seelen mit Erklärungen und Versprechungen füllten? Die Toten, unsere Toten, eines „natürlichen" Todes gestorben, das heißt, gestorben an Masern, an Husten, an Grippe, an Cholera, an Typhus, an Mononucleosis (Viruskrankheit – die Red.), an Tetanus, an Lungenentzündung, an Malaria und an anderen Nettigkeiten des Magens und der Lunge? Unsere Toten, die daran umgekommen sind, daß niemand etwas machte? All unsere Toten, die einfach so gehen mußten, ohne daß jemand die Rechnung aufgestellt, ohne daß jemand gesagt hätte: „Es reicht" und damit ihrem unnützen Tod eine Sinn gegeben hätte? Die, die uns da Recht und die Fähigkeit unserer Leut verweigerten, zu regieren und uns z regieren? Die, die uns den Respekt vo unserem Brauch, unserer Farbe, unsere Sprache verweigerten? Die, die uns a AusländerInnen in unserem eigenen He matland behandeln, von uns Papiere un Gehorsam gegenüber einem Gesetz fo dern, dessen Existenz und Gerechtigke wir nicht kennen? Die, die uns folterte verhafteten, ermordeten und verschwi den ließen – wegen des schwere „Verbrechens", ein Stückchen Land z erbitten, nicht ein großes Stück, nic einmal ein kleines Stück, sondern e Stückchen, dem man etwas abringe könnte, um den Magen zu füllen?

Wer muß um Vergebung bitten und we kann sie gewähren?

Der Präsident der Republik? Die Mi ster? Die SenatorInnen? Die Abgeordn ten? Die Gouverneure? Die Gemeind präsidentInnen? Die Polizei? Die Stre kräfte? Die großen Herren der Banke der Industrie, des Handels und de Grundbesitzes? Die politischen Parteien Die Intellektuellen? Galio und Nexo (zwei mexikanische Zeitschriften; d Red.)? Die Kommunikationsmedien? Di StudentInnen? Die LehrerI nen? Die Colonos (organisie te BewohnerInnen der Stad viertel – die Red.)? Die Arbe terInnen? Die Campesinos Die Indígenas? Die Toten d nes unnützen Todes?

Wer muß um Vergebung bi ten und wer kann sie gewäh ren?

So weit ist das alles für de Moment. Einen Gruß und ein Umarmung, bei dieser Käl werden beide sicher dankb angenommen (glaube ich obwohl sie von einem „B rufstätigen der Gewalt kor men".

Subkommandant Marc

Von der mexicanischen Armee ermordet

»Wir sind die Angeschissenen und haben Hunger, aber wir kämpfen. Wir haben weder Wohnungen noch Medikamente, aber wir kämpfen.«

Die beiden oben abgedruckten Erklärungen der EZLN sagen das Allerwichtigste über die Hintergründe der Kämpfe in Chiapas.
Der Zeitpunkt des offenen bewaffneten Aufstandes war genial gewählt, besser konnte man die mexikanische Regierung nicht treffen: am 1. Januar trat das nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) in Kraft, mit dem sie das Land ökonomisch in die »Erste Welt«, in diesem Fall die USA und Kanada, katapultieren will. Doch für die Campesinos in den Maisfeldern, die Frauen in den Textil-Maquiladoras entlang der mexikanisch-nordamerikanischen Grenze sowie den ArbeiterInnen in den Großfabriken wie VW ist klar, daß dieses Abkommen einen weiteren Angriff auf ihre Löhne und damit auf ihr Leben bedeutet: ohne Schutzzölle wird z.B. der in den USA produzierte Reis einfach billiger sein als der mexikanische. Die EZLN nannte das Abkommen folgerichtig das Todesurteil für die arm gehaltene Indianerbevölkerung von Chiapas, dem Bundesstaat Mexikos mit der geringsten Lebenserwartung. Die Regierungskreise Mexikos unter Führung der PRI sind auch deshalb so getroffen, weil ihre Mitte Januar beginnende Wahlkampagne damit futsch ist. Außerdem hatten sie in den letzten Jahren unter großen Anstrengungen ihr Land als ökonomisch und vor allem politisch »gesund« dargestellt und damit in den NAFTA-Verhandlungen gewuchert. Dieser Eindruck ist in den ersten Januartagen 1994 gründlich zerstört worden, und Präsident Salinas wird vergeblich in seiner 15 Jahre alten Doktorarbeit über »Politische Partizipation in drei ländlichen Gemeinden Zentralmexikos« nachlesen: den Fall des lange vorbereiteten bewaffneten Aufstands haben er und die PRI weder damals noch heute einkalkuliert.

Die Experten streiten jetzt über die Frage, ob der Aufstand überraschend kam oder nicht. Wir wollen uns da nicht einmischen. Es hat uns aber schlicht vom Hocker gerissen, daß 1994 in Mittelamerika, wo der Guerilla-Kampf auch von vielen seiner früheren VorkämpferInnen (aus FSLN und FMLN) als nicht mehr zeitgemäß denunziert wird, in einer Zeit wo die Dialoge und Versöhnungen weltweit nur so aus dem Boden schießen, eine Bewegung sagt: »Jetzt ist Schluß!« - Wir hoffen, das hat auch noch anderen Leuten hier in unserer Nähe Power gegeben, die wir so dringend nötig haben.

Sicherlich ist der Aufstand nicht vom Himmel gefallen: seit Ende der 60er Jahre haben kleinere Guerilla-Gruppen (Stadt und Land) Aktionen gemacht, die Konflikte um die Landverteilung sind gerade im Süden nie zur Ruhe gekommen, in einigen maquiladoras (wo Halbfabrikate z.B. Textilien weiterverarbeitet werden) streikten Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre die Arbeiterinnen, 1992 demonstrierten die Erdölarbeiter, die Lehrer und Studenten. Bei VW-Mexiko (erwirtschaftet 3% des

Bruttoinlandsprodukts) kam es im gleichen Jahr wegen der Einführung von Gruppenarbeit und der Abschaffung des Kollektivvertrags zu mehrwöchigen Streiks, leider ohne Resonanz in den europäischen Bruderfabriken. In Chiapas selber streikten die Lehrer jeweils mehrere Wochen in den Jahren 1987 und 1988, und nach der weitgehenden Abschaffung des kommunalen Landbesitzes (der nicht zur kapitalistischen Logik des Freihandelsabkommens paßte) kam es 1993 in ganz Chiapas zu Demos, Hungerstreiks, auf deren Höhepunkt 2.000 Soldaten eine große Demonstration in Ocosingo auseinandertreiben mußten.

Die jetzt erstmals mit einer größeren Aktion ans Tageslicht getretene EZLN organisiert IndianerInnen verschiedener Ethnien sowohl aus dem Hoch- als auch aus dem Tiefland von Chiapas, teilweise durch die Ölbohrungen und die Viehzucht von ihren Böden Vertriebene sowie ganze indianische Comunidades, dazu kommen auch Compas aus anderen mexikanischen Bundesstaaten. Auf dem Terrain Chiapas tausend Mal besser zu Hause als die mexikanische Armee, haben EZLN und (andere) Campesinas durchaus auch noch andere Möglichkeiten als die Zerstörung von Rathäusern und die Öffnung von Gefängnissen: in Chiapas wird ca. 60% des Stroms von Mexico produziert (Wasserkraftwerke), sowie große Mengen an Fleisch, Kaffee und Kakao für den Export, das alles bietet genug Angriffspunkte, um das Regime auch ökonomisch unter Druck zu setzen. Vom Erdöl ganz zu schweigen, das im Lacandonischen Urwald reichhaltig gefunden wurde und in Zukunft gefördert werden soll, wenn die mexikanische Regierung den transnationalen Ölkonzernen die Rechte verkauft hat.
Chiapas war der Hauptempfänger von Geldern aus dem 1988 ins Leben gerufenen Regierungsprogramm der nationalen Solidarität. Auf dem Papier zur Armutsbekämpfung (was auch immer das sein mag) gedacht wurden Rathäuser, Gefängnisse und Basketballplätze gebaut; in San Cristóbal wurden viele neue Geschäfte eröffnet: das war die Modernisierungspolitik der mexikanischen Zentralregierung.

Einige der sozialen Forderungen der EZLN nach einem besseren Leben beziehen sich nicht nur auf Chiapas sondern auf ganz Mexico: ArbeiterInnen in Fabriken ausländischer Konzerne sollen den gleichen Lohn wie im »Mutterland« des Konzerns bekommen, die Mieten sollten je nach Wohndauer stark gesenkt oder abgeschafft werden, Preiskontrollen bei Strafe der Enteignung.
Wir wissen bisher nicht, wie in den anderen Bundesstaaten auf diese Forderungen reagiert worden ist, wir wissen nur, daß in vielen Städten und Dörfern Mexikos Solidaritätskomitees gebildet wurden, die Demonstrationen u.ä. organisieren. Der Aufstand hat das Land verändert, hat den Leuten Mut gemacht, und nicht um sonst gibt der inzwischen schon legendäre Sub(!)comandante Marcos in einem seiner (oder ihm zugeschriebenen) Interviews den Hinweis: »In den USA sind viele Menschen aus Mexiko. In Los Angeles, San Diego usw. sind weitere Mexikos.« Und: »Wir setzen nicht nur auf unsere Leute, sondern auf alle, die sich mit uns auf dem Weg vereinen.« Das ist schon jetzt kein frommer Wunsch mehr, denn in den letzten Tagen besetzten unbewaffnete Indianer in Chiapas mehrere Rathäuser und große Farmen, um die Forderung nach einer Landreform zu unterstützen.

Angesichts dieser Aktionen, die sich entwickelten, weil Petitionen und Verhandlungen seit Jahren ins Leere gelaufen sind, wirkt es ein wenig grotesk, wenn in Kreisen der hiesigen Solidaritätsbewegung oder von Nichtregierungsorganisationen dazu aufgerufen wird, vom mexikanischen Präsidenten per Telefax die Einhaltung der Menschenrechte und die Erfüllung der EZLN-Forderungen einzuklagen. Deshalb wollen wir hier Amilcar Cabral von der PAIGC, der Befreiungsbeweung Guinea-Bissaus, zitieren, der 1964 auf einem Seminar mit Vertretern der westlichen Linken zur Solidarität folgendes sagte:

»...(ich) möchte ein paar Worte über die Solidarität zwischen den internationalen Arbeiterbewegungen und unseren nationalen Befreiungsbewegungen hinzufügen. Entweder - oder: entweder wir sind uns einig, daß beide am Kampf gegen den Imperialismus interessiert sind, oder wir bestreiten es. Wenn es wahr ist, und alles weist darauf hin, daß es einen Imperialismus gibt, dessen Ziel sowohl die Beherrschung der Arbeiterklasse auf der ganzen Welt als auch die Niederhaltung der Befreiungsbewegungen der unterentwickelten Länder ist, müssen wir in ihm einen gemeinsamen Feind sehen, gegen den wir gemeinsam kämpfen müssen. Es ist müßig des langen und des breiten über Solidarität zu reden; denn im Grunde geht es darum zu kämpfen. Wir in Guinea kämpfen mit Waffen in der Hand; ihr sollt auch kämpfen, ich sage nicht mit Waffen, ich sage nicht auf welche Art, denn das ist Eure Angelegenheit; aber es ist notwendig, Mittel und Wege des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind zu finden. Das wird die beste Solidarität sein, die Ihr leisten könnt. – Es gibt natürlich auch andere, zweitrangige Formen von praktischer Solidarität: Veröffentlichung von Artikeln, Medikamentensendungen usw.. Ich kann euch garantieren: wenn eines eurer Länder es schafft, einen konsequenten Kampf zu führen und wenn ihr euch morgen in Europa in einem bewaffneten Kampf gegen die Imperialisten befindet, werden wir euch auch Medikamente schicken.«

Wir wollen überhaupt nicht so tun, als seien damit alle Probleme internationaler Solidarität gelöst, aber wir haben starke Sympathien mit Cabrals Hinweisen auf die Notwendigkeit der Kämpfe in unseren eigenen Ländern.

14.2.1994

Entwicklung mit anderen Mitteln – Der Krieg in Somalia

aus: Wildcat (London) 1/1994

Die Niederlage, die das heroische Proletariat von Somalia den Todesschwadronen der Neuen Weltordnung beigebracht hat, hat gezeigt, daß Warlord Clinton seine Revolverhelden nicht dorthin geschickt hat, um den Hungernden etwas zu essen zu geben, sondern um die proletarische Bevölkerung zu terrorisieren. Und zwar nicht, weil unerschrockene Journalisten die Kriegsziele der UNO enthüllt haben, sondern weil unerschrockene Proleten Journalisten getötet haben.

Wir verfügen nicht über die Mittel, um direkt zu wissen, was los ist, aber die Revolte des Proletariats war mächtig genug, um Spuren in den bürgerlichen Medien in Form von Ereignissen zu hinterlassen, die sich einfach nicht erklären ließen, wenn der einzige Widerstand gegen die UNO von Armeen auf Clan-Basis und ihren Unterstützern ausginge. Die Medien konnten nicht leugnen, daß an vielen Zusammenstößen zwischen UNO-Truppen und Somalis nicht die Soldaten General Aidids, sondern unbewaffnete Zivilisten beteiligt waren. Bei mehreren Gelegenheiten haben Bewohner der Mogadischuer Arbeitervierteln Barrikaden gebaut und selbst Aidids Milizionäre nicht durchgelassen. Die Medien tun oft so, als gebe es nur blinde nationalistische oder sogar rassistische Wut gegen Ausländer – und gehen an der Tatsache vorbei, daß fast alle Ausländer in Somalia Journalisten, Soldaten oder andere direkte Teilnehmer der UNO-Kriegsführung sind.

Zur größten Scheiße, die die Medien verzapfen, gehört die über den »Warlord« General Mohammed Farah Aidid. Im Juni 1993 gab es eine UNO-Offensive, angeblich als Reaktion auf den Tod von 24 pakistanischen UNO-Soldaten, die Aidids Radiosender hatten schließen sollen. Dabei wurden zahlreiche Gebäude in ganz Mogadischu angegriffen. Als Ziel wurde angegeben, Aidid gefangenzunehmen und in für den Tod der Soldaten vor Gericht zu stellen. Das eigentliche Ziel war klar – die Unterstützung für Aidid so zu stärken wie die Unterstützung für Saddam durch die US-Bombenangriffe auf Bagdad. Zunächst begrüßte Aidid die amerikanischen Invasoren, aber dann sah er, wie verhaßt sie waren, machte sich zum Vorkämpfer des Antiimperialismus und ließ Anti-UNO-Propaganda über seinen Radiosender laufen. Dadurch konnte er sein Ansehen beim Proletariat entscheidend verbessern.

Noch ein Krieg um Öl?

Die wirtschaftlichen und strategischen Gründe für die US/UN-Intervention in Somalia sind einigermaßen klar. Somalia hat riesige Ölreserven. Vier große amerikanische Ölgesellschaften (Conoco, Amoco, Chevron und Phillips) haben direkt vor Präsident Siad Barres Sturz 1991 Probebohrungsrechte für fast zwei Drittel der Fläche Somalias erworben. Die Weltbank hat Somalia hinsichtlich der Erdölvorkommen als eins der vielversprechendsten Länder in Afrika eingestuft. Noch gibt es

dort keine bedeutende Ölindustrie oder ein ölproduzierendes Proletariat, aber das wird in einigen Jahren mit großer Sicherheit anders sein. Die Schaffung sozialen Friedens durch Terror könnte sich für die Bourgeoisie durchaus auszahlen (ganz direkt für die Konzerne, die in Erdöl investieren). Die geographische Lage des Landes ist auch wichtig, denn von hier aus lassen sich die Tankerrouten zum Roten Meer und zum Golf kontrollieren. Aber solche Gründe werden leicht überbewertet. Das Kapital hat auf der ganzen Welt strategische Interessen – warum soll in dieser speziellen kleinen Ecke der Welt so ein riesiges militärisches Aufgebot nötig sein? Hauptsächlich, weil die US-Regierung dachte, sie könnte ohne großen Aufwand siegen, eine somalische Regierung ihrer Wahl einsetzen und damit die nationale Einheit Amerikas nach den schweren Schlägen durch die Aufstände von Mai 1992 wieder reparieren. Gleichzeitig ließ sich das Image der UNO verbessern. Alle lieben Hungerhilfe-Organisationen; was gibt es also Besseres, als zu zeigen, wie die UNO-Truppen sie beschützen? Man konnte ein paar tausend US-Soldaten in Somalia stationieren, um Aufstandsbekämpfung zu üben. Somalia sollte für die USA mit anderen Worten dieselbe militärische Ausbildungsfunktion übernehmen wie Nordirland für Britannien. Die US Army wird zur Zeit zu einer Streitkraft reorganisiert, die tatsächlich langfrisitg Territorien besetzen und dort Polizeiaufgaben übernehmen kann – und nicht nur alles kaputtbomben und sich aus dem Staub machen. Anders als britische Soldaten haben die meisten amerikanischen Soldaten keine Ahnung von Bullenarbeit. Das ändert sich aber gerade.

Im Army-Ausbildungslager Fort Chafee in Arkansas durchlaufen jährlich 50 000 Soldaten eine Sonderausbildung, bei der es um ein künstliches Land namens »Cortina« geht. Dort gibt es eine Guerillaarmee (die von einem US-Infanteriebattallion gespielt wird) und Polizei, Armee und Zivilbehörden, die von einer Verteidigungsberatungsfirma namens BDM International gestellt werden. Den Soldaten wird beigebracht, wie man mit den lokalen Behörden zusammenarbeitet, welche Verdächtigen man laufen läßt und welche man gefangen hält. Sie werden ideologisch ausreichend darauf vorbereitet, Massaker durchzuführen – wütende Demonstrationen von Dorfbewohnernn schützen oft Guerillas. Nichts davon bereitete sie aber auf den Horror vor, den sie in Somalia erleben sollten.

Die US-Bourgeoisie muß gedacht haben, das somalische Proletariat sei nach jahrelangem Krieg so am Boden, daß es den US/UN-Invasoren keinen Widerstand entgegensetzen oder sie vielleicht sogar als Befreier willkommen heißen würde. Da täuschten sie sich.

Übergriffe

Die Übergriffe der UNO-Truppen sind etwas, was die Medien nicht einmal zu verstecken versuchen. Am 13. Juni kamen mindestens 14 Somalis ums Leben, als UNO-Truppen aus Pakistan mit einem schweren Maschinengewehr direkt in eine Menschenmenge schossen, die gegen die amerikanischen Bombenangriffe auf Bezirke von Mogadischu (angebliche Waffenlager von General Aidid) protestierte. Die Worte, mit denen der Kommandant der pakistanischen Truppen die Schüsse rechtfertigte, erinnerten fatal an die der britischen Militärkommandanten nach dem

Bloody Sunday in Nordirland und an die nach verschiedenen Massakern in Vietnam. Er sagte, somalische »Revolverhelden« benutzten zivile Menschenmengen routinemäßig als menschliche Schutzschilde. Bei keinem der Toten wurden irgendwelche Waffen gefunden. Der Leiter der UNO-Einsatzes zur Friedensbewahrung, Kofi Annan, sagte, der Vorfall zeige, daß die UNO-Streitkräfte besser mit Tränengas und anderen Aufstandsbekämpfungswaffen ausgerüstet werden müßten. Bei anderen Gelegenheiten haben amerikanische Hubschrauber Artilleriegeschosse auf Krankenhäuser und sogar auf die Büros ihrer geliebten Hilfsorganisationen abgefeuert.
Schon gleich bei ihrer Ankunft machten die UNO-Soldaten deutlich, daß sie als Bullen agieren sollten. Als die US-Marines in Mogadischu eintrafen, trafen sie auf überhaupt keinen Widerstand, und die ersten Gewalttätigkeiten, an denen sie beteiligt waren, gingen von ihnen aus: Sie schlugen einige unbewaffnete Somalis zusammen, die in einem Hangar am Flughafen schliefen! Eine Welle von brutalen »Durchsuchungen nach Waffen« folgte. Manchmal gingen die Jungs sogar ein bißchen zu weit für die Toleranz ihrer Herren. Im März wurde ein somalischer Zivilist totgeschlagen, der im kanadischen UNO-Stützpunkt in Belet Huen festgehalten wurde. Vier Fallschirmjäger bekamen ein Verfahren wegen Folter und Totschlag – das erste Mal, daß irgendeinem kanadischen Soldaten wegen eines UNO-Einsatzes solche Vorwürfe gemacht wurden.
Die meisten dieser Übergriffe sind aber eine direkte Reaktion auf die Militanz der Arbeiterklasse. Am 24. Februar gab es weitverbreitete Riots gegen die UNO. Tausende von unbewaffneten Somalis – laut Presse »Unterstützer von General Aidid« – kämpften gegen UNO-Truppen, griffen die US-Botschaft mit Messern und Steinen an und riefen antiamerikanische Parolen. Auf sie wurde aus amerikanischen Cobra-Hubschraubern mit Maschinengewehren geschossen. Die UNO hat nie zugegeben, wie viele sie umgebracht hat. Auch die französischen Botschaft wurde angegriffen. Am 9. September wurden neun pakistanische UNO-Soldaten von einem Mob von hunderten somalischer Männer, Frauen und Kinder angegriffen. Etwa hundert von ihnen wurden getötet, als UNO-Hubschrauber das Feuer eröffneten.

Geräuchertes Schweinefleisch...

Bei einer Auseinandersetzung am 3. Oktober, die im Bakara-Markt in Mogadischu anfing, wurden mindestens 500 Somalis getötet. Zwei US-Hubschrauber stürzten ab. Wenn man bedenkt, wie wichtig die Hubschrauberpiloten bei der Durchführung von Massakern sind, überrascht es kaum, daß die verkohlten Körper einiger dieser Schweine von einer jubelnden Menschenmenge durch die Straßen von Mogadischu geschleift wurden. Einen weiteren schützten Aidids Männer vor dem berechtigten Zorn der Proleten und beschworen damit das Gespenst einer »Geiselkrise« für die US-Regierung herauf. Was die örtliche Bevölkerung dachte, illustriert sehr schön das folgende Zitat aus dem *Guardian* (5. Oktober 1993):
»Im Hubschrauber waren sechs Amerikaner. Ich sah, daß er getroffen war, und dann stürzte er auf sechs Kinder herunter, die gerade aus der Koranschule kamen«, sagte Hassan Issa Ahmend, dessen Haus sich fünf Meter neben der Absturzstelle

befand. »Die Amerikaner verteidigten sich, indem sie nach allen Seiten das Feuer eröffneten. Daher gingen die Leute in ihre Häuser, um ihre Gewehre zu holen. Wir haben drei der Amerikaner getötet, und einer ist weggelaufen.«
Bei anderen Gelegenheiten wurden UNO-Soldaten bei Essensausgabezentren in Menschenmengen hineingezogen und zerstückelt. Und nicht nur mit den Soldaten wird brutal umgegangen. Beim Eintreffen der Amerikaner im Dezember 1992 waren etwa 600 Journalisten dabei, darunter über 100 Fotografen und Kameraleute. Jetzt gibt es nur noch acht westliche Korrespondenten. Die Fernsehbilder der letzten Zeit wurden mit einer Minivideokamera gemacht, die man dem somalischen Fahrer des Reuter-Teams in die Hand gedrückt hatte. Dieser massenhafte Rückzug der Medien erfolgte nach dem Tod von drei Reuters- und einem AP-Journalisten, die alle vorsätzlich von wütenden Mobs getötet wurden. Im Juli 1993 wurden drei Fotografen und ein Tonmann getötet, nachdem amerikanische Hubschrauber eine angebliche »Kommando- und Kontrollbasis« General Aidids in einem Gebiet voller Zivilisten mit Raketen beschossen und dabei mindestens 30 Menschen getötet hatten. Nach Aussagen von Scott Peterson (*Daily Telegraph*, 13. Juli 1993), eines Journalisten, der gerade noch mal mit dem Leben davon kam, standen die Übergriffe <hacks> damals unter dem Schutz von Aidids Männern. Ein anderes überlebendes Journalistenschwein, Mohamed Shaffi von Reuters, beschrieb, wie er, um zu fliehen, in ein nahegelegenes Wohngebäude stürzte und von einer dort lebenden Frau wieder auf die Straße zurückgejagt wurde (*Independent*, 13. Juli 1993). Wegen dieses Vorfalls forderte die italienische Regierung, den militärischen Einsatz abzublasen. Die wenigen Medienwichser, die noch dort sind, haben meist zu viel Angst, um ihre Hotelzimmer zu verlassen.
Während wir dies schreiben, ist immer noch geplant, daß die US-Truppen bis zum 31. März 1994 und die Franzosen und Belgier schon vorher das Land verlassen. Die Hälfte der in Somalia stationierten US-Truppen werden weit von jeder Gefahr ferngehalten – sie befinden sich auf See. Die übrigen befinden sich zum größten Teil in dem riesigen befestigten UNO-Quartier in Mogadischu und können nicht mal das UNO-Eigentum verteidigen. Nach Aussage eines UNO-Beamten *»schleichen sich die Somalis bei Tag und Nacht über die Mauer und klauen alles, was sie können. Uns kommen Fahrzeuge aus dem Hafen schon abhanden, bevor wir sie inventarisieren können«. (Guardian*, 27. November 1993). Keine Polizei kann völlig ohne Kooperation der Bevölkerung arbeiten; das gilt auch für UNO-Truppen.

... und Milchpulver

Die US-Invasion in Somalia nannte sich ursprünglich »Operation Restore Hope« und sollte angeblich den verhungernden Kindern Nahrungsmittelhilfe leisten, deren Bilder die Fernsehbildschirme der westlichen Länder geziert hatten. Das stimmt insoweit, als »Hungerhilfe« ein gern benutztes kapitalistisches Codewort für die Benutzung von Nahrung als Waffe gegen das Proletariat ist. Das Kapital schafft Hunger. In Afrika geschieht das meist durch die Zerstörung nichtkapitalistischer Nahrungsbeschaffungsweisen – Subsistenzlandwirtschaft, Herdenviehhaltung, Jagen

und Sammeln. Das kann durch einen (in Afrika extrem üblichen) erklärten Krieg zwischen Staaten oder durch »friedliche« Entwicklung geschehen – einen blutigen Krieg gegen die unabhängigen ProduzentInnen! In anderen Teilen der Welt, wo es schon ein Proletariat gibt, wird der Hunger vielleicht absichtlich durch Sanktionen geschaffen, um den proletarischen Widerstand zu zerschlagen. So oder so wird den Hungernden das Essen vors Gesicht gehalten, damit sie auf die Bedingungen des Kapitals eingehen. »Food for Work«-Programme – die Sozialhilfe-Zwangsarbeit für die Dritte Welt – zeigen das nur am krassesten.

Nahrungsmittel»hilfe« wird durch die UNO oder durch Hilfsorganisationen organisiert, die auch als NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) oder als PVOs (private Freiwilligenorganisationen) bekannt sind. Wie jeder Zyniker weiß, sind Hilfsorganisationen Geschäftsunternehmen – aber nicht bloß, weil sie für fette Gehälter und Konferenzen in Rom mit großzügigen Spesen sorgen. Hilfsorganisationen müssen der Logik des kapitalistischen Wachstums gehorchen, sie müssen Geld benutzen, um mehr Geld zu machen und das kapitalistische Reich des Bösen der entfremdeten Arbeit ausdehnen. In den westlichen Ländern, wo sie sitzen, heißt das zum Beispiel, daß sie für mehr Werbung mit verhungernden Kindern bezahlen, daß sie den Werbeagenturen, PR-Gesellschaften und Zeitungsbesitzern Geld in den Rachen werfen und daß sie mehr Hilfsfilialen aufmachen, wo gutgläubige Idioten umsonst arbeiten. Hilfsorganisationen müssen miteinander um das vorhandene Geld konkurrieren und sind daher gezwungen, sich auszuweiten und umzustrukturieren. In den vom Hunger betroffenen Gebieten, wo sie arbeiten, heißt das, daß sie für Vertreibung und die Mittel zu ihrer Aufrechterhaltung sorgen, so mehr »Klienten« (Hungernde) für die Hilfsorganisation schaffen und damit mehr Hilfsgelder anziehen.

Nahrungsmittelhilfe ist oft nur eine versteckte Form der Subventionierung an die jeweilige Regierung an der Macht, die damit die Armee ernährt – das gilt für Bosnien ebenso wie für Somalia. In Angola in der zerstörten Stadt Kuito verteilt das Militär auf beiden Seiten UNO-Hilfe, obwohl es auf der UNITA-Seite keine Zivilisten gibt. In Kurdistan werden Hunger und Nahrungshilfe dazu benutzt, die kurdischen Nationalisten zu stärken und die Erfolge des Aufstands von 1991 rückgängig zu machen, indem man die hungernden Aufständischen zwingt, ihre Gewehre, Anti-Panzer-Raketen und Druckerpressen zu verkaufen.

Essen, das nicht direkt an die Soldaten geht, wird schließlich durch örtliche Händler verkauft, und Gebäude und Fahrzeuge müssen von anderen Unternehmern gemietet werden, die dadurch Dollar-Millionäre werden. Durch das Vorhandensein all dieses Geldes und dieser warenförmigen Nahrung beschleunigt die Zerstörung der Subsistenz-Lebensmittelproduktion und ermutigt zur Produktion von *cash crops*. Somalia z.B. versorgte sich noch Anfang der 70er Jahre selbst mit Nahrung und wurde bis Mitte der 80er Jahre zum nahrungsabhängigsten Land in Afrika.

Viele große Häuser in Mogadischu, die an Hilfsagenturen und Medien vermietet werden, gehören Osman Atto, einem der reichsten Männer im Land. Früher war er Vertreter der US-Ölgesellschaft Conoco, deren Büro, das der US-Sondergesandte in Somalia, Robert Oakley, benutzt, ihm ebenfalls gehört. Atto ist auch General Aidids Hauptfinanzier. Jedesmal, wenn ein mit Nahrung beladenes Flugzeug auf dem Flug-

hafen landet, muß die betreffende Hilfsagentur mehrere tausend Dollar für Landerechte und Sicherheit an somalische Mittelsmänner zahlen. Atto wurde mehrere Tage in Vorbeugehaft genommen, aber die UNO hat nichts getan, um seine legitimen Geschäftsaktivitäten einzuschränken.

Entwicklung

Die Somalis sind eine eigenständige ethnische Gruppe und waren vor dem Kapitalismus im Süden des heutigen Somalia meist Farmer und im Norden meist Hirtennomaden. In der Kolonialzeit herrschten im Norden die Briten und im Süden die Italiener. Zum Glück für die Nomaden im Norden taten die Briten dort nicht viel. Im Süden fing die Entwicklung an – das beste Land schnappten sich italienische Bauern, die *cash crops* wie Baumwolle und Zuckerrohr anbauten. Für die Nomaden war das Leben nie leicht, aber vor dem Kapitalismus kam es selten zu massenhaftem Hunger. Wenn der Regen ausblieb, konnten sie über große Entfernungen migrieren – was mit der Schaffung von Nationalstaaten und Privateigentum an Boden unmöglich wurde.
Die kapitalistische Entwicklung in Somalia begann ernsthaft mit Siad Barres Militärputsch 1969. Das Land wurde dem »wissenschaftlichen Sozialismus« unterworfen, die wenige existierende Industrie wurde nationalisiert, mit der UdSSR wurden enge Beziehungen aufgenommen, und eine massive Aufrüstung begann. Im Namen der »Ausrottung von Clanismus und Tribalismus« wurde die Verwaltung zentralisiert. Barre glaubte an eine Entwicklung durch Krieg und Militarisierung der Gesellschaft. Durch den schon existierenden Hunger konnte das Regime seine Pläne zur Seßhaftmachung der Nomaden, die damals 80 Prozent der Bevölkerung stellten, beschleunigen. Sie mußten landwirtschaftlichen »Kommunen« beitreten, wo sie unter militärischer Disziplin arbeiten sollten. Das gehörte zu einem Trend in der ganzen Region. Das nomadische Leben von Millionen von AfrikanerInnen bereitete und bereitet dem Kapital ziemliche Kopfschmerzen, weil Nomaden keine nationalen Grenzen anerkennen, keine westliche Hilfe anziehen und es fast unmöglich ist, sie zu besteuern, zum Kriegsdienst einzuziehen oder zu kontrollieren.
Im Juli 1977 unternahm Barre eine großangelegte Invasion der Ogaden-Region in Äthiopien – deren EinwohnerInnen ebenfalls »Somalis« waren. Er besetzte schnell das gesamte Gebiet und steigerte die Unterstützung für sich dramatisch. Äthiopen war kurz zuvor auch ein Klient der UdSSR geworden, und die UdSSR beschloß, Äthiopien mit 18 000 kubanischen Truppen zu unterstützen. Barre wandte sich den Amerikanern zu, und schon 1981 war Somalia ein Klientelstaat der USA geworden, und die Wirtschaft wurde privatisiert. Die somalischen Truppen wurden aus dem Ogaden verjagt, aber die von Barres Regime organisierte Guerilla der westsomalischen Befreiungsfront (WSLF) setzte den Krieg fort. Das Leben für die Nomaden in der Region wurde unerträglich, und Hunderttausende landeten in Flüchtlingslagern in Somalia. Da sie in Trockengebieten konzentriert wurden, übernutzten die Tiere, die sie noch hatten, das Weideland. Westliche Hilfsagenturen kamen mit Nahrung an – weit mehr, als nötig war. Die meiste Nahrung ging an die somalische

Armee, um den Krieg aufrechtzuerhalten, um die Nomaden zu vertreiben, um mehr Flüchtlinge zu schaffen... Viele Lagerkommandanten waren WSLF-Offiziere, und die WSLF und die somalische Armee kamen in die Lager, um männliche Jugendliche zur Armee einzuziehen. Genau wie in Barres prosowjetischer Phase wurden die LagerbewohnerInnen von »Politiker« genannten Staatsbeamten in politischer Ideologie unterwiesen – diesmal sollten sie den Russen und Kubanern die Schuld an ihrem Elend geben. Die Hilfe verwandelte die »leere« Wüste in blühende Städte. Barres Programm der militärgestützten Akkumulation wurde enthusiastisch von Horden junger westlicher Weltverbesserer aus der Mittelschicht unterstützt, die die Infrastruktur aufbauten und versuchten, ehemaligen Nomaden beizubringen, wie man Nahrung anbaut, damit sie seßhaft werden und Bauern und Landarbeiter werden konnten. Wer konnte schließlich etwas gegen den Bau von Straßen haben – selbst wenn sie hauptsächlich von Soldaten, Bullen und von einem Ort zum anderen getriebenen Flüchtlingen benutzt wurde? Die Lager sollten nur vorübergehend sein. Viele gibt es immer noch. Aus einer Studie von 1981 ging hervor, daß die Hilfsindustrie zwei Drittel der somalischen Wirtschaft ausmachte. Zum Ende seiner Regierungszeit hin bekam Barre außerdem jährlich 100 Millionen Dollar Militär- und Wirtschaftshilfe von den USA, womit Somalia zum drittgrößten Empfänger amerikanischer Auslandshilfe nach Ägypten und Israel wurde. Es hat ihm nicht viel genützt.

In den 80er Jahren gab es noch mehr Krieg als vorher, und nationalistische Bewegungen machten sich immer größere Teile des Landes untertan – im Nordwesten (dem ehemaligen Britisch-Somaliland) das Somali National Movement, in der Mitte und im Westen der United Somali Congress und im Süden das Somali Patriotic Movement. Im Juli 1989 gab es zwei Tage lang regierungsfeindliche Demos und Riots in der Hauptstadt. Barres Tage waren gezählt. Washington entdeckte plötzlich, daß er die Menschenrechte verletzte und setzte die Hilfe aus. Ende 1990 nahm der USC die Hauptstadt ein. Im Januar 1991 floh Barre und überließ die Hauptstadt einem instabilen Bündnis von Regional- und Clanführern. Dieses brach schnell zusammen, und im folgenden Krieg starben hunderttausende. General Aidid war der militärische Befehlshaber des USC und ehemaliger Botschafter in Indien unter Barre.

Der Krieg in der Hauptstadt halbierte ihre anderthalb Millionen-Bevölkerung. Das Land im Süden wurde von Soldaten so weitgehend ausgeplündert, daß ganze Dörfer mitten in der Trockenzeit keine Nahrung und keine Tiere mehr hatten. Im ganzen Verlauf des Krieges schützten Truppen die Luxushäuser der Hauptstadt und die Agrobusiness-Plantagen. In Qorioli verhungerten Dorfbewohner direkt neben riesigen Bananenplantagen. Wenn sie auch nur Gras zum Essen sammelten, riskierten sie, daß ihnen die Hände zusammengebunden und eine Kugel durch die Handflächen geschossen wurde.

Die Somalis verloren also den Kampf gegen die Vertreibung durch Krieg, ein

Prozeß, gegen den die *Highland Clearances*[1] eine Teeparty im Pfarrhaus waren. Proletarier (außer den wenigen, die bürgerliche Generäle und nationalistische Führer wurden). Aber was für Proletarier sind sie geworden? Ein Großteil der Männer ist zu Soldaten in den verschiedenen nationalistischen bzw. Clan-Armeen geworden und kennt sich mit dem Gebrauch von Schußwaffen aus. Im allgemeinen hat die weitgehende Verfügbarkeit von Gewehren sich verheerend auf die Solidarität in der Arbeiterklasse ausgewirkt, indem sie den Krieg aller gegen alle intensiviert hat. In anderen Teilen des Horns von Afrika können sich traditionelle Stammesstreitigkeiten um Naturressourcen, die sonst vielleicht zu ein paar Toten durch Speerwürfe geführt hatten, jetzt in Massaker verwandeln. Auf den Straßen von Mogadischu ist Raub an Mitproleten durch bewaffnete Männer recht verbreitet. Gleichzeitig werden die Gewehre oft von Arbeitern gegen ihre Arbeitgeber benutzt. Diese sind heute meist die Hilfsorganisationen und die UNO, die den Lohn zu drücken versuchen, wie jeder andere Chef. Nach dem Verschwinden mehrerer Laster mit Nahrungsmitteln im November 1992 schickte das World Food Program z.B. seine langgedienten somalischen Fahrer für drei Monate nach Hause und holte Äthiopier, die für den halben Lohn arbeiteten. Es kam heraus, daß Manager von Hilfsorganisationen als Reaktion auf solche Angriffe von ihren eigenen Wachschutzleuten, die mehr Lohn forderten, in ihren Unterkünften belagert wurden. Ende 1992 kam ein UNICEF-Hausmanager fast ums Leben, als er versuchte, ein paar Arbeiter rauszuschmeißen.

Das somalische Proletariat empfindet auch einen unstillbaren Haß auf die UNO und alles was sie tut, der zweifellos noch durch das Wissen wächst, daß UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali ägyptischer Außenminister war, als Ägypten Siad Barre unterstützte. Daß es die mächtigste Nation auf der Erde dazu gezwungen hat, ihre Außenpolitik radikal zu ändern, sollte die Militanten im Klassenkampf auf der ganzen Welt inspirieren. Wir können viel von ihnen lernen – nicht zuletzt, daß Terror gegen Journalisten dem internationalen Kapital echt das Spiel verdirbt. Der Kampf unserer Klasse in Somalia kann unser Verständnis von und unseren Haß auf Nahrungsmittel-Hilfsorganisationen nur schärfen – diese fiesen kapitalistischen Banden, die an fast jeder Hauptstraße in jeder Stadt in Westeuropa und Nordamerika Läden und Büros unterhalten.

Ein sehr nützlicher, von einem unzufriedenen Hilfsarbeiter geschriebener Artikel über Nahrungshilfsorganisationen steht in der *Village Voice* vom 19. Januar 1993. Ein wichtiger Artikel über den Einsatz von Nahrung als Waffe gegen das Proletariat steht in *Zerowork* (TheKla 10).

1 Großflächige und äußerst gewalttätige Vertreibung der Bauern im schottischen Hochland zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Sie wurden direkt in die neuen Fabriken getrieben, wo sie die in der neuen Weidewirtschaft gewonnene Wolle verarbeiten sollten. Nachzulesen bei Marx im Kapital Band I, Kap. 24: Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation.

Aus Osnabrück:

»Auf unserer alljährlichen Weihnachtsfeier (von Azubis organisiert) habe ich dieses Jahr mit einigen meiner Kollegen etwas auf den Putz gehauen. Da zu unserer Feier immer die großen Bosse von der Generaldirektion kommen und das die einzige Möglichkeit ist, denen mal zu sagen, was uns nicht paßt, haben wir uns eine nette Rede einfallen lassen, eine Protestresolution überreicht und nette Flugis verteilt.
Die Lage bei uns sieht ziemlich schlecht aus. Von bundesweit 3500 KommunikationselektronikerInnen werden nur 150 in den neuen Bundesländern übernommen. Von den in Osnabrück auslernenden FernmeldeassistentInnen werden fast alle versetzt, das heißt, daß diese wohl auch zum größten Teil in den Osten müssen, wahrscheinlich auch ich. Das erfahren wir aber erst drei Wochen vorher! Der Vorstand und die Amtsleitung meinen aber, daß Veränderungen gut für junge Leute seien und daß wir das Ganze doch als neue Herausforderung ansehen sollen. Ich habe mittlerweile überhaupt keine Lust mehr auf den Laden und gebe das auch deutlich preis. Die meisten haben natürlich Angst, dßa das nach hinten losgeht, aber das ist mir dann auch egal!! Ich möchte meine Zukunft lieber selber planen und mir das nicht von irgendwelchen Chefs vorkauen lassen, die eh genug Kohle verdienen und ihre Rente sicher haben.«

Auszüge aus der Protestresolution, die 150 Osnabrücker Telekom-Azubis unterschrieben hatten:

»Hiermit protestieren wir gegen die derzeitige Ausbildungspolitik der Deutschen Bundespost Telekom. Es sollen weder neue Auszubildende eingestellt, noch die auslernenden Auszubildenden übernommen werden ... [dann wird benannt, wie die Telekom durch Auftragsvergabe an Subunternehmer und Streichen von Dienstleistungen Arbeitsplätze abbaut]
Seit nunmehr 24 Jahren werden hier in der Berufsbildungsstelle Osnabrück junge Menschen ausgebildet, um später ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Jetzt sollen sie in die Arbeits- und Hoffnungslosigkeit [nana!?!, d. T.!!] geschickt werden! Den Aussagen der Generaldirektion Telekom, daß die auslernenden Auszubildenden mit ihrer qualifizierten Ausbildung eine gute chance auf dem Arbeitsmarkt haben, können wir keinen Glauben schenken. Umfragen bei den Arbeitsämtern in unserer Region haben ergeben, daß es z.B. im Bereich der Elektrotechnik mehr Arbeitssuchende als Arbeitsplatzangebote gibt (auf 10 freie Stellen kommen 100 Arbeitssuchende!). .... Die derzeitige Unternehmenspolitik gefährdet in einem unzumutbar hohen Maße die Arbeitsplätze aller bei Telekom Beschäftigten. Ein so großes Unternehmen wie die Deutsche Bundespost Telekom kann und darf es sich gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Repression nicht leisten, niemanden auszubilden ..... «

Telekom-Lehrlinge machen Aktionen

Im Rahmen der Umstrukturierung/Privatisierung der grauen Post hat sich der Telekom-Vorstand das Ziel gesetzt, 30 000 der jetzt noch 230 000 Beschäftigten bis 1997 auf verschiedenste Weise aus dem Betrieb rauszuschmeißen.
Ein Schritt dazu ist, daß von den 3500 Azubis, die jetzt mit ihrer Ausbildung fertigwerden, nur 120 übernommen werden und in diesem jahr keine neuen Auszubildenden eingestellt werden. Da die Ausbildung mit nur sehr wenigen praktischen Erfahrungen gespickt ist, können die Jungs und Mädels für andere Arbeitgeber nur sehr wenig Berufserfahrung vorweisen, so jedenfalls eine ihrer Argumentationen.
In einigen Städten (Hagen, Dortmund, Magdeburg, München) haben die Leute Protestaktionen gemacht. Da sie jeweils in telekomeigenen Berufsausbildungszentren zusammengefaßt sind, fällt ihnen das recht leicht.

In Hagen wird die komplette Übernahme gefordert, offiziell jedenfalls, unter der Hand sagen die Jugendliche, mit denen wir geredet haben, sie wären auch mit drei bis sechs Monaten zufrieden, um dann höheres ALG zu kriegen.
Die Aktion besteht in Hagen darin, daß seit einer Woche nach Dienstschluß die Kantine des Berufsbildungszentrums besetzt bleibt, es hängen große Transparente in den Fenstern, sie haben auch vor dem Telekomladen in der Innenstadt mal kurz demonstriert, aber sie arbeiten weiter. Fast alle der 98 Azubis stehen hinter der Aktion, aktive Beteiligung von ca. 20 Leuten. reger Fax-Verkehr mit anderen Ausbildungseinrichtungen der Telekom. Die DPG (Deutsche Postgewerkschaft) war nicht so begeistert, aber steht jetzt voll hinter der Aktion, was auch immer das bedeutet. Den Unterschied zwischen Gewerkschaft und den anderen bekamen wir bei unserem Besuch gut mit, als die Jugendvertreterin uns ziemlich profimäßig vollquatschen wollte, während einige andere etwas lebendiger waren: die hatten auch im Dezember, als Rexrodt in Hagen bei einer SIHK-Feier seinen Dreck abließ, unter den 300 DemonstrantInnen gestanden und ein Schild hochgehalten: "**REXRODT - DU** hast auch keine **SAU**bere Weste" und hatten prompt mit den Bullen Ärger gekriegt.

Dazu Azubi Willi D. aus B.:

Flugblatt zum Abschluß
des Streiks bei Air France

Frohes Fest

♪ Liebling, du machst mir Angst! ♪

Regierung und Gewerkschaften mußten ihre Lehren aus dem Streik bei Air France ziehen und geben nur noch einen einzigen Schrei von sich: Nie wieder so was! Die Regierung hat ihre Privatisierungspläne bei France Telecom und EDF GDF (vorübergehend) zurückgezogen. Die Gewerkschaften organisieren in einem Sektor nach dem anderen Aktionen wie die Demonstration der 30.000 Beschäftigten bei EDF GDF in Paris am 23.10.93, um den Druck auf die Regierung zu erhöhen. Die CGT macht den ganz schlauen Vorschlag (siehe das Flugblatt bei Air France vom 10.12.93) einer Beteiligung an der Unternehmensleitung (d.h. Stellen für Bürokraten, die die kapitalistische Logik akzeptieren)!

Ihre Beunruhigung ist verständlich: was bei *Air France* begonnen hat, setzt sich in der Gesellschaft fort, und selbst hier geht es weiter: ein Beleg dafür ist der Streik der Reparaturleute in Orly, der den ganzen November über anhielt und erst Anfang Dezember endete.

♪ Die Rückkehr der Peitsche ♪

Die Einsetzung von Blanc bei *Air France* ist kein Zufall, sondern steht im Gegenteil in der Kontinuität seiner Verdienste bei der RATP nach den Streiks von 1988. Während der Konflikts fielen die Instandsetzungsarbeiter bei der Metro (Fontenay, Boissy, etc.) wegen ihrer Kampfbereitschaft und ihrer Kampfmethoden besonders auf: nach einer Woche waren nur 10% im Streik, die restlichen 90% legten zusammen, um den Lohn für die Streikenden zu zahlen (die alleine die Werkstätten lahmlegen konnten), und es waren immer wieder andere, die mit dem Streik fortfuhren. So konnte die Bewegung länger als gewöhnlich andauern.

Das war für die Direktion nicht tragbar, und sie reagierte: zuerst versuchte sie zu spalten (unmittelbare Repression war nicht möglich), indem sie einige Arbeiter in Verantwortungspositionen an Stelle von inkompetenten Chefs befördern wollte, aber vor allem versuchte sie die Basis der Arbeitermacht zu untergraben: ihren Platz in der Produktion, der es ihnen ermöglicht, das Unternehmen lahmzulegen. Die Auslagerung gewisser Tätigkeiten (wie es bei der SNCF bereits gemacht wird), die Dezentralisierung vieler Arbeiten und die Durchleuchtung des Arbeiterwissens durch Informatiksysteme (ist sehr teuer, was den Unternehmer-Elan im Moment noch etwas bremst).

Die Krönung der Aktion ist die Infragestellung des Streikrechts im Namen der Aufrechterhaltung eines minimalen Notdienstes, an dem sich Blanc die Zähle ausgebissen hatte.

Dieselbe Aktion will er jetzt bei Air France durchführen.

Wir sind gewarnt ... lassen wir es nicht zu.

♪ Paßt auf! Feind hört mit! (altes Lied) ♪

Die Fernsehstationen, vor allem FR 3, haben korrekt über den Streik berichtet: Interviews mit gewerkschaftlich organisierten und nicht organisierten Streikenden, Bilder über die Zusammenstöße mit ausführlichen Berichten über die Polizeigewalt. Aber genau das macht die Rolle der Medien noch heimtückischer: zahlreiche Streikende, selbst maskierte, sind für die Poliei identifizierbar; die Berichte über die Diskussionen am 25.10.93 über die Wiederaufnahme der Arbeit gingen ausführlich über die verbalen Auseinandersetzungen.

Eine der Stärken der Bewegung war ihr Vertrauen in sich selbst und die Öffnung nach außen. Man braucht nicht in Paranoia zu verfallen, aber ein gesundes Mißtrauen gegenüber den Journalisten (auch wenn sie den Eindruck erwecken, korrekt zu sein), schadet nie. Man muß der Direktion nicht unbedingt die Waffen liefern, mit denen man sich schlagen läßt. Zumal die Reparaturleute während der Besetzung die Büros ihrer Direktion durchwühlten und dabei Dossiers mit Beschattungsberichten, Aufnahmen, Photos und Details aus dem Privatleben der bekannten Militanten fanden.

♪ Die Internationale (nicht zu vergessen) ♪

Die Bewegung bei *Air France* hatte nicht nur positive Auswirkung in Frankreich, sondern auch im Ausland. Es gab zahlreiche Streiks bei verschiedenen Luftfahrtgesellschaften: *Austrian Airlines* (der erste Streik seit 40 Jahren!), TAP, QUANTAS, *American Airlines* (mit Intervention Clintons nach 12 Streiktagen um Verhandlungen zu erzwingen), SABENA (wo die Arbeiter verweigert haben, gegen uns die Gelben zu spielen).. usw.

Das belegt, daß alle Beschäftigten in allen Ländern dieselben Interessen in den Kämpfen haben: jeder Sieg hier ist ein Sieg auch anderswo und umgekehrt. Der allgemeine Rückschlag der Arbeiter der Luftfahrtgesellschaften, der 1981 mit der Entlassung von 30.000 Fluglotsen durch Reagan, um deren Streik zu brechen, begonnen hatte, ist hier am 24. Oktober zu Ende gegangen. Diejenigen, die uns auf die Interessen des Unternehmens wie auf den Nationalismus (Französische Arbeit!) festschreiben wollen, sind unsere Feinde.

♪ Verhandlungen (zu oft gehörter Refrain) ♪

Jede konnte feststellen: 15 Tage Streik haben mehr bewirkt als Jahre von Gewerkschaftsgewäsch, idiotischen Aktionstagen und Verhandlungen mit der Direktion. Dennoch gab es viele Vorwürfe an die Direktion, uns nicht zu den »Reformen« gefragt zu haben, die zur Rettung der Fluggesellschaft eingeführt werden sollten.

Wir sagen nicht: Streik um jeden Preis, wir sind keine Verfechter von selbstmörderischen Aktionen: in gewissen Momenten muß sich die Bewegung zurückziehen, um von neuem und besser loszulegen. Was die professionellen Händler Verhandlungen nennen, ist nichts anderes als eine Momentaufnahme des Kräfteverhältnisses zwischen Beschäftigten und Direktion. Ein Kräfteverhältnis, daß die Kontrahenten entweder in Frage stellen oder ausbauen wollen. Der einzelne

Unternehmer kann dabei auf die Unterstützung seinesgleichen und des Staates bauen; er profitiert von der Zentralisierung der Entscheidungen viel mehr als die Beschäftigten, die bereits im Betrieb, aber vor allem außerhalb isoliert sind.
Was von den Bewegungen bleibt, sind nicht die beschränkten und zeitlich begrenzten konkreten Verbesserungen, sondern die Erfahrung unserer Kraft in gemeinsamen Aktionen: wieder miteinander zu sprechen, sich kennenzulernen, die Bleiweste der Langeweile und der alltäglichen Resignation zu lüften; all das, was wir brauchen, um uns unsere Lebensbedingungen wieder anzueignen und sie nicht mehr nur zu ertragen.

♪ *Und nun?* ♪

Die besonderen Bedingungen bei *Air France* erlaubten der Bewegung, daß wir zugleich unsere Möglichkeiten wahrnahmen (aktive Solidarität, kollektive Aktion usw.), aber auch die Hindernisse bewältigten: die Rolle der Gewerkschaften, die Identifikation mit dem Betrieb, die Angst vor der Leere, die sich vor uns auftat: keine Neuauflage des Kapitalismus, sondern die Einführung einer anderen Gesellschaft.
Jede weiß, daß das auf der Tagesordnung steht. Wie der Streikende von Fret Roissy (der auf FR3 interviewt wurde), moralisch voll auf der Höhe, der erklärte, »daß bis zur Bezahlung der Streiktage weitergemacht werden muß«. Auf die darauffolgende Frage des Journalisten: »Und danach, wenn sie das erreicht haben?«, antwortete er: »Wir werden weitermachen.« Viele wissen, daß es der Kampf ist, der sich auszahlt, weil er uns zusammenbringt, uns vereint und den Gegner zurückdrängt, vorausgesetzt, wir schalten in den nächsten Gang. Sonst werden wir sicher geschlagen und demoralisiert.

Die Meuterer auf der Bounty
Flugblatt Nr.5, 14.12.93

Bosse ans Band, aber Zack!
Subbotnik in Weinheim

In der Simrit-Abteilung (Simmering-Herstellung für die Autoindustrie) der Firma Freudenberg feiert eine alte Idee neue Urständ. Weil nach Personalabbau die Produktion nicht nachkommt, wurden jetzt die Angestellten der Abteilung per Unterschriftenliste zu Samstag-Subbotniks aufgefordert. Motto: GrowTTTh, oder so ähnlich, soll jedenfalls bedeuten: "Wachstum durch Teamarbeit". Angestellte, (ob nur die Ingenieure oder auch die Tippsen, wissen wir zur Stunde nicht genau) sollen freiwillig und unbezahlt eine Schicht in der Produktion machen. Viele sollen unterschrieben haben. Heute ist der erste Tag - deshalb wissen wir auch noch nicht, wie's ausgeht...

Am kommenden Freitag, den 11. Feb., um 10 Uhr treffen sich im Ludwigshafener Arbeitsamt Politiker aus der Region zu einer Arbeitsmarktkonferenz. Eingeladen haben als Verwalter der Ware Arbeitskraft der Direktor des Arbeitsamtes und der DGB- Kreisvorsitzende. Thema der Tagung: Neue Wege aus der Arbeitslosigkeit und zweiter Arbeitsmarkt. Wir als Betroffene nehmen dies zum Anlaß, uns zum selben Zeitpunkt vor dem Arbeitsamt zu treffen. Unser Motto:

Arbeitslos - jetzt geht's los!

Anfang des Jahres bekamen die Empfänger von Arbeitslosenunterstützung unerfreuliche Post vom Arbeitsamt: In Zukunft gibt es viel weniger Geld. Obwohl alles teurer wird. Kein Wunder, daß es haufenweise Einsprüche gegen diese Bescheide gibt. Auch andere Bestimmungen wurden geändert: Z. B. gibt es jetzt 12 Wochen Sperrzeit, wenn man eine zumutbare Arbeit ablehnt, Schlechtwettergeld gibt es nur noch von Dezember bis Februar, Arbeitslosenhilfe, die nicht im Anschluß an Arbeitslosengeld bezahlt wird, nur noch ein Jahr lang ...

Diese Verschlechterungen konnten fast ohne Widerstand durchgesetzt werden. Deshalb diskutieren die Herren der Arbeit weitere Maßnahmen: Der sogenannte zweite Arbeitsmarkt soll ausgeweitet werden. Darunter versteht man Arbeitsplätze, die vom Staat subventioniert werden, um Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu bezahlen. Die Bandbreite dieser Jobs reicht von Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger bis zu tariflich bezahlten ABM-Stellen.

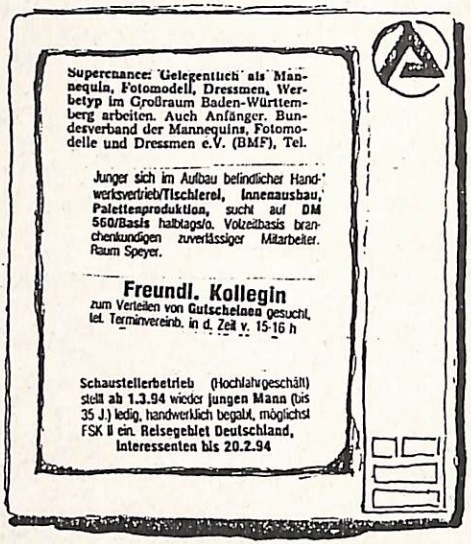
Seit Anfang der achtziger Jahre ist die Arbeitslosenquote hoch. Damit haben sich auch die Ansichten über Arbeitslosigkeit geändert. Arbeitslosigkeit gilt seitdem nicht mehr als "Faulenzerei", "Schande" oder "menschliches Drama". Viele Arbeitslose stellten fest, daß die Pause von täglicher achtstündiger Arbeitsqual nicht so schlimm war, wie es immer dargestellt wurde, und ließen sich deshalb auch nicht jeden beliebigen Scheißjob zumuten. Deswegen konnte die hohe Arbeitslosigkeit auch nicht benutzt werden, die Arbeitenden zu erpressen, z.B. um die Löhne zu senken. Gleichzeitig sagten immer weniger Beschäftigte von sich, daß sie gerne arbeiteten. Was natürlich auch was damit zu tun hat, daß die Arbeit immer stressiger wurde.

Die Herren der Arbeit haben das Verhalten der Arbeitslosen als "Ausruhen in der sozialen Hängematte" bezeichnet. Sie haben viele Ideen, wie die Arbeitslosen zur Arbeit genötigt werden können: häufigere Vorladungen zum Arbeitsamt, niedrigere Arbeitslosenunterstützung, Verschärfung

der Zumutbarkeitsregelung, Zwangsarbeit für alle Sozialhilfeempfänger, etc. Die neueste Idee ist, Bezieher von Arbeitslosenhilfe als Saisonarbeiter zu vermitteln. Wenn sie sich weigern, sollen sie Sperrzeit kriegen. Weil der Lohn in der Landwirtschaft viel niedriger ist als die Arbeitslosenhilfe, soll der Staat 25 DM/Tag zuschießen.

Die grundsätzliche Bereitschaft zur Arbeit läßt sich nicht mit Zwang steigern. Die Betroffenen reagieren mit Langsamarbeiten, Krankfeiern, Verweigerung. Alle Erfahrungen zeigen, daß Zwangsarbeit unproduktiv ist. Aber die Maßnahmen und vor allem die damit verbundene öffentliche Diskussion sollen den Druck auf ALLE erhöhen. Nicht-Arbeit soll wieder zum Makel werden. Damit wird es leichter, Arbeitende und Arbeitslose gegeneinander auszuspielen.

Dagegen können wir uns wehren. Wenn wir das zulassen, gibt es nach unten keine Grenze mehr. Sich als Arbeitsloser zu wehren, scheint jedoch schwierig. Beim Arbeitsamtbesuch trifft man immer wieder andere Leute. Und das Warten drückt die Stimmung. Man wird aggressiv, und die Wut auf die Verhältnisse steigt. Doch die Verantwortlichen dieser Mißstände sind nicht da. Gerade jetzt gilt es Ruhe zu bewahren und diese Wut bei den Richtigen abzulassen. Dazu ist es notwendig, sich zusammen zu tun.



IG Metall will „Wut" kanalisieren

MM 29.1.94

Gewerkschaft kündigt für Montag massive Warnstreiks an

Stuttgart/Frankfurt. (dpa) Nach dem Ende der Friedenspflicht in der westdeutschen Metallindustrie wird es von diesem Montag an massive Warnstreiks geben. Nach den bisher ergebnislos verlaufenen Tarifverhandlungen für die rund 3,6 Millionen Beschäftigten will die IG Metall mit den Protestaktionen Druck auf die Arbeitgeber ausüben.

Die „totale Verweigerungs- und Blokkadepolitik" der Arbeitgeber solle aufgebrochen werden, kündigte gestern IG-Metall-Chef Klaus Zwickel an. Mit den Arbeitsniederlegungen will die Gewerkschaft auch „die zunehmende Wut" in den Betrieben „kanalisieren", sagte der IG-Metall-Verhandlungsführer im traditionellen Pilotbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden, Gerhard Zambelli.

Vor Ablauf der Friedenspflicht am Freitag um 24 Uhr waren die bundesweit knapp 40 regionalen Verhandlungen in allen Tarifgebieten ohne Annäherung ausgesetzt worden, so zuletzt gestern die dritte Tarifrunde für die etwa 115 000 Beschäftigten in Rheinland-Pfalz. Dort wie in den anderen Bezirken wurde kein neuer Gesprächstermin vereinbart. Vorgesehen hat die IG Metall flächendeckend in ganz West-Deutschland über einen Zeitraum von zwei Wochen hinweg Protestaktionen, die ganze Firmen, teils auch nur einzelne Abteilungen treffen sollen. Vorstellbar sind nach Angaben einer IG-Metall-Vorstandssprecherin ein vorgezogener Feierabend sowie verlängerte Frühstücks- und Mittagspausen, um sich von Betriebsräten oder Gewerkschaft informieren zu lassen.

Plenum gegen Sammellager, Köln

Kampagne gegen Zwangsverpflegung von Flüchtlingen aus Paketen und Großküchen – Für die Auszahlung der vollen Sozialhilfe in bar

Grundsätzliche Überlegungen zur Kampagne

Vor 15 Monaten haben wir gegen das neuerrichtete Lager in Köln Niehl, zusammen mit einem Teil der dort zuerst untergebrachten Flüchtlingen, eine kleine Kampagne gemacht (Siehe die Broschüre "Diese Ideen kommen aus meinem Kopf, diese Ideen kommen aus Afrika").

- Dabei haben wir lediglich eine unterstützende Funktion wargenommen.
- Trotz einer relativ guten Berichterstattung durch die Presse, sahen sich die Verantwortlichen in keiner Weise gezwungen auf die Forderungen einzugehen.
- Stattdessen wurden als Reaktion auf die Aktionen alle LagerbewohnerInnen in ein Lager in Münster verschubt.
- Wir waren nicht in der Lage auf diese Verschubung irgendwie angemessen zu reagieren, weil wir darauf nicht vorbereitet waren.
- Eine Öffentlichkeit ließ sich, trotz der breiten Presseberichterstattung, auch nicht gegen die Verschubung mobilisieren. Davon gehen wir auch jetzt aus. Wir haben aber auch die Erfahrung gemacht, wie sehr es den Verantwortlichen gestunken hat, daß die kleine Kampagne ihrem Image erheblich schaden konnte.

Seitdem treffen wir uns jeden Sonntag mit Flüchtlingen im Flüchtlingscafé zum Plenum. Zu diesem Plenum kamen am Anfang fast ausschließlich Flüchtlinge aus dem Lager in Köln-Niehl. Kontakte in die ca. 40 Kölner Heime existierten so gut wie nicht. Obwohl das Plenum die ersten Wochen von ca. 20 Flüchtlingen besucht wurde, sind wir dort nur am Rande mal über die Diskussion von Einzelfällen hinausgekommen. Immer wenn die Diskussion so weit fortgeschritten war, daß wir anfingen, über eine Aktion zu reden, stellten die Flüchtlinge zwangsläufig die Frage nach den Erfolgsaussichen. Wir mußen diese ehrlicherweise immer negativ beantworten. Darüber hinaus sahen auch wir keinen Sinn mehr, in der Durchführung von mehr oder weniger spontanen Aktionen, die fast wirkungslos verpuffen und oft eher ein Ausdruck von Hilflosigkeit sind. Das hat natürlich zu einer Stimmung beigetragen, die alles andere als mobilisierend war. In dem Maße, wie die Leute vom Lager in die Heime verlegt wurden, kamen mehr Flüchtlinge aus den Heimen und weniger aus dem Lager. Daß weniger aus dem Lager kamen, lag vor allem daran, daß wir dort die Existenz des Cafés nicht mehr durch Besuche bekannt machten. Daß mehr Flüchtlinge aus Heimen kamen, lag vor allem daran, das ab Mitte '93 die Situation in den Heimen immer lagerähnlicher wurde. Insgesamt war die Situation dort aber sehr uneinheitlich, und es gab kaum Ansätze für gemeinsame Aktionen mehrerer Heime. Da es aber keine Praxis gab, wurde das Plenum immer kleiner. Die Idee, etwas gegen die Pakete zu machen, ist aber dort entstanden, wobei auch eine wesentliche Rolle spielte, daß die Zwangsverpflegung mit Paketen eine Vereinheitlichung der Situation für viele Flüchtlinge darstellt.

Aktionen von Flüchtlingen

Im letzten Jahr haben Flüchtlinge immer wieder Aktionen gestartet, von denen wir erst später und nur zufällig erfahren haben. Wegen der Unkenntnis der hiesigen Verhältnisse und fehlendem Zugang zur Presse, finden diese Aktionen von Flüchtlingen ohne Unterstützung von außen und häufig völlig unbemerkt von der Öffentlichkeit statt. Die Verantwortlichen sehen sich dann nicht mal zu einer Stellungnahme gegenüber den Flüchtlingen genötigt. Deshalb mußten sowohl die Flüchtlinge in Köln-Marienburg, wie auch die in der Lichtstraße ihre Aktionen ergebnislos abbrechen.

Etwas anders war es bei dem Hungerstreik auf den Schiffen im September. Der Streik richtete sich gegen die Unterbringung auf den Schiffen und die Zwangsverpflegung durch eine Großküche. Das war zwar eine geschlossene und auch entschlossen vorgetragene Aktion, die aber auch erst nach einer Woche bekannt wurde, nachdem sich die Streikenden um Unterstützung bemüht hatten. Danach gab es ein relativ breites Presseecho. Die Verantwortlichen im Sozialamt haben sichtlich genervt darauf reagiert. Unterstützung gab es wegen der andauernden Sommerpause aber ausschließlich von Einzelpersonen. Es gab keine Solidaritätsaktionen, und so blieb der Streik weitgehend isoliert.

Hinzu kommt, daß die Kommunikationsstrukturen unter Flüchtlingen meist sehr schlecht sind. Während des Streiks hat das bei den Verhandlungen dazu geführt, daß die Flüchtlinge gespalten und die Forderungen verwässert werden konnten. Das Ergebnis des Streiks war schließlich, daß zwei Duschen aufgestellt wurden und die Bewohner einen Brief an die Betreiber der Großküche, die für das Essen auf den Schiffen verantwortlich ist, schrieben, mit der Bitte das Essen etwas besser zu gestalten.

Zusammenfassend können wir sagen, daß

- isolierte Aktionen von Flüchtlingen wenig bringen, denn gerade hierbei geht es immer um die tatsächliche Durchsetzung von Forderungen;
- eigenständige Aktionen von UnterstützerInnengruppen wichtig sind:
- es klare Forderungen geben muß, die es den Verantwortlichen erschweren, über kleinere Zugeständnisse guten Willen und Verhandlungsbereitschaft zu zeigen;
- die Forderungen auch unter den Flüchtlingen nicht erst nach Beginn einer Aktion diskutiert werden sollten;
- nicht jedes Heim seine eigene Kampagne machen sollte, sondern frühzeitig alle Betroffenen miteinbezogen werden;
- eine intensive Pressearbeit gemacht werdem sollte, ohne allerdings darauf zu bauen, eine liberale Öffentlichkeit mobilisieren zu können;
- es genügend Zeit für eine Vormobilisierung geben sollte.

Zum Beginn der Kampagne

Noch mal kurz zur Vormobilisierung

In der letzten Dezemberwoche haben wir damit begonnen in den Heimen und auf den Schiffen für die Kampagne zu mobilisieren. Zum ersten großen Kampagnen-

plenum am 2.1. kamen ca. 40 Flüchtlinge. Einmal mehr hat sich dabei gezeigt, daß viele von den Paketen und dem Großküchenfraß Betroffene am liebsten sofort mit der Kampagne beginnen würden. Die Flüchtlinge aus den Heimen Winterbergerstraße und Hansaring, wo vor allem Familien leben, hatten vorher schon diskutiert und sich entschlossen, ab sofort keine Pakete mehr anzunehmen. Wir haben dagegen die Erfahrungen anderer Streiks in den letzten Wochen, in jeweils nur einem Heim angeführt, die alle nach kurzer Zeit abgebrochen wurden, weil sie isoliert waren. Stattdessen haben wir dafür plädiert, auf den gemeinsamen Beginn der Kampagne zu warten. Nach kurzer Diskussion fanden das alle richtig, bis auf die Leute vom Hansaring, die dann auch ihre zwei Tage zuvor begonnene Annahmeverweigerung der Pakete fortführten.
Wir haben den Streik unterstützt, die Presse mobilisiert und uns an Aktionen auf den zuständigen Ämtern beteiligt. Das Presseecho war insgesamt ziemlich gut. Bei den Verhandlungen mit dem Sozialamt wurde von denen immer wieder versucht, die Flüchtlinge in der Weise abzuspeisen, daß ihnen angeboten wurde, sich an einer Kontrolle der Pakete zu beteiligen um Lebensmittel minderer Qualität gleich austauschen zu können. Zu diesem Zweck wurde sogar eiligst der Paketlieferant Reiman aus Wuppertal geholt. Die eigentliche Forderung nach Auszahlung der Sozialhilfe in Bar sollte außen vor bleiben. Die Flüchtlinge haben sich hier völlig kompromißlos gezeigt und klar gemacht, daß sie sich auf nichts unterhalb ihrer Forderung einlassen würden. Die Kölner Presse hat diese Forderung vorsichtig unterstützt.
Bis zum Beginn der Kampagne waren es vor allem die Leute aus dem Hansaring, die sich für die Kampagne stark machten. Aber auch dort brach mindestens eine Familie den Streik ab und fing an, demobilisierend auf die anderen einzuwirken.

Letztes gemeinsames Treffen vor dem Beginn der Kampagne (So., 3.1.)
Zu diesem Treffen haben wir noch mal besonders mobilisiert und sind in die Heime gegangen. Es kamen 35 Flüchtlinge aus sieben der neun Heime. Wir haben noch mal über die Pressekonferenz, die am nächsten Tag stattfand, geredet und vor allem die Flugblätter mit den Kampagnenterminen für die Mobilisierung in den Heimen verteilt. An der Pressekonferenz wollten sich Leute aus fünf Heimen beteiligen.

Die Pressekonferenz (Mo., 31.1.)
Zur Pressekonferenz kamen nur der Kölner Stadt Anzeiger (KStA), Radio Köln, WDR-Fernsehen und ein Film-Team vom Kaos-Film. Zumindest beim KStA zeigte sich schon eine gewisse Müdigkeit an dem Thema, da sie in den letzten 3 Wochen schon öfter über das Thema berichtet hatten. Von den Flüchtlingen kamen nur Leute aus 3 Heimen. Insgesamt ? Flüchtlinge, die die Sache gut rübergebracht haben. Die Berichterstattung im KStA war ziemlich mäßig (siehe beiliegenden Artikel); Radio Köln brachte dazu nachmittags einen Bericht und danach wurde es jede Stunde in den Kölner Lokalnachrichten erwähnt; der WDR brachte im Kölner Fenster (Aktuelle Stunde) einen wirklich guten Bericht an dem nichts auszusetzen war.

Die Auftaktdemo (1.2.)

Die pessimistischsten Einschätzungen gingen von 30-50 Flüchtlingen aus, die sich an der Demo beteiligen würden. Das war aber eher eine Befürchtung die der bisherigen Mobilisierung widersprach. Tatsächlich kamen nur 10 Flüchtlinge aus zwei Heimen, obwohl die Demo an einem Flüchtlingsheim begann.

Es ist für uns erstmal unverständlich, warum das so war. An der Mobilisierung kann es eigentlich nicht gelegen haben. Sicher haben wir nicht alle erreicht und die Kommunikationsstrukturen unter den Flüchtlingen sind denkbar schlecht. Trotzdem hatten sich ca. 80 Flüchtlinge in irgendeiner Weise an der Vorbereitung der Kampagne beteiligt. Auf der Demo waren aber nicht mal die, die sich am letzten Vorbereitungstreffen und an der Pressekonferenz beteiligt haben.

In bezug auf andere UnterstützerInnengruppen ist die Mobilisierung ziemlich gut gelaufen. Dabei ist es uns aber kaum gelungen auch die Gruppen außerhalb des engeren Scenespektrums miteinzubeziehen. Daher bestand die 90 Leute-Demo aus 80 Nichtflüchtlingen und die einzige Parole die ich während dieses Trauermarsches hörte war: **"Wir sind nicht alle, es fehlen die Betroffenen!"**

Diskussion mit Flüchtlingen auf dem Sonntagsplenum am 6.2. über den bisherigen Verlauf der Kampagne

Auf dem Sonntagsplenum haben wir über die Frage diskutiert, warum sich bisher so wenige Flüchtlinge an der Kampagne beteiligt haben, obwohl 50-80 Flüchtlingen in irgendeiner Weise an den Vorbereitungen beteiligt waren. Folgende Punkte sind von den Flüchtlingen genannt worden:

- Die Demo soll abgesagt worden sein.
- Viele Flüchtlinge haben es nicht gewußt.
- Viele halten die Forderungen für nicht durchsetzbar.
- Viele sind nicht richtig informiert und wissen nicht recht was sie von uns halten sollen und was ihnen im Fall einer Demo-Teilnahme passieren kann. Das war mit der Aufforderung an uns verbunden stärker in die Heime zu gehen.
- Eine stärkere Mobilisierung von uns in den Heimen ist auch deshalb notwendig, weil es unter den Flüchtlingen starke sprachliche Probleme gibt.
- Es gibt Vorbehalte gegen uns als nichtstaatliche oppositionelle Organisation. Wir sind für die Flüchtlinge nicht einzuordnen.
- es war ein Fehler, daß die Flüchtlinge aus dem Hansaring die Paketverweigerung vor dem Beginn der Kampagne begonnen haben.
- die Flüchtlinge vom Hansaring sollen gesagt haben, daß sie zu uns kein Vertrauen haben. Insbesondere für den Fall, daß die Stadt repressiv gegen die Flüchtlinge vorgeht.

Darüber haben wir Montag (7.2). diskutiert. Wir halten einige der von den Flüchtlingen genannten Punkte für richtig, halten das ganze Problem aber für wesentlich vielschichtiger.

Unsere Einschätzung zur Mobilisierung vor dem Beginn der Kampagne

Die Streiks in Marienburg, auf den Schiffen, in der Lichtstraße und im Hansaring und die Resonanz während der Mobilisierung in den Heimen zum ersten großen Plenum am 2.1. haben unsere Einschätzung bestätigt, daß neben ihrem Asylverfahren, die Zwangsverpflegung aus Großküchen und Paketen bei den davon betroffenen Flüchtlingen im Moment der Punkt ist, welcher sie am meisten interessiert. Nach der Mobilisierung zum ersten gemeinsamen Plenum am 2.1. kamen ca. 50 Flüchtlinge aus 6 Heimen. Dabei handelte es sich fast ausschließlich um Leute, die vorher nie auf dem Plenum oder im Café waren. Für die Leute aus der Winterbergerstraße und dem Hansaring war die Ankündigung der Kampagne der Auslöser (damit meinen wir ausdrücklich nicht, daß sie erst durch die Kampagne auf die Idee gekommen sind etwas gegen die Pakete zu machen) für ihren Entschluß, die Verweigerung der Pakete sofort beginnen zu wollen.

Es wäre in jedem Fall besser gewesen, wenn wir die Kampagne am 1.11.93 begonnen hätten, als das Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft trat. Den ersten Fehler haben wir aber am 2.1. gemacht, als wir gegenüber den Flüchtlingen darauf hingewiesen haben, es sei besser die Kampagne, also auch die Verweigerung der Pakete, erst Ende Januar zu beginnen. Diese Zeit glaubten wir für die Vorbereitung der Kampagne noch zu brauchen, weil wir Fehler, die wir bei früheren Aktionen gemacht hatten, nicht wiederholen wollten. (Z.B. waren wir letztes Jahr nicht in der Lage gewesen, der Strafverschubung aller BewohnerInnen des Lagers in Köln-Niehl etwas entgegenzusetzen.) Die Leute aus der Winterberger Straße haben daraufhin erklärt, erst bei Begin der Kampagne die Annahme der Pakete zu verweigern. Wir sehen das jetzt so, daß es richtig gewesen wäre, die Kampagne doch zu diesem Zeitpunkt zu beginnen, weil da noch alle Anwesenden etwas gegen die Zwangsverpflegung machen wollten. Durch unser Bestehen auf eine längere Vorbereitungs- und Mobilisierungszeit haben wir den Flüchtlingen ihre Initiative, sofort anzufangen, genommen und sie in eine passive Rolle gedrängt. Es waren danach immer unsere Vorstellungen, beruhend auf unseren Erfahrungen, die auf den Plenen diskutiert wurden.

Trotzdem halten wir unsere anfänglichen Einschätzungen zur Kampagne, auch was die Notwendigkeit einer längeren Vorbereitung angeht, jetzt nicht für falsch. Es ist richtig sich nicht spontan in eine Kampagne zu stürzen, sich etwas zur möglichen Repression gegen Flüchtlinge zu überlegen, die Forderungen so ausführlich wie möglich mit den Flüchtlingen zu diskutieren, breit zu mobilisieren, möglichst viele der Betroffenen in die Kampagne miteinzubeziehen und, auch eigene, Aktionen voraus zu planen. Diese Erfahrungen machen andere Gruppen auch, und Flüchtlinge fordern das auch von uns.

Anfang Januar waren wir mit unseren Diskussionen aber schon so weit, daß wir hätten beginnen können, ohne daß die Kampagne planlos gewesen wäre. An den Aktionen der Flüchtlinge aus dem Hansaring hätten sich dann auch andere Heime beteiligt. Mit unserer Argumentation haben wir genau das Gegenteil erreicht und den Hansaring in eine Einzelrolle gedrängt; sie erschienen anderen Flüchtlingen geradezu als SpalterInnen. Das zeigt auch die Diskussion vom letzten Sonntag.

Andere, weniger wichtige Fehler waren, daß wir unmittelbar vor der Kampagne

nicht mit einem anständigen Flugblatt weiter in den Heimen mobilisiert haben, sondern nur mit dem Terminplan der Kampagne, der auch noch sehr ungenaue Ortsangaben enthielt. Viele, die bis dahin nichts oder nur wenig von der Kampagne wußten, konnten damit nichts anfangen. In dem Zusammenhang haben wir auch gehört, daß die Forderungen für einige unverständlich waren, was teilweise vielleicht an der Übersetzung lag. Mit "Zwangsverpflegung" assoziierten manche Zwangsernährung im Knast und dachten, sie hätten damit nichts zu tun.
Diese Probleme erklären aber nicht, warum auf die Demonstration nicht einmal all die gekommen sind, die am letzten Vorbereitungstreffen und an der Pressekonferenz teilgenommen hatten. Die Gründe hierfür sind sicherlich so unterschiedlich wie die Flüchtlinge selbst:

- Es gibt sicher Flüchtlinge, die aus Angst vor Repression, die ja nicht unberechtigt ist, nicht zur Demo gekommen sind. Die Realität zeigt uns aber immer wieder, daß das nur für wenige Flüchtlinge zutrifft, auch wenn ein Flüchtling in bezug auf die Demo an "Intifada" gedacht haben soll. Was die Leute vom Hansaring angeht, können wir uns nicht erklären, warum sie uns sagen, einer Teilnahme an der Kampagne stände mangelndes Vertrauen in uns im Wege, weil gerade sie aktiv an der Kampagne teilnehmen.
- Andere haben es wegen ihres finanziellen Hintergrundes gar nicht nötig die Pakete anzunehmen. Für sie ist das ein zweitrangiges Thema. Sie kommen zwar auf die Plenen, nehmen sogar an der Pressekonferenz teil, gehen deswegen aber nicht auf eine Demonstration.
- Für einige sind wir sicher ein Zusammenhang, den sie nicht einordnen können und der ihnen etwas suspekt erscheint. Mit dem Begriff "Kampagne" wisen sie wenig anzufangen, besonders wenn unter dieser Überschrift nur die Termine der Kampagne abgedruckt sind.
- Die meisten werden aber schlicht relativ unpolitisch sein und können mit langen Diskussionen und Planungen nichts anfangen und bleiben dann eher weg, weil es nicht sofort greifbare Ergebnisse bzw. das Erleben einer starken Aktion bringt. In diesem Zusammenhang müssen wir auch sehen, daß die meisten Flüchtlinge allein reisende Männer sind, die sich veränderten Situationen flexibler anpassen können, für die es also leichter ist sich irgendwo Bargeld zu den Paketen hinzuzuverdienen.

Wie weiter?

Einig sind wir uns aber nach wir vor darüber, daß die Zwangsverpflegung schon das richtige Thema ist. Wir haben nur einiges falsch gemacht. Die Kampagne läuft, und zwar nicht erst seit dem 31.1., sondern seit die Flüchtlinge aus dem Hansaring am 31.12. die Annahmeverweigerung der Pakete begonnen haben. Auf dieser Grundlage schlagen wir vor, am Donnerstag der nächsten Woche (17.2.) zusammen mit Flüchtlingen das Sozialamt im Johannishaus zu besetzen. Das wird auf jeden Fall noch mal Druck machen für den laufenden Streik der Leute vom Hansaring. Darüber hinaus wollen wir an den Tagen davor mit einem Flugblatt zur Kampagne und möglichst vielsprachigen Leuten nochmal in den Heimen zu mobilisieren.

Köln, 7.2.94

Plan, Kapital, Demokratie

Die Begriffe einer Debatte[1]

Riccardo Bellofiore
aus: altre ragioni 1, Mailand 1992

»Und was machen wir jetzt?«, haben sich viele gefragt, als das Erdbeben im Osten schließlich die Sowjetunion erreicht hatte. Eine Antwort auf diese Frage ist schwierig, vielleicht unmöglich. Bevor man etwas sagen kann, muß man natürlich erst mal nachdenken, aber die Kluft zwischen den Begriffskategorien und den Tatsachen erscheint so tief, daß einem nur die Zuschauerrolle übrigzubleiben scheint, was einen harten Schlag für den traditionellen Gerechtigkeits- und Solidaritätssinn der Linken darstellt. Im Osten sind die Länder des entwickelten, freien und reichen Westens ein Idealbild; sie verkörpern die Vorstellung eines Kapitalismus der freien Marktwirtschaft, in dem jeder nach seinen Fähigkeiten belohnt wird und in dem die Ungleichheit der unumgängliche Preis für Leistungsfähigkeit und Wohlstand ist. Auch die verblaßten Errungenschaften des keynesianischen Reformismus und des Wohlfahrtsstaats fallen in Ungunst, wie alles, das nicht »privat (organisiert)« ist. Im Westen sehen die Wenigen, die weiterhin glauben, daß die Geschichte in der Welt der Ideen aber auch in der der Gesellschaft weitergeht, sprachlos dem Zusammenbruch eines Gebäudes zu, das, so autoritär es auch gewesen sein mag, wenigstens dem Namen nach die Überreste des Traums von einer anderen, nicht auf Konkurrenz beruhenden und egalitären Gesellschaft in sich trug.

So gut wie überall ist die »zweite Revolution« im Osten als endgültige Bestätigung der liberalen Thesen angesehen worden, nach denen das Privateigentum, der freie Markt, die Teilung in Arme und Reiche die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung und die politische Freiheit sind. Diese Ungleichheit sei die Triebfeder für das ununterbrochene Wachstum des Reichtums und vielleicht auch eine Folge jener Rechte, die den Kern der Demokratie ausmachen. Und das ist noch nicht alles: die Ideale der Linken, die Unabhängigkeit (Autonomie) und die soziale Gerechtigkeit, seien, insoweit sie auf menschliche Art erreicht werden können, nichts anderes als eine Folge jenes so verhaßten Kapitalismus. Die Autonomie/Unabhängigkeit, weil der Marktindividualismus dafür sorgt, daß jeder »seines Glückes Schmied« ist, soweit er das will und kann. Die soziale Gerechtigkeit, weil es denen, »die unten sind«, in einer (Wachstums-)Gesellschaft, die sich ausdehnt und die die »formellen« Freiheiten garantiert, trotzdem besser geht als in einem nur dem Namen nach egalitären System (das in Wirklichkeit von einer Bürokratenkaste beherrscht wird), in dem sie von einer Leistungsunfähigkeit der Wirtschaft eingeschlossen sind, durch die im besten Fall nur die Armut verteilt wird (wobei in Wirklichkeit der Wohlstand sinkt), und die die Abschaffung der Demokratie als echte Freiheit ausruft (wobei in Wirklichkeit mit politischem Terror regiert wird).

Und schließlich wird uns gesagt, daß sich die Ungleichheit unter den Menschen von selbst auflöst, sobald der wirtschaftliche Fortschritt in Bewegung gekommen ist und seine schlimmsten Auswirkungen mindert. Wenn die Dinge so stehen – und wie ich zeigen werde, stehen sie in einer gewissen Weise *wirklich* so: das ist ein gar nicht so unwichtiger Teil der Wahrheit – dann scheint da kein Platz mehr für die Linke zu sein, nicht einmal im Sinne von antikapitalistisch, sondern schon für eine auch nur ganz gemäßigte reformistische Linke.

Wer angesichts dieser Situation auf den Lobgesang des Kapitalismus und die dazugehörige Todeserklärung des Kommunismus antworten will, hat fast automatisch den Reflex, daß er darauf hinweist, daß die Unterscheidung zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern in der gegenwärtigen Gesellschaft bestehen bleibt, obwohl zugegebenermaßen eine andere Gesellschafts- und Wirtschaftsform nicht zu verwirklichen sei; er betont, daß es Ungleichheit gibt, wenn es auch unmöglich sei, den Kapitalismus zu überwinden. In dieser Art von Reaktion verbirgt sich ein dreifaches Mißverständnis oder besser gesagt ein einziges Mißverständnis in dreifacher Form. Das erste Mißverständnis besteht darin zu glauben, es sei ausreichend, sich auf die offensichtlichen Tatsachen zu berufen, um die Ungleichheit Ausbeutung zu nennen: also etwas, das zu bekämpfen ist, auch wenn man jetzt nicht in der Lage dazu ist. Was mich betrifft, so bin ich im Gegenteil überzeugt, daß es da Begriffskategorien, eine regelrechte Theorie braucht, um die Ungerechtigkeiten und die Grenzen der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation zu begründen; eine Theorie, die in der Lage ist, die Möglichkeit, und vielleicht gar die Notwendigkeit, einer radikalen Veränderung zu begründen. Dabei sind es gerade die Begriffskategorien, gerade die Theorie, die auf bis jetzt ungelöste Schwierigkeiten gestoßen sind: so muß man auf jeden Fall die Beziehung zwischen der Krise der Theorie und den Schwierigkeiten der Praxis der – wie sie sich einst nannte – Arbeiterbewegung untersuchen, denn es gibt da zweifellos einen Zusammenhang. Das zweite Mißverständnis ist, daß heute so etwas wie eine moralische Kritik am Markt ausreiche, wobei nicht ganz klar ist, in wessen Namen diese Kritik ausgeübt wird: mit dieser Position landet man unweigerlich bei der Akzeptanz des gegenwärtigen Zustands, wenn man sich wirklich das Problem »Was tun?« stellt, oder man zieht sich auf eine elitäre Kritik zurück, vielleicht sogar – ich sage das ohne jeden laizistischen Kitzel – unter die Hegemonie des antibürgerlichen Katholizismus. Das dritte Mißverständnis ist, daß man, oft im Gegensatz zu den eigenen Absichten, sich zum Glauben an die Ideale, wenn auch nicht an die Praxis, des Kommunismus bekennt, was schlußendlich darauf hinausläuft, die zentrale Frage der Natur der Planwirtschaft und der Ursachen für den Zusammenbruch des realen Sozialismus beiseite zu lassen, womit man schlußendlich die Argumente der liberalen Kritik unbeantwortet läßt. Damit verläßt man das Terrain der inhaltlichen Auseinandersetzung und reduziert alles auf eine Frage der Kräfteverhältnisse. Wobei man sich dann nicht wundern muß, daß dies in einer Phase, in der sie ungünstig sind, bedeutet, sich allein darauf zu beschränken, Zeugnis von den eigenen Vorstellungen abzulegen.

In diesem Text will ich versuchen, auf der mir vertrauten Ebene der Auseinandersetzung – der Reflexion über Theorie und die ökonomischen Fakten – einige Überlegungen gegen die keineswegs oberflächlichen Argumente der Lobsänger des freien Marktes zu entwickeln: diese Gegenargumentation enthält jedoch, das will ich gleich unterstreichen, eine tiefgreifende Infragestellung eines großen Teil der »überlieferten Lehre« der

marxistischen und nichtmarxistischen Linken. Ich werde die drei zentralen Punkte der liberalen Argumentation nacheinander angehen: die Frage der Unmöglichkeit einer effizienten Planung, also das Verhältnis zwischen Privatbesitz und Markt; die These, nach der das Wirtschaftswachstum unter Bedingungen des *laisser faire* am stärksten ist, also die angeblich fehlende Verbindung zwischen Plan und Kapital; die Annahme, nach der der Kapitalismus die notwendige und vielleicht gar die hinreichende Voraussetzung der Demokratie sei, also die Beziehung zwischen Kapital und Freiheit.

Meine Überlegungen werden sich auch nicht auf die Erfahrungen im Osten, zu der ich einige Schlußfolgerungen ziehen werde, beschränken, sondern vor allem auch den Charakter und die Dynamik der Marktkapitalismen einbeziehen: diese, oder wenigstens ihr idealisiertes Abbild, werden nämliche gerade zum Modell erhoben. Ich werde die Hypothese vertreten, daß – im Gegensatz zu dem, was heute als selbstverständlich angenommen wird, aber in Einklang mit einer unvoreingenommen Analyse des realen Kapitalismus – dieser aus einer besonderen Kombination von Planung und Konkurrenz lebt: es ist kein Zufall, daß die dynamischsten Marktwirtschaften auch die mit der weitestgehenden Planung sind. Ich werde auch argumentieren, daß die Demokratie keineswegs eine Folge des Marktes ist, sondern dem Kapital gerade von jenen »unverträglichen« sozialen Konflikten aufgezwungen wird, die in der Vergangenheit einer der wichtigsten Faktoren der wirtschaftlichen und politischen Modernisierung waren. Heute ist jedoch vielleicht gerade dieser *circulus »virtuosus«* in Frage gestellt: diese Kontinuität zwischen Entwicklung der Produktion und Entwicklung der Gesellschaft – die natürlich immer mit Problemen verbunden war, aber »auf lange Sicht« real war –, auf der die Linke für lange Zeit ihre Erfolge gegründet hat, und die heute anscheinend ins Gegenteil umgeschlagen ist.

1. Plan und Markt: erste Halbzeit

Wer sich auch vor nur dreißig Jahren in die Literatur über die sowjetische Planwirtschaft vertieft hätte, wäre auf ganz andere Urteile als auf die heute gängigen gestoßen. Ich beziehe mich natürlich nicht auf die marxistischen, sondern auf die damals herrschenden Schulen und vor allem auf den »Bastard«-Keynesianismus, der damals in Mode war: also jene Synthese aus einerseits neoklassischer Theorie, die die These vertrat, eine Marktwirtschaft mit perfektem Wettbewerb wäre in der Lage, Leistungsfähigkeit mit gerechter Verteilung zu verbinden und »automatisch« die Vollbeschäftigung zu erreichen, und andererseits die keynesianische Wirtschaftspolitik, die demgegenüber auf die Notwendigkeit hinwies, die strukturellen »Starrheiten« zu überwinden, die die reale Wirtschaft vom abstrakten Optimalmodell abweichen ließen.

Genauso wie heute das bestehende System gefeiert wird, indem man auf das Scheitern der Planwirtschaft als nachträglichen Beweis für den Fehlschlag eines schon immer unmöglichen Experiments hinweist, wurden damals die gewaltigen Wachstumsraten der schwach und rückständig aus dem ersten Weltkrieg hervorgegangenen Sowjetunion hervorgehoben und die Tatsache, daß sie dank einer beschleunigten Industrialisierung zur zweiten Weltmacht geworden war, daß sie nicht nur militärisch der nazistischen Aggression standgehalten habe. All dies schien zu bestätigen, daß die zentrale Planung und das Nichtvorhandensein eines Marktes ein durchaus geeignetes Mittel wäre, um das sicher nicht nebensächliche Problem zu lösen, eine Volkswirtschaft aus der Unterentwicklung heraustreten zu lassen. Ich

werde noch auf den (scheinbaren?) Erfolg der Planung unter Stalin, und auf die darauf folgende (endgültige?) Krise der Dezentralisierungsversuche zu sprechen kommen. An dieser Stelle ist es mir wichtig hervorzuheben, daß diesem sozusagen empirischen Urteil auch auf der Ebene der Theorie eine breite Zustimmung entsprach, nach der etwa die liberale Kritik an der Möglichkeit eines effizienten Modells von Planwirtschaft, wie sie damals zuerst von Ludwig von Mises und dann von Friedrich von Hayek geäußert wurde, als ungerechtfertigt abgetan wurde.

Von der Debatte über die Planwirtschaft erzählte man sich in den fünfziger und sechziger Jahren folgendes:[2] Mises hatte 1920 in einem Artikel, dem wenige Jahre später ein Buch folgte, die sozialistischen Volkswirtschaftler mit der Behauptung »herausgefordert«, die rationale Planung wäre theoretisch unmöglich. Diese Behauptung ging von der Annahme aus, daß es das ökonomische Problem jeden Typs von Gesellschaft sei, bei gegebenen beschränkten Ressourcen und gegebener Alternativen zur Befriedigung/Erfüllung der Ziele des Systems, die höchstmöglichen Resultate zu erreichen, und daß dieses Problem nur durch eine rationelle Berechnung der relativen Knappheit der Ressourcen möglich sei. Seine Schlußfolgerung war, daß einer Volkswirtschaft, so wie sie sich Marx vorgestellt und wie sie die Bolschewiken verwirklicht hatten, in der es kein Geld und keinen Tausch und folglich also auch keinen Privatbesitz und keinen Markt gab, ein System der echten und nicht willkürlich festgesetzten relativen Preise fehle und damit die Berechnungsbasis für diese relativen Knappheiten. Auf diese Herausforderung antworteten in den dreißiger Jahren einige angelsächsische Volkswirtschaftler von hauptsächlich sozialistischer Herkunft. Die Hauptfigur ist der Pole Oskar Lange, der in der London School of Economics, in der Lionel Robbins und später Hayek unterrichteten, und in Harvard, wohin inzwischen Schumpeter gelangt war, studiert hatte. Politisch bezog sich Lange auf ein Gemisch aus konstruktivem Anarchismus, Zunft-Sozialismus und Austro-Marxismus. Die Befürworter der Rationalität der Planung beschränkten sich nicht darauf hervorzuheben, daß trotz der Kritik von Mises sich die Planwirtschaft nicht aufgelöst habe, sondern in der Tat in der UdSSR weiter existierte. Sie gaben sich auch nicht mit der Behauptung zufrieden, daß ja schon Lenin mit der Wiedereinführung von marktwirtschaftlichen Elementen und der »Neuen Ökonomischen Politik« einen Schritt zurück gegenüber dem »Kriegskommunismus« gemacht hatte, die unter den nachrevolutionären Bedingungen die Kommandowirtschaft des kapitalistischen Deutschland im Ersten Weltkrieg nachgeahmt hatte, gegen die Mises auf jeden Fall einige gute Argumente auf Lager hatte.

Ihre Antwort packte das Problem bei der Wurzel, indem sie behaupteten, daß in einem System mit Staatseigentum der Produktionsmittel grundsätzlich nichts der perfekten Simulation einer perfekten Konkurrenzwirtschaft im Wege stünde. Man müsse den Verbrauchern die freie Wahl auf dem Gütermarkt lassen und eventuell den Arbeitern die Möglichkeit, sich ihre Arbeit auszusuchen und in einem Prozeß von Trial and Error zentral die Preise der anderen Produktionsressourcen festlegen. Die Verwalter der öffentlichen Betriebe, denen man die Minimierung der Kosten und die Festlegung der Preise der Endprodukte aufgrund der Kalkulation der Grenzkosten aufzwingt (also die gleichen Kriterien wie in einer Marktwirtschaft, die von der Profitmaximierung reguliert wird und mit freien Einnahmen und Ausgaben), teilen dem Zentrum ihr Angebot und ihre Nachfrage von Produktionsfaktoren mit, und die Planungsbehörde ändert dann deren Preise, um Angebot und Nachfrage zur Übereinstimmung zu bringen. Langes theoretisches

Modell einer effizienten Planung, das wohl das vollständigste einer ganzen Beitragsfamilie ist, beeindruckte die Volkswirtschaftler mit seiner großen, und gewollten, Ähnlichkeit mit der damals dominierenden Theorie, der neoklassischen Version des allgemeinen ökonomischen Gleichgewichts von Walras. Wie schon der italienische Volkswirtschaftler Enrico Barone, der 1908 das walrasianische Schema auf eine zentral gelenkte Wirtschaft angewendet hatte, vorausgesehen hatte, erschien Langes Modell wie eine Nachahmung der Effizienz des kapitalistischen Marktes, wie sie damals von der strengsten »bürgerlichen« Theorie dargestellt wurde, für eine sozialistische Wirtschaft, in der der etwas unrealistische Auktionator (durch den die Preise Angebot und Nachfrage übereinstimmen lassen) in der abstrakten Theorie des französischen Ökonomen einfach durch die Figur des Planers ersetzt wurde.

Wie schon erwähnt, hatte Hayek versucht, von vornherein derartigen Thesen entgegenzutreten, die die prinzipielle Möglichkeit der effizienten Planung vertraten, und die Thesen von Mises auf seinem eigenen Terrain als unbegründet abzutun, aber seine Position wurde damals als ein Rückzug vor der Attacke von Mises interpretiert. Man sagte, Hayek gebe zu, daß ein effizienter Sozialismus zwar rein theoretisch nicht unmöglich, aber nicht zu verwirklichen sei. Es sei kaum vorstellbar, daß der Planer ein derart kompliziertes System von Gleichungen, wie es das allgemeine wirtschaftliche Gleichgewicht verlangt, aufstellen und noch dazu lösen könne: die Schwierigkeit bestünde darin, die richtigen Daten zu erkennen, sowie die ganzen Berechnungen anzustellen, beides Probleme, die es auf den realen Märkten nicht gibt. Auf jeden Fall hätte der Prozeß der Annäherung an die richtigen Werte, wie Lange ihn sich vorstellte, soviel Zeit benötigt, daß er nicht mehr mit den realen wirtschaftlichen Vorgängen vereinbar wäre, was den Fortbestand und die Zunahme der Ineffizienz der Planung bestätige. Die Kritiken Hayeks erschienen so nebensächlich: die Probleme, die richtigen Daten herauszufinden und zu berechnen, hätten nach und nach mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung gelöst werden können; die zeitlichen Verzögerungen bei der Anwendung des Plans hätten erst einmal festgestellt werden müssen und wurden als wahrscheinlich geringfügig abgetan.

Dies schien also der Ausgang der Kontroverse zu sein. Auf theoretischer Ebene hatten die »Österreicher« auf ganzer Linie unrecht: eine effiziente Planung und also ein »rationeller« Sozialismus waren durchaus möglich. Diese Schlußfolgerung war um so überzeugender, da sie von einem der größten Theoretiker des Kapitalismus, der politisch felsenfest antisozialistisch und noch dazu selbst Österreicher war, akzeptiert wurde: Schumpeter. In der Wirklichkeit sahen die Planwirtschaften des realen Sozialismus dem Planungsmodell von Lange alles andere als ähnlich: diese Systeme waren, unter der Dringlichkeit einer Notsituation und politischem Druck, ohne klare theoretische Bezugspunkte zusammengeschustert worden. Die Wirtschaftsvorgänge wurden fast alle vom Zentrum aus durch allgemeine, branchenbezogene und betriebliche Jahrespläne gelenkt, die mittels einer Buchhaltung ausgearbeitet wurden, die eine effiziente Auswahl von Produktionsmethoden unmöglich machte. So unterließ man es völig, sparsam mit den Ressourcen umzugehen, was eine intensive, mit hoher Produktivität verbundene, Entwicklung hätte in Gang bringen können. Es war sozusagen ein System, das mit der größtmöglichen Anstrengung versuchte, das höchstmögliche Resultat zu erreichen. Aber einer Rationalisierung des Systems stand nichts im Wege, und so hätten die Sachzwänge die Planungsleiter unweigerlich zu jener Simulation

des Marktes gebracht, die in Planungsmodellen der dreißiger Jahre schon vorausgesehen worden war.

2. Plan und Markt: zweite Halbzeit

Von heute aus gesehen erscheint eine derartige Darstellung jener Diskussion äußerst unzureichend[3]. Die Argumentation von Hayek war viel scharfsinniger, und in gewisser Weise auch viel weitsichtiger, als man zunächst angenommen hatte. Hayek stellte aus zwei verschiedenen Gründen die Möglichkeit in Frage, daß eine sozialistische Wirtschaft, mit Staatsbesitz an den Produktionsmitteln und zentralisierter Planung, die gleiche Leistungsfähigkeit wie Marktkapitalismus mit Privateigentum erreichen könne. Der erste Grund war die starke individuelle Motivation zum sparsamen Umgang mit den Ressourcen im kapitalistischen Gesellschaftssystem, in dem die Triebfeder der privaten Aneignung des Profits voll ins Spiel kommt – eben diese Triebfeder muß aber in einem echten Sozialismus aus Prinzip bekämpft werden. Der zweite Grund, der mit dem vorigen zusammenhängt, ist, daß in einem wirklichen Markt, im Gegensatz zu einem simulierten, dank der Dezentralisation der Entscheidungsträger die höchstmögliche Zahl von Informationen geschaffen und verteilt wird. Das erste Argument erinnert an die »unsichtbare Hand« bei Smith: aus der anthropologischen Annahme eines unveränderlichen »Egoismus« der Individuen folgen die einzelnen ihrem reinen Eigeninteresse, arbeiten dabei jedoch gleichzeitig ohne es zu wollen im Interesse des allgemeinen Wohlergehens. Das zweite Argument hat nichts zu tun mit der rechnerischen Schwierigkeit, eine Unmenge von Informationen zusammenzubringen, sondern vielmehr mit der Vorstellung, daß jeder selbst am besten weiß, was er braucht und daß er auf jeden Fall daran interessiert ist, neue Informationen zu schaffen, um seinen eigenen Vorteil zu erreichen. Eine »egalitäre« Gesinnung, ganz abgesehen vom politischen Druck, der notwendig ist, um in der »Übergangsphase« die menschliche Natur von einer individualistischen in eine gemeinschaftliche zu verwandeln, hat den Nachteil, daß sie Unterschieden in den Verhaltensweisen und in den Informationen, die die einzelnen über ihre Bedürfnisse vermitteln, keinen Raum gibt und also auch schon allein aus diesem Grund wirtschaftliche Entscheidungen unmöglich macht. Außerdem wird das Planungszentrum nicht nur Schwierigkeiten bei der Informationssammlung haben, sondern auch keinen Anreiz haben, von selbst neue, noch nicht zur Verfügung stehende Informationen zu suchen. Der unsichere und unvollständige Charakter der Informationen ist also ein unüberwindbares Hindernis für eine rationelle Planung, während diese in einem freien Markt gerade die größte Stärke darstellt.[4]

Die Bedeutung der von Hayek gestellten Fragen – die nicht nur in seinen Beiträgen in der Polemik um die Planung, sondern auch in scheinbar trockeneren Artikeln zur Theorie der Information und zu den Grenzen des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts enthalten sind – ist in den letzten Jahrzehnten immer mehr anerkannt worden. Auch die Schule der »Reformer« in den Ökonomien des Ostens, die eine dezentralisierte Planung befürworteten, die Plan und Markt kombinieren sollte, hat versucht, eine Synthese aus dem Marktsozialismus von Lange und den Positionen von Hayek zu bilden, die in die Notwendigkeit umgesetzt wurden, materielle Anreize für eine leistungsstärkere Arbeitsteilung in den Produktionseinheiten und eine vollständigere Informationsübertragung von diesen zum Zentrum zu schaffen. Das ist teilweise, vor allem in Ungarn, seit den sechziger Jahren geschehen. Damit hat man aber die Zerstörungskraft der Kritik Hayeks nicht verstanden: es mag zwar gelingen,

die Manager der sozialistischen Unternehmen dazu zu bringen, sich wie Privatunternehmer zu verhalten und die Informationsverbindung mit dem Zentrum wirklich effizient zum Funktionieren zu bringen, doch würden die gleichen Resultate wie in einer freien Marktwirtschaft erreicht durch materielle Anreize – und schon allein aus diesem Grund zu höheren Kosten als durch die Vermittlung des Marktes. Und welchen Abstand hat eine derartige »sozialistische« Wirtschaft, die die produktivsten Arbeiter und Manager mit Geldprämien oder Naturalien belohnt, noch von der Ethik des Gewinns? Da wäre doch gleich eine klare und eindeutige Rückkehr zu einer erklärtermaßen kapitalistischen Wirtschaft vorzuziehen, die man ja eventuell mit ein paar Verbesserungen ausstatten könnte. Es überrascht nicht, daß Leute wie Frank Hahn oder János Kornai zu solchen Schlußfolgerungen gekommen sind: Hahn, der wichtigste Weiterführer der jüngsten Entwicklungen zur Theorie des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts, in einem Artikel über die »ökonomischen Grenzen der Politik«; Kornai, einer der bedeutendsten ungarischen Reformer, mit seinem vor kurzem erschienenen Buch »Auf dem Weg in eine freie Wirtschaft«, das eine ganz bewußte Umkehrung von »Der Weg zur Knechtschaft« ist, in dem Hayek 1944 den unausweichlich autoritären Ausgang der unvernünftigen Versuche, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu planen, gebrandmarkt hatte. Und so sind wir bei der Schlußfolgerung für heute angelangt: in der Debatte über Planung hatte Hayek recht und Mises ist gerächt.[5]

Doch das Urteil ist verfrüht. Es lohnt sich nämlich, einige Aspekte dieser Wiederentdeckung der liberalen Argumentation hervorzuheben. Zuerst einmal enthalten die Thesen von Hayek wie auch die von Mises, wie schon angemerkt, eine explizite Kritik an der Theorie des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts. Lange hatte diesen Ansatz übernommen in der Vorstellung, daß der Kapitalismus, der inzwischen seine monopolistische Phase erreicht habe, nicht mehr im entferntesten, falls er das je getan haben sollte, die perfekte Konkurrenz darstellte, mit all den dazugehörigen optimalen Eigenschaften, die von der walrasianischen Theorie behauptet worden waren. Die Ergebnisse des perfekten Wettbewerbs könnten jedoch das Ziel der Planung sein, wenn es gelingen würde, die unvermeidliche Tendenz zur Bürokratisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens, der sich der polnische Volkswirtschaftler sehr wohl bewußt war, zu überwinden. Außerdem waren die Vernichtung von Ressourcen und die Arbeitslosigkeit, die mit dem kapitalistischen Zyklus zusammenhingen und die in den dreißiger Jahren mindestens so augenfällig waren, wie es heute der Zusammenbruch des »Kommunismus« ist, ein spürbarer Beweis für die Ineffizienz des Kapitalismus. Und schließlich konnte der Planer auch jene sozialen Kosten und Vorteile beachten, die der Unternehmer nicht in seine Berechnungen einbezieht, weil ihnen keine in Geld ausgedrückten Werte entsprechen. All diese Überlegungen behalten auch heute noch ihre Gültigkeit und können wohl kaum zu einem Lobgesang auf einen nicht näher definierten Markt führen. Aber Hayeks zweifellos richtige Vorstellung von der idealen und statischen Natur des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts führt nicht notwendigerweise dorthin, wo es sich der österreichische Volkswirt schaftler vorgestellt hatte. Das ist der springende Punkt. Im Modell von Walras werden wie auch bei Lange keine wirtschaftlichen Entscheidungen getroffen, solange man nicht ein Gleichgewicht erreicht hat. Dies ist auf den wirklichen Märkten offensichtlich unmöglich, diese sind nämlich nie im Gleichgewicht – da liegt also die rein abstrakte Natur dieses Theoriegebildes. Außerdem verlangt ein wirklich allgemeines wirtschaftliches Gleichgewicht – ein aus

mehreren Perioden bestehendes Modell des perfekten Wettbewerbs –, daß jedes Subjekt nicht nur die eigene Technologie, seine eigenen Vorzüge und die gängigen Preise kennt, sondern auch die Preise auf allen zukünftigen Märkten. Er muß also schon heute durch den Auktionator in den Besitz aller wichtigen Informationen gekommen sein. Auf den realen Märkten sind die Entscheidungsträger, also in erster Linie die Unternehmer, unentwegt auf der Suche nach Informationen, zu einem großen Teil produzieren sie sie selbst: das heißt auch, daß sich die Daten der Produktion und des Konsums fortwährend verändern. Nach Hayeks Sichtweise sind die Märkte, um einen Marxschen Terminus zu benutzen, »anarchisch«, also fortwährend außerhalb des Gleichgewichts: der Unternehmer wirkt als »harmonisierender« Faktor, der, vom »Souverän« Konsument dazu getrieben, unentwegt in Richtung Gleichgewicht drängt. Der Wettbewerb führt also durch eine unentwegte Anstrengung zur größtmöglichen technischen Leistungsfähigkeit und gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung.

Die Frage ist jedoch durchaus zulässig, ob man, wenn man das zwar sichere, aber auch unrealistische Paradigma des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts hinter sich gelassen hat, weiterhin die gewohnte Schlußfolgerung beibehalten kann, daß der Markt unbestreitbar die beste Form des sozialen und wirtschaftlichen Lebens sei. Genau dies behauptet mehr oder weniger direkt die österreichische Schule. Das sieht ganz offensichtlich nach einem ungerechtfertigten Lobgesang aus, denn die Studien Hayeks rechtfertigen noch keine derartige Schlußfolgerung, und einige Überlegungen lassen sehr daran zweifeln, daß sie je erreicht wird.

3. Plan und Kapital

Die Kritik Hayeks besagt also, daß der Markt, von dem das allgemeine wirtschaftliche Gleichgewicht und mit ihm die Befürworter des Marktsozialismus schwärmen, ein Hirngespinst ist. Wir haben von der, auch gegenüber der »bürgerlichen« Theorie, zersetzenden Kraft dieser Kritik gesprochen. Aber ist Hayeks Vorstellung von Markt tatsächlich real, entspricht sie der Wahrheit? Nachdem der österreichische Volkswirtschaftler unseren Zweifeln freien Lauf gelassen hat, indem er den Markt von einem scheinbaren Gleichgewicht befreit und in einen Ort des Ungleichgewichts verwandelt hat, an dem die äußerst kapitalistische Kraft des Unternehmers waltet, kommt die Lust auf, noch weiter vorzudringen. Man könnte sich da ja beispielsweise einem anderen österreichischen Volkswirtschaftler, einem Zeitgenossen Hayeks, dem bereits erwähnten Schumpeter zuwenden.[6]

In der Theorie der qualitativen Entwicklung Schumpeters steckt, wie bei Hayek, eine starke Betonung des Ungleichgewichts und des dynamischen Wettbewerbs. Aber die Unterschiede sind groß! Der Unternehmer ist alles andere als jemand, der durch die Beeinflussung von Angebot und Nachfrage die Wirtschaft zum Gleichgewicht treibt; er ist der Erneuerer/Innovator, der das Ungleichgewicht in einem sonst in routinemäßiger Wiederholung versunkenen System produziert: der Hang zum Gleichgewicht, der nach Meinung der »Österreicher« gerade dank der Unternehmer besteht, ist hingegen Anzeichen eines sich (vorübergehend) erschöpfenden Erneuerungsdrangs. Die Entscheidungen des Unternehmers sind zwar zweifellos durch die Triebfeder des Profits beeinflußt, keineswegs durch das Verhalten des Verbrauchers geprägt, aber auch nicht völlig autonom: Die Anzahl und die Qualität der Waren, unter denen die Verbraucher auswählen können, wenn sie ihr Geldeinkommen ausgeben, sind durch die Entscheidungen anderer bedingt und sind eher ein Zeichen der

»Souveränität« des Produzenten als des Verbrauchers, die in diesem Prozeß gar aktiv geleugnet wird. Es ist wichtig zu erkennen, daß der Wirtschaftsprozeß nicht vom Verhalten des Verbraucher abhängt, auch wenn dieser über dem Existenzminimum lebt und seinem größtmöglichen Vorteil nachgeht, denn der Spielraum der Entscheidungsfreiheit wird von anderen festgelegt: in der heutigen Wirtschaftstheorie wird dies als die Unmöglichkeit bezeichnet, eine »exogene« (also unabhängige) Konsumwahl anzunehmen. In der Soziologie nennt man dies Konsumzwang, in der politischen Theorie spricht man von der Überflußgesellschaft.

Störungen im Gleichgewicht und neue Kombinationen können auch durch das Verhalten der Banken entstehen, jener »gesellschaftlichen Buchhalter«, die Schumpeter eindeutig mit einer Art von Planungsbüro verglichen hat. Sie bestimmen durch ihre Entscheidungen, die sie eventuell mit den Unternehmern, denen sie Kredit gewähren, absprechen, die zukünftige Struktur der Wirtschaft und also auch die Umstände der Einkommensverteilung und der Arbeitsbedingungen, denen die »Haushalte« unterliegen. Wie Augusto Graziani[7] bemerkt hat, kann man, wenn es keine Souveränität des Verbrauchers gibt, den Zinssatz nicht als Preis der Ersparnisse auffassen, die vom Sparer freiwillig dem Investor zu Verfügung gestellt werden. Der Zinssatz ist also kein Ausdruck der Wahl zwischen heutigem oder morgigem Konsum (»intertemporale Präferenz«), sondern einfach der Preis des Bankkredits; seine Höhe, von der die Akkumulationsrate abhängt und auf diesem Weg die Sparquote des Einkommes, ist genauso wenig »natürlich« wie die Festlegung der Expansionsrate der Wirtschaft durch den Planer.

So kommt man zu einem ganz anderem Bild als Hayek. Es geht nicht nur um die Schlußfolgerung, die sich aus dem vorigen ergibt, daß nämlich die kapitalistische Entwicklung der Ausdruck des Willens einiger gesellschaftlicher Klassen ist, die Geld und Produktion kontrollieren, und von deren Entscheidungen die Klasse der Lohnarbeiter abhängig ist. Um zum Kern unserer Diskussion zurückzukommen: es geht darum, daß im Wettbewerb unter kapitalistischen Unternehmen eine gewisse allgemeine Planung, der Art und Größenordnung der Produktion entsprechend, unausweichlich ist. Diese Planung ist das nicht a priori feststehende Ergebnis der Verhandlungen zwischen Unternehmen und Banken, das der unternehmensinternen Planung mit dem Ziel der Profitmaximierung vorausgeht, der hingegen vom Wettbewerb auf dem Markt »aufgezwungen« ist; auch dieser Wettbewerb erscheint uns jetzt viel weniger »rein«, sondern von Machtbeziehungen durchzogen.[8]

Diese Art von Plan, der den Markt in gewisser Weise beherrscht und leitet, und ohne den es – das sei hier unterstrichen – keinen »Fortschritt« und keine echte wirtschaftliche »Entwicklung« gäbe, eben dieser Plan bestimmt auch Kommandohierarchien zwischen den Kapitalen: diese bestehen aus einer asymmetrischen Beziehung zwischen »Subjekten« (wenn man unbedingt den Begriff »gesellschaftliche Klassen« vermeiden will), die auch bestimmt, wer plant und in welchem Rahmen er plant. Die Agenten dieses Plans, die Banken, handeln zugunsten der Entwicklung nur insofern sie den Privatbesitz *negieren*, indem sie den Erneuerern Zutritt zu den Produktions»faktoren« verschaffen, die diesen aufgrund der bestehenden Verteilung der Ressourcen und Einkommen nicht zustehen würden. Der Wettbewerb/die Konkurrenz ist kein Mittel der Selektion im Prozeß der gesellschaftlichen *Evolution*, er ist vielmehr ein Prozeß der schöpferischen *Zerstörung*, in der die Preiskonkurrenz an den Rand gedrängt wird und durch die Suche nach Vorteilen mittels technischen oder organisatorischen Innovationen des Produk-

tionsprozesses oder mittels der Produktinnovation ersetzt wird. Schumpeter beschreibt den Unterschied dieser Art von Wettbewerb zum harmlosen Wettbewerb der traditionellen Markttheorie mit einem militärischen Vergleich: die erstere sei so viel wirkungsvoller als die zweite, »wie ein Bombardement gegenüber einem Einbruchsversuch«.

In der Terminologie von Marx könnte man sagen, daß hier die Betonung nicht auf der Anarchie des Marktes liegt, nach der das wirtschaftliche Gleichgewicht ein Zufall ist, sondern sondern auf der kapitalistischen und ununterbrochenen Umwälzung der Produktionsweise. Sie ist der Ursprung jener den »economies of scale« innewohnenden Tendenz, die auf den produzierten Reichtum eine weit größere Auswirkung hat als die Vorteile, die aus einer »optimalen« Verteilung der Ressourcen herrühren: wachsende Skalenerträge, die angesichts der Notwendigkeit der »monetären Ergänzung« der Erneuerung wenig zu tun haben mit den Automatismen eines nicht regulierten Marktes. Auf einem anderen Weg kommt man zur selben Schlußfolgerung: man kann beweisen daß, angesichts einer gegebenen Produktionsstruktur, die – wie wir gesehen haben – wenigstens teilweise das Ergebnis der vorherigen Entscheidungen der Banken und Unternehmen ist, es mehrere mögliche Gleichgewichtszustände (der Reproduktion, oder auch von Angebot und Nachfrage) gibt, und daß also die zukünftige Entwicklung wiederum im weitesten Sinn politische Entscheidungen erfordert – was nicht nur der traditionellen walrasianischen Theorie widerspricht, sondern auch dem *Laisser- faire*-Ansatz von Hayek.

Sicherlich gibt es bei Marx im Gegensatz zu Schumpeter eine Art materialistische Umkehrung der Ursachen der Entwicklung. Bei Schumpeter entspringt die Entwicklung schlußendlich dem kreativen Geist des Unternehmers[9], der neue Kombinationen der Produktionsfaktoren ausprobiert, während bei Marx die Innovationen die Folge der unausweichlich antagonistischen Natur der Klassenbeziehungen im Produktionsprozeß, als Mittel des Verwertungsprozesses, sind. Das Kapital muß, in jeder seiner Phasen, den potentiellen oder realen gesellschaftlichen Konflikt überwinden, welcher im Umstand steckt, daß die Arbeitskraft nicht unmittelbar Arbeit und daß die Arbeit keine Ware ist. Anders gesagt muß das Unternehmen beachten, daß die gesellschaftlich gesicherte Reproduktion einer gewissen Anzahl von Arbeitern an sich noch nicht bedeutet, daß die entsprechende Arbeit tatsächlich geleistet wird. Die Innovation ist eben das Mittel, mit dem man dem möglichen Widerstand der Arbeiter gegen ihre Reduzierung auf variables Kapital zuvorkommt oder auf diesen reagiert. Dieser Widerstand ist umso wirkungsvoller, je mehr er sich nicht in Forderungen um Lohnerhöhungen äußert, sondern in Forderungen nach anderen Arbeitsbedingungen, und er ist oft Träger von solidarischen Werten innerhalb der Arbeitergemeinschaft und der Ablehnung jeglicher Identität mit der Kapitalistenklasse. Insoweit der Arbeiterkampf auf die Verwertungsbedingungen einwirkt und zum »Konkurs« des Unternehmens führt, ist er Bedingung der Krise; insoweit gegen ihn technische und organisatorische Veränderungen vorgenommen werden, ist er hingegen entscheidende Ursache der Entwicklung. Bei Marx verdankt sich der wirtschaftliche Fortschritt also genausoviel – wenn nicht mehr – jenen, die, obwohl von innen, gegen den Kapitalismus kämpfen, als der doch wesentlichen Konkurrenz zwischen den Unternehmen.

Die Bezugnahme auf Marx ist auch aus anderen Gründen passend. Wie wir gesehen haben, führt die Kritik der sowjetischen Planwirtschaft und des Marktsozialismus nicht zu einer sozusagen stürmischen Aufwertung des Marktes, wie es inzwischen im Osten noch mehr

als im Westen Mode ist. Die bisher aufgezählten Argumente führen schon zu dem Schluß, daß diejenigen, die glauben – und das sind nicht wenige –, es reiche aus, die Planung so schnell wie möglich abzuschaffen, um dem wilden Geist des Kapitalismus Platz zu schaffen, eine falsche Vorstellung von diesem haben, und daß ihnen ein übles Erwachen bevorsteht. Eine weniger oberflächliche Interpretation von Marx als die heute geläufige ermöglicht es uns, die Analyse des Kapitalismus und auch der Gesellschaften des Ostens, des »Realsozialismus« und »Kommunismus« zu vertiefen. Die Definitionen von Kapitalismus und Sozialismus, die in der Debatte »Plan gegen Markt« von allen – Schumpeter inbegriffen –, benutzt wurden, waren nämlich irreführend vereinfachend und zweifellos falsch: Kapitalismus war das Privateigentum an Produktionsmitteln plus *Laisser faire*; Sozialismus und Kommunismus waren dementsprechend Staatseigentum an Produktionsmitteln plus Planung.

Wir haben schon über die Verwechslungen bei der Gleichsetzung von Kapitalismus und »freiem« Markt gesprochen, doch diese Fehler gehen noch viel weiter. Nach Marx besteht das Unterscheidungsmerkmal des Kapitalismus sicher nicht im Privateigentum an sich, sondern in der Trennung des Arbeiters von der Arbeit, als Konsequenz des Fehlens von Besitz und Kontrolle über die Produktionsweise. Das Unterscheidungsmerkmal des Lohnarbeiters ist, daß seine Arbeitszeit für eine bestimmte Zeit anderen zu Verfügung steht, und zwar nach einem Wissensstand und Leistungsbedingungen, die ihm von außen aufgezwungen sind: das ist, bei Licht besehen, die genaueste Definition der Ausbeutung, über die wir bis heute verfügen. Dieses Merkmal ist offensichtlich auch den Ländern des Realsozialismus, welche also in diesem grundlegenden Aspekt kapitalistisch, staatskapitalistisch, geblieben sind. In dieser Hinsicht ist es absolut nebensächlich, ob der Besitz in den Händen von Unternehmern oder eines ebenso fremden Staates ist, ob der Betrieb von privaten Managern oder von Parteibürokraten geleitet wird, ob die Entscheidungen über den Markt vermittelt oder von einem Planungsorgan gefällt werden. Man muß höchstens anmerken, daß die von oben gelenkte Einteilung der Arbeit, indem sie die individuelle Freiheit in der Stellenwahl einschränkt, dazu tendiert, das System in einen vorkapitalistischen, noch untertänigeren, Zustand zurückzuvesetzen, wenigstens insoweit der Arbeiter direkt als Teil der Produktionsmittel und als von diesen nicht unterscheidbar angesehen wird. Der Widerstand gegen derartige Arbeitsbedingungen hat vor allem dazu geführt, dieser politischen Struktur, die auf irgendeine Weise eine Arbeiterzentralität in der Gesellschaft rechtfertigen mußte und die zumindest das Ziel der Vollbeschäftigung erreichen mußte, Vorteile abzugewinnen. Das hieß vor allem – nach den Phasen des Neuanfangs und des Krieges oder der extremen politischen Unterdrückung –, diese Situation im Sinne einer niedrigen Arbeitsproduktivität auszunutzen.

Daß die Vorstellungen von Marx über den Kommunismus nie mit sowjetischer Kommandowirtschaft oder dezentralisierter Planung gleichgesetzt werden können, läßt sich an seiner positiven Formulierung des Kommunismus beweisen, in deren Mittelpunkt die gesellschaftliche Kontrolle der Produzenten über ihre Lebensbedingungen steht. Also sicher etwas ganz anderes als die Veränderung der Eigentumsrechte; aber auch eine Vorstellung, die – man erlaube mir dieses Paradox – dem Liberalen Hayek sehr viel näher steht als der geläufigen marxistisch-leninistischen Doktrin, denn in Kohärenz mit den Ideen von Marx kann man unter Kommunismus nur *die Dispersion der Macht* verstehen.[10]

Sich auf *diesen* Marx zu beziehen, heißt gegen das Primat der Ökonomie zu kämpfen, was auf unterschiedliche Weise schlußendlich die Vorstellungen vieler Liberaler und vieler Kommunisten zusammenführt, und heißt, an dessen Stelle eine Kritik am Vorrang der Produktion vorzuschlagen, welche nicht nur mit der zentralistischen, sondern auch der industrialistischen Tradition der Arbeiterbewegung bricht.

Die These, nach der der Realsozialismus ein Staatskapitalismus gewesen ist, ist – das muß hier klar sein – in einer dem Anspruch nach an Marx angelehnten Analyse der »sozialistischen« Gesellschaften notwendig aber nicht hinreichend: sie muß mit klaren Begriffen arbeiten. Zwar ist die Planung mit der kapitalistischen Natur des Produktionsprozesses vereinbar, doch hat das Fehlen eines Marktes als Ort des dynamischen Wettbewerbs zwischen den Unternehmen im oben ausgeführten Sinn, diesem System einen für den Kapitalismus wesentlichen Bestandteil genommen, der für das schnelle Wachstum der Produktion von Reichtum verantwortlich ist. So erklärt sich, warum es den Realsozialismen nicht nur an einer Verteilungs-»Rationalität« auf den Märkten fehlte, sondern auch immer mehr ihre Grenzen bei der bei ihnen scheinbar so vorteilhaften Maximisierung des Wachstumsprozesses aufwiesen – womit sie praktisch die Position von Autoren wie Maurice Dobb widerlegten, welche die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaften gegenüber den kapitalistischen vertraten, weil erstere die Möglichkeit hätten, die Probleme des Kapitalismus bei der Koordinierung der Investitionen zu überwinden, welche den Investor angesichts des Marktrisikos dazu zwingen, seinen zeitlichen Planungs-Horizont zu verkürzen.

Ich glaube, daß man nun erste Interpretationen machen kann, um die Fakten etwas zu ordnen und einige politische Schlußfolgerungen ziehen kann, um auch die Gefühle in Ordnung zu bringen.

Sehen wir uns zuerst mal die Fakten an. Die zentrale Planung war in den dreißiger und vierziger Jahren in der UdSSR auf ihre Weise erfolgreich, weil sie sich ein einziges und begrenztes Ziel setzte – es gab also sozusagen gar kein Auswahl-Problem. Das »Ziel« des Plans war im wesentlichen die Schaffung einer Schwerindustrie, und es wurde durch extensive Methoden in einem an Rohstoffen und Arbeitskraft reichen Land erreicht – dank diesem Überschuß an Ressourcen richtete die geringe Fähigkeit, sparsam mit den »Mitteln« umzugehen, keinen vernichtenden Schaden an. Als es dann darum ging, zu einer gleichzeitig verbreiteteren und intensiveren Akkumulation überzugehen, bei der es notwendig wurde, unter verschiedenen Zielen auszuwählen und gleichzeitig den passiven Konsens durch eine Verbesserung des in der ersten Phase gesunkenen Lebensstandards zu erhöhen – also die Bedürfnisse der Verbraucher in einem weiter entwickelten Markt zu befriedigen –, da zeigte das System seine Grenzen: die Schwierigkeiten wurden durch den sozialen und politischen Widerstand gegen die Aufhebung der für die niedrige Arbeiterproduktivität verantwortlichen Bedingungen noch verschlimmert.

So gesehen hat das durch Reagan entfesselte Wettrüsten dem System zwar den Gnadenstoß gegeben, doch die Ursachen der Krise liegen zeitlich viel weiter zurück, und für ihre Beschleunigung ist wahrscheinlich die technologische Revolution im Westen verantwortlich, denn durch sie wurde offenbar, daß der Osten nicht mit dem Qualitätssprung des Westens mithalten konnte. Marktgesellschaft und Plangesellschaft hatten parallel das Zeitalter des Fordismus und des Wohlfahrtsstaats erlebt, wobei das Fließband und der »soziale« Eingriff des Staates einer zentralisierten Planung entsprachen, welche ebenfalls einige

Ziele erreicht hatte: ab den siebziger Jahren veränderten die Flexibilität durch Informatisierung und die Rolle des Staates bei der Restrukturierung auf Weltebene das Bild auf der einen Seite des Vorhangs, während auf der anderen Seite nichts entsprechendes passierte. Dieser geschichtlichen Begrenztheit entspricht eine theoretische, die schon seit einiger Zeit bekannt war: Die »sozialistische« Planung war als Reproduktion des Kapitals außerhalb des Kapitals gedacht worden, und deshalb konnte sie sich nur als widersprüchlich erweisen, um schlußendlich von diesem Widerspruch in die Krise gebracht zu werden.
Man tut nicht gut daran, irgendeine klar politische Konsequenz der bisherigen Abhandlung zu verschweigen. Der Plan hat im Osten zu einem Staatskapitalismus geführt, wenn nicht gar zu einem Rückfall in vorkapitalistische Gesellschaftsformen, wobei es nicht nur an »formellen« Freiheiten, sondern auch an einem Wachstum des materiellen Wohlstands fehlte. Man hat sich darauf beschränkt, das Kommando des Kapitals durch die Willkür des Plans zu ersetzen. Es überrascht also nicht, daß die Realsozialismen nicht nur weniger effizient, sondern auch weniger angenehm waren, und so einen regelrechten gesellschaftlichen Zusammenbruch erlebt haben – auch wenn als Aktiva auf dem Schuldenkonto der »Realsozialismen« die Vollbeschäftigung und das Vorhandensein einiger sozialer Dienstleistungen verbucht wurden, von denen man wohl glaubte, daß sie ewig bestehen bleiben würden. Wenn man den Zusammenbruch des Ostens in diesem Rahmen sieht, so hat er nichts mit dem Niedergang des Kommunismus zu tun: dieser hat, wenn überhaupt, Ende der zwanziger Jahre stattgefunden. Deshalb teile ich nicht die Trauer um das Ende der Sowjetunion – was jedoch nicht heißt, daß die damit entstandenen Probleme nicht dramatisch wären. Sonst würde auch die Kritik »von links«, die im Marxismus der dreißiger und vierziger Jahre geübt wurde, keine Erklärung finden. Sonst wäre auch jene verbreitete Haltung nicht zu erklären, mit der man sich zumindest seit den sechziger Jahren als Kommunist bezeichnen konnte, weil man wußte und sagte, daß die Gesellschaften im Osten nichts mit dem Kommunismus zu tun haben; denn wenn das der Kommunismus wäre, dann wären »wir« Antikommunisten.
Damit öffnet der Zusammenbruch des Ostens jedoch eine alte Wunde: es reicht nicht mehr, sich auf die Behauptung zu beschränken, der eigene Kommunismus sei anders als der im Osten. Da nun das Vergleichsobjekt fehlt, als dessen Gegensatz man sich definieren konnte, müssen diejenigen, die sich innerhalb und gleichzeitig gegen diese Produktions- und Lebensweise bewegen, langsam sagen, wie ein Alternativmodell aussehen kann, falls es überhaupt eins gibt, wenigstens für unsere Enkelkinder.

4. Kapital und Demokratie

Dieser schon viel zu lange Diskurs hat mich zu zwei sehr einfachen Thesen gebracht: der Plan war eine abgeleitete Form des Kapitalismus; umgekehrt ist der Markt, wenn er kapitalistischer Markt ist, nicht einfach das Gegenteil von Plan, sondern er lebt mit ihm in einer instabilen Dialektik, die für ihn eine Quelle von Entwicklung ist. Wir haben unser Augenmerk folglich von der Planung auf eine Analyse des Kapitalismus verschoben. Da letzterer der gesellschaftliche Horizont zu sein scheint, dem wir uns alle werden unterwerfen müssen – wenn nicht bis ans Ende aller Tage, dann zumindest für eine ganze Weile – sollten wir einen Blick auf das werfen, was uns die heutige Wirklichkeit eingibt. Zuerst sollten wir eine Frage angehen, die leider fast alle für überholt halten: die für reziprok und sich gegenseitig notwendig bedingend gehaltene Beziehung zwischen Kapital und Demokratie.

Auch in diesem Fall ist es nützlich, die Anregung von Hayek aufzugreifen. In »Der Weg zur Knechtschaft« – das ich angesichts der auf die liberale Theorie folgenden Ereignisse neu gelesen habe – wird behauptet, daß die Errichtung eines autoritären Regimes als politische Entsprechung notwendig wurde, weil eine »rationale Planung« unmöglich und Versuche, den Markt am grünen Tisch zu mimen, illusorisch waren. Im Kapitalismus ist der Individualismus des Eigentümers die Kehrseite der Vorherrschaft eines Systems von »negativer« Freiheit, in dem die Subjekte keinerlei Handlungszwängen oder -interferenzen unterliegen: deshalb sind der Staatsmacht präzise und zwingende Grenzen gezogen. Der Markt sichert durch die Konkurrenz, verstanden als Verfahren der Offenlegung, daß die Privatinteressen der einzelnen Individuen Raum lassen für eine Effizienz im Bereich der Ressourcenallokation und eine Maximierung des Wachstums. Ist jedoch das Eigentum staatlich und der Markt gehemmt, bedarf es einer Regulierung der ökonomischen Aktivität »von oben«: letztere ist nicht nur ineffektiv, sondern auch freiheitswidrig, denn sie entspricht einer gefährlichen Machtkonzentration, die unvermeidlich die Bürokratie am Kommando dazu bringen wird, jegliche Kontrolle »von unten« zu beschneiden.

Wir haben bereits gegen diese streng ökonomische Herangehensweise Einwände vorgebracht; und wir haben auch vorab signalisiert, daß wir auch eine politische Kritik an den Regimes des realen Sozialismus haben. In dieser Diskussion geht es darum, ob in den kapitalistischen Gesellschaften tatsächlich diese beiden mutmaßlichen und miteinander verbundenen Teufelskreise wirksam sind: der zwischen Freiheit und Kapital und der zwischen Markt und Demokratie. Fangen wir beim ersten an, der Verträglichkeit und gegenseitigen Befruchtung von Freiheit und Kapital. Wie bekannt, ist die negative Freiheit nur eine der beiden Annahmen von Freiheit nach Isaiah Berlin (aber schon vorher auch nach Guido de Ruggiero).[11] Nicht weniger wichtig ist die »positive« Freiheit, d.h. was eine Person in der Lage ist zu machen oder zu erhalten: sie ist umso größer, um so mehr das Individuum Herr seiner selbst, autonom ist. Wie sieht die Bilanz der kapitalistischen Gesellschaft aus, wenn wir beide Definitionen von Freiheit in Betracht ziehen? Sehen wir uns die Situation des Lohnarbeiters an, wie sie sich bis heute dargestellt hat, und zwar von beiden Sichtweisen aus: vom Warenerwerb – als Verbraucher – und von der Arbeitstätigkeit – als Arbeiter im eigentlichen Sinne.

Vom Warenkonsum her stimmt es vielleicht, daß der Lohnarbeiter als einzelner zwischen den verschiedenen Gütern wählen kann, die er auf dem Markt findet; wie wir aber gesehen haben, stimmt dies nicht aus der Sicht der Klasse, deren Konsum real von anderen Subjekten bestimmt wird, den Unternehmen und den Banken. Ein Gegeneinwand besagt, daß so wenig wie der Arbeiter frei ist im Konsum, so wenig der Unternehmer frei ist in seinen Investitionen, denn die werden ihm vom Markt mittels der Konkurrenz zwangsweise auferlegt. Dieser Einwand mag zwar plausibel sein, was den einzelnen Unternehmer betrifft, aber keineswegs, wenn man die Klasse der Unternehmer betrachtet, die in ihren Entscheidungen vom Bankkapital unterstützt wird. Unter diesem Blickwinkel betrachtet sind die Entscheidungen der Konsumenten abhängig vom Einkommen, das sie erhalten, und letztlich von den Entscheidungen der kapitalistischen Klasse in ihrer Gesamtheit, so daß die Arbeiter im doppelten Sinne des Wortes »unterworfen« bzw. »Subjekt« (Wortspiel:»soggetti«) sind, als Individuen sind sie juristisch frei, aber gleichzeitig vom Wesen her abhänging. Umgekehrt ist der Unternehmenssektor zusammen mit dem Bankensektor in der Lage, sowohl die Struktur der Akkumulation, d.h. der

Güter, die er als Privateigentum erhält, als auch die Struktur des Konsums zu bestimmen.

Gleichfalls interessant ist es, die Freiheit des Arbeiters als solchem zu betrachten. Schon Marx legte seiner Analyse des Kapitalismus eine Tatsache zugrunde, die man schwerlich leugnen kann: der Arbeiter als Individuum kann sich vielleicht aussuchen, bei welchem Unternehmer er arbeiten geht, aber als Klasse hat er sicher nicht die Möglichkeit, aus der Bedingung Lohnarbeit herauszutreten. Mit anderen Worten: für die Gesamtheit der Arbeiter ist die Alternative, die einzelne von ihnen erreichen können, nämlich Selbständige oder Unternehmer zu werden, unmöglich. Die »bürgerliche« und liberale Theorie baut auf der Hypothese auf, daß die einzelnen Subjekte immer die freie Wahl haben zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Figuren: daß sie Lohnabhängige oder Unternehmer, Kleinsparer oder Kuponschneider werden können. Entscheidungen, die umkehrbar sind und sich nicht notwendigerweise gegenseitig ausschließen. Im Gegenteil, wir entdecken jetzt, daß der wohlverdiente Schutz der »negativen« Freiheit – wenn er sich zur Verteidigung des Privateigentums und der Spaltung des Kapitalismus in Klassen gesellt – unvermeidlich eine Hierarchie der »Freiheit« der Individuen zementiert, den Inhalt der »Entscheidungs«freiheit der Arbeiter entleert und aktiv ihre »positive« Freiheit verhindert, indem er sie immer abhängiger und unterschiedlicher macht. Es ist ein komischer Liberalismus, der sich bei einer genaueren Betrachtung so radikal zerlegen läßt; und es ist eine komische Linke, – wenigstens in meinen Augen –, die auf die Fahne der Freiheit als Autonomie verzichtet, eine Fahne, die ihr wie keine andere gehört.

Nicht weniger gegen den Strom sind die Schlußfolgerungen, zu denen wir bezüglich des Verhältnisses zwischen Markt und Demokratie gelangen können. Zu Recht hat Amartya Sen[12] beobachtet, daß man die beiden Begriffe nicht auf dieselbe Ebene stellen kann, weil der zweite von seiner Natur ein Grundwert ist, während der erste eine instrumentelle Rolle spielt. Es ist widersprüchlich, schreibt er, für die Demokratie zu sein, also die Wahl der Institutionen durch das Volk, und gleichzeitig den Markt für ewig und indiskutabel anzusehen und die Möglichkeit, den Gebrauch des Marktes teilweise oder vollständig abzuschaffen, von der Wahl auszuschließen. Es gibt also eine Hierarchie zwischen Demokratie und Markt, aber sie verläuft genau entgegengesetzt zu dem, was gemeinhin behauptet wird. Darüber hinaus gibt es einen prinzipiellen Gegensatz zwischen beiden in dem Maße, in dem – wie wir selbst es schon bei der Diskussion des Freiheitsbegriffs gesagt haben – der kapitalistische Markt – es ist leicht nachzuweisen, daß es keinen verallgemeinerten Markt gibt, der nicht kapitalistisch ist – Ungleichheit zwischen den Subjekten voraussetzt und zwar noch eher bezüglich der Macht als materiell. Ich glaube, daß diese Thesen von Sen noch verstärkt werden müssen. Wenn wirklich die Ungleichheit auf der ökonomischen Ebene ein Hindernis ist für die Umgestaltung der »formalen« Demokratie – also juristisch die (unverzichtbar) gleichen Rechtstitel – in »substantielle« Demokratie – also gleiche politische Macht – ist, wird der Optimismus infrage gestellt, mit dem sich Sen die mögliche Benutzung des Marktes als Instrument vorstellt: weil diesem Instrument – gerade weil es untrennbar mit dem Kapital verbunden ist – eigen ist, keinen anderen Zweck/Ziel als sich selbst zuzulassen.

Da die bestehenden Planwirtschaften gescheitert sind und alternative Modelle fehlen, wirft diese Behauptung theoretische und praktische Probleme auf, die nicht – ich sage jetzt nicht: gelöst, sondern nicht einmal – gestellt werden können, und es wäre wohl töricht zu ver-

suchen, den Diskurs einfach zu »beenden«. Es scheint nur die folgende Alternative übrig zu bleiben. Entweder versuchen wir, im Binom Markt-Demokratie eine notwendige Kohärenz zu sehen; diese Perspektive ist aber nicht idyllisch, sondern »tragisch«, denn sie bedeutet die offene Anerkennung der Ausbeutung, welche die vom Kommunismus – und besonders von unserer Art – Konvertierten bereitwillig zugeben. Sie erkennen voll an, daß die Freiheit eingeschränkt ist, die der kohärenten Entwicklung der Marktbeziehungen in einer kapitalistischen Organisation der Produktion und der Gesellschaft innewohnt. Sie halten dies für das »kleinere Übel« gegenüber dem entfalteten Totalitarismus der realen Sozialismen.[13] Wir können aber auch im Widerspruch zwischen Markt und Demokratie eine Antinomie sehen, die sich beim gegenwärtigen Stand der Dinge nicht auflösen läßt. Wir halten sie offen und versuchen keine unmögliche Versöhnung zwischen beiden, wenn überhaupt, halten wir die Opposition dazu am Leben und weiten sie aus. Wir geben also zu, daß der Markt nicht (unmittelbar) vereinbar ist mit der Demokratie, daß es jedoch noch nicht klar ist, welche Wirtschaftsweise den Kapitalismus ersetzen soll.

Wir ziehen daraus jedenfalls den Schluß, daß Kapitalismus und Demokratie – weit davon entfernt, synonym zu sein – antagonistisch zueinander sind. Zum selben Ergebnis, aber mit einer wichtigen Qualifikation, kann man auch über eine Betrachtung der geplanten Gesellschaften kommen. Es ist gesagt worden, daß ihre Basis kapitalistisch ist, weil sie auf der Heteronomie der Arbeit gründen; oder – wie Marx sich auszudrücken pflegte – auf der Spaltung zwischen individueller und gesellschaftlicher Arbeit: eine Heteronomie, die so weit gehen kann, daß sie die Arbeit als objektive Produktionsbedingung behandelt. Dies ist eine natürliche Tendenz des Kapitalismus als kreislaufförmigem Produktionsprozeß, wo das Kapital danach trachtet, sich die Arbeit(skraft) als eigenen Teil einzuverleiben. Diesen Punkt hat zu Recht Claudio Napoleoni nachdrücklich betont und daraus eine vollkommene Unversöhnlichkeit zwischen »reinem« Kapital und Demokratie abgeleitet.[14]

Von unserem Gedankengang her kommen wir zu einer etwas anderen These, die jedoch an einem wesentlichen Punkt an der Position von Napoleoni festhält. Die undemokratische Tendenz des Kapitals ist authentisch und sie entfaltet sich voll in der Planung sowjetischen Typs, die der verabsolutierte Ausdruck jener Kreislaufförmigkeit ist; ein weiterer Gegenbeweis sind die allzu zahlreichen kapitalistischen Regimes, die ohne Demokratie florieren. Richtig ist aber auch, daß es Demokratie (nur) innerhalb der kapitalistischen Welt gegeben hat, die wir zu unserer Verständigung als »westlich« bezeichnen können, und diesem Umstand müssen wir Rechnung tragen. Der Grund ist aber ganz einfach, daß die Kausalitätskette umgekehrt gelesen werden muß, als dies gewöhnlich getan wird. Es ist nicht der Kapitalismus, der die Demokratie geschaffen hat; die Demokratie ist, wenn schon, dann der bereits erwähnten Tatsache zu verdanken, daß die Arbeit sich in antagonistischer Weise bewegen kann. Sie kann also ihr Dasein als Arbeitskraft, Teil des Kapitals, nicht als natürliches Schicksal hinnehmen; sie kann auch die Identität von Leben und Arbeit ablehnen, indem sie andere Werte dagegensetzt und sich mit solidarischen und antikapitalistischen Idealen bewegt. Wir haben gesagt, daß dies nicht nur der Krise den Weg bereitet, sondern – wenn es eine »progressive« Antwort gibt – auch der Entwicklung: diese Entwicklung scheint uns nun von der Demokratie vorgezeichnet oder besser verursacht, d.h. von einer Situation, in der die »negative« Freiheit sich zu einer tatsächlichen Ausübung von »Volks«macht gesellt.

Andererseits ist in dieser – unsicheren, aber für eine gewisse Periode zweifellos realen – Verbindung zwischen Entwicklung der Demokratie und Entwicklung der Ökonomie, zwischen gesellschaftlichem und materiellem Fortschritt kein Ruhepunkt sichtbar. Die Antwort des Kapitals auf die Arbeiterkämpfe hatte immer den Charakter, denjenigen Gemeinschaften den Boden unter den Füßen wegzuziehen, die die Subjekte des Antagonismus waren; genauso wurde immer ihre Forderung nach Gleichheit und Autonomie und nach Wohlstand in quantitatives Wachstum und Markteffizienz verdreht, um sie ins gegebene System zu integrieren. Auch hier scheint jedoch eine qualitative Schwelle überschritten worden zu sein. Die Zerstörung der Welt der Arbeit und die Veränderung im Charakter der ökonomischen Entwicklung als Folge der sozialen Konflikte der sechziger und siebziger Jahre im Westen scheinen von solcher Tragweite gewesen zu sein, daß sie die nicht pathologische Übereinstimmung/Entsprechung zwischen Ökonomie und Gesellschaft unterbrachen; daß sie das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie schwer in Gefahr brachten, weil sie die Möglichkeit eines inneren sozialen Konflikts in der »fortgeschrittenen« Welt heraufbeschworen. Genau deshalb erweist sich die Frage nach einer anderen Produktionsweise – eine wie wir gesehen haben offene Problematik, die aber heute unlösbar - scheint – als dringendes Problem. Der Dramatik dieses Engpasses sollen die letzten Überlegungen gewidmet sein.

5. Gibt es einen Ausweg?

Wir schlagen den *Economist* vom 16. November auf und finden eine Beilage über die südostasiatischen Tiger.[15] Südkorea scheint wie die anderen Helden dieses neuen kapitalistischen »Wunders« auf den ersten Blick ein vorzüglicher Fall für das Studium der Wunderwerke des Kapitalismus zu sein. Sicherlich, sie glänzen nicht gerade vor Demokratie: aber es tut sich dort mühsam eine Arbeiter- (und Studenten-) bewegung zusammen und wer weiß, es wird sich etwas ändern. Sie strafen den Gemeinplatz eines gewissen Marxismus über die Unmöglichkeits des Herauskommens aus der Unterentwicklung Lüge. Der größer werdende Kuchen wird gleichmäßiger verteilt als im angelsächsischen Kapitalismus. Alles scheint sich zum Besseren zu wenden, zum größeren Ruhm des *Laisser faire*.

Aber ist es wirklich so? Wer die Beilage aufmerksam liest, findet bestätigt, was neue Untersuchungen – wie die von Alice H. Amsden oder Robert Wade[16] – schon hervorgehoben haben. Das Wirtschaftswachstum in diesen Ländern und insbesondere in Korea ist ein klares Beispiel für die ganz »sichtbare« Hand einer Marktlenkung. Wir haben es zu tun mit einer Entwicklung, die einer regelrechten staatlichen Planung unterworfen ist, zwar sicherlich das Privateigentum garantiert und ihre eigenen Handlungen und die eigenen Zuschüsse der Performance auf dem Weltmarkt untergeordnet hat, die aber rigide die Vorzugssektoren bestimmt hat und die investierbaren Ressourcen kontrolliert hat, Preis und Höhe des Kredits gesteuert hat, um die Unternehmen zu selektieren oder zu unterstützen, die interveniert hat bezüglich der Preise, indem sie die »wahren« Preise funktional zu den objektiven divergieren ließ. Die Lenkung hat solchen Erfolg gehabt, daß die Korruption der örtlichen Bürokratien kein Hindernis, sondern sogar Schmiermittel gewesen ist. Ein optimales Beispiel also für jene Komplementarität zwischen Plan und Kapital, deren Normalität wir behauptet haben: eine ähnliche Geschichte könnte man unter anderem von Japan erzählen. Der diesmal vollkommene Gegenbeweis für die Funktionalität eines gewissen Grades an Plan im Kapital sind die

Länder Lateinamerikas, die die ganzen achtziger Jahre über nicht nur von Schulden bei den amerikanischen Banken, sondern auch von jener Crème der amerikanischen Ökonomen ausgequetscht wurden, die sie das Wort »liberal« gelehrt haben, mit den für alle offen zutage tretenden Konsequenzen. Die Länder im Osten sind gewarnt.

An diesem Punkt wäre die Frage möglich, ob die Linke im Osten wie im Westen nicht, statt sich auch den Sirenen des freien Marktes zuzuwenden, beispielsweise, und sei es mit einigen Korrekturen hier und da, das südostasiatische Beispiel aufgreifen soll. Und schon erhebt man die Stimme – beispielsweise *New Left Review*[17] gegenüber dem Osten: floriert nicht vielleicht auch die »kommunistische« Wirtschaft der Südostküste Chinas? Hier muß man sich glaube ich zwei Dinge vergegenwärtigen. Das erste ist, daß die kapitalistische Entwicklung heute nur insoweit imstande ist, die Ungleichheiten in ihrem Innern zu reduzieren, insofern sie sie nach außen exportiert – wenn sie dies tun kann, was nicht immer möglich ist: China ist genau das lebende Beispiel für diesen Widerspruch: auf der einen Seite 850 Millionen Bauern, die von der im Westen so gewürdigten Politik von Deng Hsiao Ping »entlassen« wurden; die andere Seite der Medaille ist die Entwicklung in einigen urbanen Zonen. Das zweite ist, daß das kapitalistische Modell, das sich von Japan und Ostasien nach Europa und die USA auszubreitet, ein Modell eines erbarmungslosen Konkurrenzkampfes ist. Es ist gewiß möglich, daß die ArbeiterInnen die Vorteile der wirtschaftlichen Entwicklung genießen, die es mit sich bringt, insoweit sie sich zu bewußten und zustimmenden Mitgliedern des Unternehmenskörpers machen und insoweit sie eins werden mit dem Betriebsorganismus; genau darauf zielt im Grunde das alles andere als schwache Projekt der »totalen Qualität«, wenn es ernsthaft angegangen wird.

Im übrigen darf dies alles nicht verwundern. Wenn der Motor der Innovation und des Wettbewerbs nicht der Arbeiterantagonismus ist, der nun stillschweigend für tot erklärt ist von allen, kann der einzige alternative Antrieb zur Effizienz in ihrer reduzierten Bedeutung von Profitabilität nur die kommerzielle Aggressivität, die Liberalisierung der Konkurrenz sein. Aber wenn die Linke ein solches Terrain akzeptiert, das muß klar sein, bedeutet das, daß sie es akzeptiert, die Früchte der Entwicklung zu teilen um den Preis der Identifikation der »eigenen« Arbeiter mit den »nationalen« Unternehmen *gegen* die »anderen« Unternehmen, aber damit auch *gegen* die »anderen« Arbeiter. Es bedeutet, aktiv die Integration in das System und die Spaltung der Arbeiterklasse in ihrem Innern voranzutreiben.

Lassen wir den Widerspruch einer noch »national« ausgerichteten Linken mit einem sich immer »multinationaler« bewegenden Kapitalismus beiseite – ein Kapitalismus, der fähig ist, dem Wettbewerb Einhalt zu gebieten, indem er »Freihandelszonen« schafft, die in Wirklichkeit protektionistische kommerzielle Festungen sind, und zur selben Zeit den Staat benutzt für die strategische »Interaktion« auf dem Weltmarkt. Es handelt sich auf jeden Fall um eine Logik von Handels»krieg«, in dem nicht alle gewinnen können, und in dem die Armut, selbst wenn sie ins Ausland verbannt ist, zunimmt; in der die immer härteren ökonomischen Kontraste täglich Gefahr laufen, zu direkt oder indirekt richtiggehenden bewaffneten Konflikten zu werden. Eine Logik, von der man unmöglich annehmen kann, daß sie sozusagen im Vorübergehen mittels irgendeines Reformismus umgekehrt werden kann: diese Form der Entwicklung läßt keine Korrektive zu.

Unter diesen Bedingungen kann die Metapher des Krieges, mit der Schumpeter die kapitalistische Konkurrenz darstellte – dem zum Trotz, was er selbst

über den Imperialismus als Überbleibsel des Präkapitalismus geschrieben hat – ein treues Bild dessen sein, was uns erwartet. Wenn die Dinge so liegen, stellt sich die Frage nach einem Ausweg aus dieser Situation dramatisch und unmittelbar. Ich habe sicher nicht die Antwort darauf, und ich glaube, daß ihre Elemente in einer kollektiven und geduldigen Arbeit aufgebaut werden müssen, womöglich unter dem Druck einer immer gefährlicher werdenden Situation. Ich glaube aber auch, daß der Ursprung der Schwierigkeit in jenem Versuch liegt, den unmöglichen Traum des Kapitalismus zu verwirklichen: die Reduzierung der Arbeit auf eine Ware. Eine weltliche »Rettung«, die keineswegs notwendig kommt, ist aber abhängig von unseren Aktionen hier und jetzt, nur von jenem Widerstand aus kann es zu einer solchen Kondition kommen, für die wir bisher noch keinen besseren Namen gefunden haben als Kommunismus.

Anmerkungen:

Ludwig Edler von Mises, 1881-1973, amerikanischer Volkswirtschaftler österreichischer Herkunft, Vertreter der »Wiener Schule« (Grenznutzenschule). Hayek war einer seiner vielen Schüler. In den zwanziger Jahren Professor in Jena, 1940 in die USA emigriert. Wichtige Veröffentlichungen: *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*, Jena 1922; *Kritik des Interventionismus*, Jena 1929; *Human Action* (4. Aufl. 1950); *Bureaucracy* (Repr. 1969); *Im Namen des Staates oder die Gefahrungen des Kollektivismus*, Stuttgart 1978.

Friedrich August von Hayek, * 1899, einer der bekanntesten Vertreter des Neo-Liberalismus, 1974Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften; nach dem Krieg Prof. in London, Chicago und 1962-68 in Freiburg, wo er bis zu seinem Tod 1992 in der Urachstr. 27 gewohnt hat (!!). Wichtigste Veröffentlichungen: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung (1952); Entnationalisierung des Geldes; Die Verfassung der Freiheit (1971); Wissenschaft und Sozialismus (1979); Der Weg zur Knechtschaft (1944 bzw. 1981); Die Verfassung freier Menschen (1981); The Fatal Conceit (1988).

János Kornai, *1928, ungarischer Volkswirtschaftler, Professor an allen denkbaren ungarischen Universitäten und Instituten, Akadamie der Wissenschaften in Budapest, Gastprofessor in Yale, Princeton und München. Veröffentlichungen: *Anti-Äquilibrium* (1975); *Economics of Shortage* (1980); *Non-Price-Control* (1981); *The Road to a Free Economy* (Dt.: *Auf dem Weg in eine freie Wirtschaft*)(1990); *The Socialist System* (1992).

1. Außer dem Kollektiv "Altre ragioni", waren auch Norberto Bobbio, Augusto Graziani, Graziano Realfonzo und Stefano Zamagni geduldige Kritiker dieses Textes. [Bobbio ist einer der bekanntesten links-liberalen Philosophen, Graziani und Zamagni sind bekannte linke Volkswirtschaft-Professoren. D.Ü.]

2. Ein gutes Beispiel dafür ist *Il Pensiero economico del '900* (Einaudi, Torino 1963), von Claudio Napoleoni. Als Quellen für die im Text zitierte Diskussion siehe vor allem den Artikel von Mises (1920) und den von Hayek in der von Mises 1936 herausgegebenen Anthologie; die beiden Bücher von Mises: *Socialismo* (1922), Rusconi, Mailand 1990, und *L'azione umana* (1949), Utet, Torino; Lionel Robbins, *The Great Depression*, Macmillan, London 1934; Oskar Lange, *On the Economic Theory of Socialism* (1936-1937), und das Buch, das unter demselben Titel zusammen mit Fred M. Taylor 1938 (McGraw Hill, New York) veröffentlicht wurde; Abba P. Lerner, »Economic Theory an

Socialist Economy«, *Review of Economic Studies*, Oktober 1934; idem, »Statics and Dynamics in Socialist Economics«, *Review of Economic Studies*, Oktober 1938; H.D. Dickinson, »Price Formation in a Socialist Community«, *Economic Journal*, June 1933; idem, *The Economics of Socialism*, Oxford University Press, Oxford 1939; E.M.F. Durbin, »Economic Caluculus in a *Planned* Economy«, *EconomicJournal*, December 1936; Maurice Dobb, *Economic Theory and Socialism*, 1955.

3. Andere Versionen dieser Debatte, die der österreichischen Richtung zuneigen, geben: Karen I. Vaughn, »Economic Calculation unter Socialism: The Austrian Contribution«, *Economic Inquiry*, Oktober 1980, und Don Lavoie, *Rivalry and Central Plannung. The Calculation Debate Revisited*, Cambridge University Press, Cambridge 1985. (..)

4. Zu den Schriften von Hayek, in denen diese Positionen dargestellt werden, erwähne ich aus einer immensen Produktion zumindest »Economics and Knowledge«, *Economica* February 1937, »The Use of Knowledge in Society«, *American Economic Review*, September 1945; allgemeiner die ausgewählten Aufsätze in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, (1949; dt. 1952); und natürlich *The Road to Serfdom* (1944)*(dt.: Der Weg zur Knechtschaft*, 1980).

5. Frank Hahn, »On some economic limits in politics«, in John Dunn (Hrsg.), *Economic Limits to Modern Politics*, Cambridge University Press, Cambridge 1990; János Kornai, *Der Weg in eine freie Wirtschaft*, 1990.

6. Zum folgenden siehe vor allem Joseph Schumpeter, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung (1911)*, München 1926; *Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie* (1942);

7. Vgl. dazu einen Artikel, der für die ganze Argumentation in diesem Abschnitt wichtig ist: »Efficiency Criteria at the Micro and Macro Levels", in: *Rivista Internazionale di Scienze Economiche e Commerciali*, Oktober 1987.

8. Damit will ich nicht etwa behaupten – wie das beispielsweise die Quaderni Rossi taten –, daß das Kapital sich selbst planen und den Markt abschaffen könnte. Ich behaupte vielmehr, daß jenes gegenseitige Abstoßen und Anziehen der Unternehmen, das der Wettbewerb darstellt, eine besondere planende Instanz enthält, die das Ergebnis widerstreitender Entscheidungen und Kräfte ist, daß also eine Vision des reinen Kapitalismus als »nicht gesteuertem« Markt nichts als Ideologie ist.

9. Dabei sollte man nie vergessen, daß Schumpeter nie den Unternehmer idealisiert: der Unternehmer betritt die Bühne, weil er in die Bourgeoisie eintreten und Prestige erlangen will und nicht einfach, weil er »begabter« ist oder weil er es allein auf den Profit abgesehen hat. Aus denselben Gründen ist eine Interpretation Schumpeters im Sinne eines methodologischen Individualismus ebenso fragwürdig wie eine Reduktion des österreichischen Volkswirtschaftlers zum Lobsänger der kapitalistischen »Lebensweise«.

10. Schon nach diesen wenigen Seiten müßte eigentlich klar geworden sein, daß der heutige Triumph Hayeks wenig mit der angenommenen endgültigen Liquidation von Marx zu tun hat. Das neuerwachte Interesse der Volkswirtschaftler für die Themen Hayeks ist, aus inzwischen gut bekannten Gründen, vielmehr zeitgleich mit der Krise der Hegemonie der walrasianischen Theorie entstanden. Diese Krise hat auch »innere« Ursachen: die rigorose Formalisierung des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts hat gezeigt, wie hart und unwahrscheinlich die für die Stabilität notwendigen Bedingungen waren. Die ganze orthodoxe Wirtschaftstheorie ist dadurch radikal verändert und auf weniger traditionelle Wege gebracht worden: man denke nur an die Neudefinition des Gleichgewichtsbegriffs von seiten der nicht-walrasianischen Theorien, an die jüngsten Entwicklungen in der Unternehmenstheorie und der Arbeitsökonomie. Viele Themen, auf die früher die Ketzer

der Wirtschaftstheorie ein Monopol hatten – das Nebeneinanderbestehen von hierarchischen Strukturen (Unternehmen) und Märkten, die direkte und indirekte Kontrolle der Arbeitskraft, die unfreiwillige Arbeitslosigkeit, im allgemeinen die Entstehung und Veränderung von Institutionen –, werden heute innerhalb des Kreises der akademisch »anerkannten« Volkswirtschafter behandelt (eine gute Übersicht dieser neuen Entwicklungen der Theorie findet man in der Einführung von Maurizio Franzini und Marcello Messori zu ihrer Textsammlung *Impresa, istituzioni e informazione. Letture di microeconomia non tradizionale*, Clueb, Bologna 1991). Es ist aber noch nicht klar, wohin diese Versuche führen werden. Beispielsweise sind einige der Thesen, die wir bei Schumpeter gesehen haben – die Rolle des Unternehmers-Innovators, das Zusammenkommen von Planung im Unternehmen mit dem dynamischen Wettbewerb, die »Selektions«-Funktion des Bankensystems – in jüngster Zeit aufgenommen worden; die ersten zwei von Industrie-Ökonomen, die am Thema »Markt und Hierarchie« arbeiten, das letztere von einigen Vertretern der »Neokeynesianer« in den USA. Einige Einschränkungen werden jedoch deutlich. Zuallererst eine fehlende Synthese von Fragen, die bei Schumpeter nicht voneinander getrennt werden können, während sie nun als getrennte Unterdisziplinen dargestellt werden, deren Schlußfolgerungen im Moment nur nebeneinander gestellt werden können: das »richtige« (kapitalistische) Funktionieren des Marktes setzt nicht nur eine Planung innerhalb des Unternehmen voraus, wie es die neue Industrieökonomie unterstreicht, sondern auch eine externe Planung, wie sie die Theorie der Kreditrationierung annimmt. Außerdem hebt keine der beiden Schulen in ausreichendem Maß hervor, daß die Akkumulation, in ihrer Entwicklung und ihren Resultaten, stark vom Klassenkonflikt abhängig ist, welcher unabhängig vom Markt stattfindet und über diesen hinausgeht. Und schließlich scheinen diese neuen Ansätze vor allem noch zu sehr zu einer Interpretation der Hierarchie, der Banken und des sozialen Konflikts als Versagen des Marktes zu tendieren, während die Vorstellung des »perfekten« Marktes als unersetzlicher logischer Bezugspunkt bestehen bleibt; im Gegensatz dazu enthält der Schumpetersche (und Marxsche) Ansatz eine andere und viel weitergehende Sichtweise des »normalen« Funktionieren des Marktes.

Es versteht sich von selbst, daß in den heutigen Texten bekannter linker Volkswirtschaftler, die da eigentlich gut Bescheid wissen müßten, die Idee vertreten wird, die Wurzeln der Planwirtschaft seien im Utopismus von Marx zusuchen, in seinem Vertrauen in die Möglichkeit, der Mensch könne auf der Erde eine bessere Welt aufbauen; gleichzeitig verschweigen sie die tiefen Risse in der walrasianischen Theorie. So kommen sie dann zum guten Rat, ganz einfach Hayeks Vision des Marktes zu übernehmen und diesen mit etwas »Solidarität« abzurunden, ein schwacher Hinweis auf soziale Gerechtigkeit in keynesianischer Soße, mit der sich der (ex-)radical Volkswirtschaftler so sehr angefreundet hat. Dieser Vorschlag ist um so absurder, als der unmittelbare Widersacher von Hayek, von Walras oder Marx einmal abgesehen, Keynes gewesen ist. Die Argumentation Hayeks richtet sich nicht nur gegen die sowjetische Planwirtschaft; ganz ihren Voraussetzungen entsprechend ist sie vielmehr eine Verherrlichung des ungeregelten Marktes. Es wird also jeglicher aktive Eingriff des Staates in die Wirtschaft für schädlich gehalten: Adam Smith war im Vergleich dazu ein Erz-Interventionist. Man findet in Hayek eine kohärente und klare Kritik jeder möglichen Linken: es gibt also absolut keinen Platz für die Idee der sozialen Gerechtigkeit; höchstens für ein bißchen private Armenhilfe. Es wäre interessant, was hier jedoch nicht möglich ist, diese Frage mit einer soziologischen Untersuchung über die Intellektuellen und ihr wechselndes Glück in der Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation zu vertiefen. Keynes gelingt es in den dreißiger und vierziger Jahren, einen Kompromiß mit der Arbeiterbewegung zu

finden, zu dem eine makroökonomische Lenkung der Wirtschaft und allgemeine Tarifverhandlungen im Rahmen des Fordismus gehörten; dieser Kompromiß deplazierte in gewisser Weise die »österreichische Schule« und brachte sie zum Schweigen. Die Wiederkehr Hayeks findet zu einem Zeitpunkt statt, zu dem das Kapital seine Organisationsformen und Technologien im Sinne der Flexibilisierung und der informationellen Innovation verwandelt, und so von oben die Rahmenbedingungen des bisherigen »Gesellschaftsvertrags« verändert.

11. Vgl. »Due concetti di libertá« (Zwei Freiheitsbegriffe) (1958) in: *Quattro saggi sulla libertà*, Feltrineli, Mailand, und Guido De Ruggiero, *Stoffa del liberalismo europeo* (Der Stoff des europäischen Liberalismus) (1925), Feltrinelli, Mailand 1980.

12. »Socialism, Markets and Democracy« (1958), *Indian Economic Journal*, April-June 1990. Von den zahlreichen Veröffentlichungen von Sen sind für unsere Diskussion zumindest folgende Titel nützlich: »Equality of What?«, (1980); »The Profit Motive« (1983), in: *Resources, Value and Development*, Blackwell, Oxford 1984; *The Moral Standing of the Market* (1986); »Freedom of Choice. Concept and Content«, *European Economic Review*, 1988; »Commodities and Capabilities«, *North Holland*, Amsterdam, 1985.

13. Gegenüber dieser Mischung aus vorgeblichem politischem Realismus und apologetischer Ineinssetzung von Kapitalismus und Demokratie scheint mir das Urteil eines zeitgenössischen »Österreichers« wie Erich Streissler ehrenwerter und weitsichtiger: »1989 haben wir den Zusammenbruch des größten Teils der kommunistischen Staaten in Europa erlebt. Die staatliche Wirtschaftsplanung war schon weit vor 1989 vom Tod geweiht; der Kollaps der Staatsmaschine hat das sichtbar gemacht. ... Aber wir müssen uns vor zwei großen Mißdeutungen hüten. Erstens, daß die Demokratien, die sich zweifellos stabilisiert haben, 'Marktwirtschaften' sind. Militärdiktaturen wie in Chile können ruhig auch Marktwirtschaften sein; und die Demokratien können andererseits sozialistisch sein und eine massive wirtschaftliche Planung erfordern, wie England in der unmittelbaren Nachkriegszeit und Schweden. Es gibt keine notwendige Korrelation zwischen den wirtschaftlichen und politischen Grund'konstitutionen'. Das zweite Mißverständnis ist noch schlimmer: wir dürfen nicht denken, daß der erwiesene Kollaps der sozialistischen Ökonomien notwendigerweise den Sieg irgendeines Wirtschaftsliberalismus bedeutet. Ich sehe im Gegenteil eine baldige massenhafte Unzufriedenheit im Volk gegenüber den Ideen der unternehmerischen Freiheit voraus, weil beim jetzigen Stand der Dinge unmögliche Hoffnungen in die freien Marktwirtschaften gesetzt werden... es gibt nichts in der ökonomischen Theorie, das gegen die Möglichkeit ankämpfte, daß sich, bevor sich die Dinge verbessern, die Situation stark verschlechtern muß in der Übergangsphase.« (»What Kind of Economic Liberalism May We Expect in Eastern Europe?«, *East European Politics an Societies*, Winter 1991, S. 200-201).

14. »Sraffa dopo Marx«, Rinascità Nr. 26, 5.8.90. Für eine kritische Betrachtung der ökonomischen und politischen Überlegungen des italienischen Ökonomen verweise ich auf meinen Text *La passione della ragione. Scienza economica e teoria critica in Claudio Napoleoni*, Unicopli, Mailand 1991.

15. »Where tigers breed. A survey of Asias' emerging economies.«

16. Für die erste siehe *Asia's Next Giant. South Korea an Late Industrialization*. Oxford University Press, New York 1989; für die zweite *Governing the Market. Economic Theory and the Role of Government in East Asian Industrialization*, Princeton University Press, Princeton 1990.

17. Robin Blackburn, »Russia should be looking East, not West«, September/Oktober 1991.